

**discussion paper**

**WZB**

WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN  
FÜR SOZIALFORSCHUNG

SOCIAL SCIENCE RESEARCH  
CENTER BERLIN

FS I 98 - 203

**Beschäftigungsdynamik und Arbeitslosigkeit  
in der Europäischen Union**

Klaus Schömann, Thomas Kruppe und Heidi Oschmiansky

Juni 1998  
ISSN Nr. 1011-9523

**Research Area:  
Labour Market and  
Employment**

**Forschungsschwerpunkt:  
Arbeitsmarkt und  
Beschäftigung**

**Research Unit:  
Economic Change and  
Employment**

**Abteilung:  
Wirtschaftswandel und  
Beschäftigung**

## discussion paper

FS I 98 - 203

### **Beschäftigungsdynamik und Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union**

Klaus Schömann, Thomas Kruppe  
und Heidi Oschmiansky

Juni 1998  
ISSN Nr. 1011-9523

Abschlußbericht eines Projektes des "Systems zur gegenseitigen Unterrichtung über beschäftigungspolitische Maßnahmen- MISEP " (Mutual Information System on Employment Policies) für die Europäische Kommission, Generaldirektion V: Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und Soziale Angelegenheiten.

Wir danken Didier Lesnicki (EUROSTAT) für die freundliche und effektive Unterstützung bei der Auswertung der Europäischen Arbeitskräftestichprobe. Günther Schmid gab wichtige Anregungen für die empirische Umsetzung der Theorie der Übergangsmärkte. Verbleibende Fehler sind selbstverständlich in der Verantwortung der Autoren

e-mail: Klaus@medea.wz-berlin.de  
e-mail: Kruppe@medea.wz-berlin.de  
e-mail: Hosch@medea.wz-berlin.de

## **ZITIERWEISE / CITATION**

Klaus Schömann, Thomas Kruppe und Heidi Oschmiansky

### **Beschäftigungsdynamik und Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union**

Discussion Paper FS I 98 - 203

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 1998

#### **Forschungsschwerpunkt:**

Arbeitsmarkt und  
Beschäftigung

#### **Research Area:**

Labour Market and  
Employment

#### **Abteilung:**

Arbeitsmarktpolitik und  
Beschäftigung

#### **Research Unit:**

Labour Market Policy and  
Employment

**Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung**

**Reichpietschufer 50**

**D-10785 Berlin**

e-mail: [wzb@medea.wz-berlin.de](mailto:wzb@medea.wz-berlin.de)

Internet: <http://www.wz-berlin.de>

## ZUSAMMENFASSUNG

Mit einem dynamischen Ansatz untersuchen wir Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union. Ausgehend von der Theorie der Übergangsarbeitsmärkte werden die vielfältigen Brücken in Beschäftigung, aber auch der Verlust von Beschäftigung untersucht. Zunächst wird die Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeitsdynamik der EU - Mitgliedsländer anhand von Stromdaten verglichen. Jährliche Zuströme in und Abströme aus Beschäftigung und Arbeitslosigkeit werden mit Daten der Europäischen Arbeitskräftestichprobe ermittelt. Diese "natürlichen" Ströme werden zunehmend ergänzt durch Teilnehmer an Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik in Form von Übergangsarbeitsmärkten.

Ströme auf dem Arbeitsmarkt haben aber auch die jeweiligen Gegenströme zu berücksichtigen. So stehen den Abgängen aus auch die Zugänge in Arbeitslosigkeit gegenüber. Ein einseitiger Fokus auf Abgänge aus Arbeitslosigkeit ist wenig erfolgversprechend, wenn gleichzeitig Zuströme in Arbeitslosigkeit anwachsen. Die Differenz beider Ströme ist der eigentlich interessante Indikator zur Bewertung einer erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik. Die Ströme zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung werden ins Verhältnis zu allen anderen Übergängen in Beschäftigung, aus Inaktivität, Bildungsaktivitäten und Selbständigkeit gesetzt. Nur zwischen einem Drittel bis maximal zwei Dritteln aller Ströme in abhängige Beschäftigung kommen aus Arbeitslosigkeit.

Unterschiede der Beschäftigungsübergänge von Männern und Frauen und altersspezifische beziehungsweise demografische Übergangsbilanzen vertiefen die Untersuchung der Beschäftigungsdynamik. Anschließend werden sowohl die Übergänge zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem als auch die Übergänge in Rente aus abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit untersucht. Die Übergangsarbeitsmärkte aus abhängiger Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit in selbständige Tätigkeit weisen eine interessante positive Dynamik auf.

Nach den Übergangsbilanzen berechnen wir individuelle Übergangswahrscheinlichkeiten zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sowie für die Rückkehr aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung. Basierend auf gepoolten logistischen Regressionen zwischen 1988 und 1996 zeigt sich der bedeutende Einfluß von Alter, Qualifikationsniveau und Geschlecht in den Mitgliedsländern. Veränderungen über die Jahre hinweg spiegeln konjunkturelle Einflüsse wider. Abschließend werden Vorschläge für ein verbessertes Monitoring und Evaluation des Arbeitsmarktes und der Arbeitsmarktpolitik erörtert und Schlußfolgerungen für die Arbeitsmarktpolitik und Übergangsarbeitsmärkte in der EU gezogen.

## ABSTRACT

In this paper we apply a dynamic perspective to investigate employment and unemployment in the European Union. Based on the theory of transitional labour markets, we analyse the process of finding and losing employment for individuals and for aggregate flows. The European Labour Force Survey allows to analyse employment transitions only from one year to another. These “natural” flows between labour market statuses are increasingly supplemented by participants in labour market programmes in the form of transitional labour market arrangements. Labour market policies, therefore, play an important role in labour market mobility and overall labour market dynamics.

In labour market analyses it is important to consider flows in both directions: flows out of unemployment are matched by flows into unemployment. A one-eyed focus on flows out of unemployment is unlikely to be successful if there is a simultaneous increase in the flows into unemployment. The difference between the flows is the more interesting indicator in the evaluation of success of labour market policies. The study investigates flows between unemployment and dependent employment in relationship to other transitions into employment from inactivity, education or self-employment. Only between one third or up to two thirds of persons enter employment directly from unemployment compared to all flows into employment.

Differences in the employment transitions of men and women, as well as age-specific and other demographic factors which have an impact on the transition balance are presented in more detail. Transitions from education to dependent employment, the first entry into the labour market, as well as exit from the labour market into retirement are analysed using the transition balance approach in the country comparisons. The transitional labour market from dependent employment and unemployment to self-employment show an interesting positive transition balance in recent years for most countries.

The analysis of major transition balances is complemented by micro-level estimates of transition probabilities from dependent employment into unemployment and the return from unemployment to employment. Based on a pooled logistic regression of the transition probabilities between 1988 and 1996 we find the important impact of age, level of qualifications and gender in each country. Changes over the years reflect largely the influence of macro-economic conditions on these transition probabilities. Finally, we propose improvements for monitoring and the evaluation of the labour markets and labour market policies. Our conclusions emphasise the role of labour market policies in shaping the transition balance and the high potential to develop transitional labour markets in the European Union.

## **Inhalt**

1. Einleitung .....	<b>1</b>
2. Theoretische und methodische Vorgehensweise .....	<b>3</b>
3. Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsdynamik .....	<b>7</b>
4. Unterschiede der Übergangsdynamik zwischen Frauen und Männern .....	<b>18</b>
5. Altersspezifische Aspekte von Übergängen .....	<b>29</b>
6. Übergänge aus Bildung in abhängige Beschäftigung.....	<b>37</b>
7. Übergänge in Rente .....	<b>42</b>
8. Übergänge in Selbständigkeit.....	<b>67</b>
9. Erklärung individueller Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeitsdynamik .....	<b>92</b>
10. Wider die Ohnmacht - Zum Verhältnis von Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsdynamik .....	<b>103</b>
11. Literatur.....	<b>109</b>

# Verzeichnis der Schaubilder und Tabellen

## Schaubilder

Schaubild 2.1:	Übergangsarbeitsmärkte .....	4
Schaubild 3.1-3.2:	Bilanz der Ströme zwischen abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit .....	11
Schaubild 3.3:	Bilanz der Ströme zwischen abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit .....	12
Schaubild 3.4:	Bilanz der Ströme in und aus abhängiger Beschäftigung.....	15
Schaubild 3.5-3.6:	Bilanz der Ströme in und aus abhängiger Beschäftigung.....	16
Schaubild 5.1-5.3:	Altersverteilung Gruppe 1, 2 und 3.....	34
Schaubild 5.4:	Aktive abhängige Erwerbsbeteiligung .....	35
Schaubild 5.5:	Differenz zwischen abhängiger Erwerbstätigkeit und Bevölkerung in ausgewählten Ländern, 1995 .....	36
Schaubild 6.1:	Eintritte aus Bildung in abhängiger Beschäftigung in ausgewählten Ländern, 1995.....	38
Schaubild 6.2:	Übergänge von Bildung in abhängige Beschäftigung in ausgewählten Ländern, 1995....	38
Schaubild 7.1:	Renteneintritte aus abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit 1985 und 1994 .....	44
Schaubild 7.2:	Renteneintritte aus abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit: Veränderungen 1985 zu 1994 .....	44
Schaubild 7.3:	Anteil der Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit an allen Renteneintritten .....	49

Schaubild 7.4:	Veränderungen der Arbeitslosenquoten und Anteil der Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit an den Renteneintritten aus abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit 1985 zu 1994.....	51
Schaubild 7.5.1	Renteneintritte aus abhängiger Beschäftigung nach Altersgruppen 1985.....	54
Schaubild 7.5.1:	Renteneintritte aus abhängiger Beschäftigung nach Altersgruppen 1995.....	55
Schaubild 7.5.3:	Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit nach Altersgruppen 1985 .....	59
Schaubild: 7.5.4:	Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit nach Altersgruppen 1995 .....	60
Schaubild 7.6:	Renteneintritte aus abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit von Männern und Frauen .....	62
Schaubild 8.1.1:	Entwicklung der Selbständigkeit in der EU 1983-1995 .....	68
Schaubild 8.1.2:	Entwicklung der Selbständigkeit in der EU 1983-1995 .....	68
Schaubild 8.2:	Selbständigenquoten in der EU 1995.....	70
Schaubild 8.3:	Zu- und Abgänge bei Selbständigen 1995 .....	72
Schaubild 8.4.1-8.4.2:	Differenz der Ströme zwischen Beschäftigung und Selbständigkeit .....	78
Schaubild 8.5:	Übergänge aus Selbständigkeit in abhängige Beschäftigung .....	80
Schaubild 8.6:	Erwerbsstatuts vor dem Übergang in Selbständigkeit .....	82
Schaubild 8.7.1-8.7.2:	Eintrittsrates aus Selbständigkeit in Arbeitslosigkeit .....	85

## Tabellen

Tabelle 2.1:	Matrix der Übergänge aus einem Ausgangszustand zum Zeitpunkt (t-1) in einen Endzustand zum Zeitpunkt (t).....	5
Tabelle 3.1:	Bilanz der Übergänge in und aus abhängiger Beschäftigung.....	8
Tabelle 4.1:	Geschlechtsspezifische Unterschiede bei Übergängen in und aus abhängiger Beschäftigung.....	19
Tabelle 4.2:	Geschlechtsspezifische Muster spezifischer Ströme.....	23
Tabelle 4.3a:	Unterschiede in der Bilanz der Übergänge bei Frauen und Männern unter Berücksichtigung der jeweiligen Erwerbsbeteiligung.....	26
Tabelle 4.3b:	Unterschiede in der Bilanz der Übergänge bei Frauen und Männern unter Berücksichtigung der jeweiligen Erwerbsbeteiligung.....	27
Tabelle 4.4:	Bilanz der Unterschiede von Übergängen bei Frauen und Männern unter Berücksichtigung der jeweiligen Erwerbsbeteiligung.....	28
Tabelle 6.1:	Übergänge aus Bildung in abhängige Beschäftigung.....	40
Tabelle 7.1:	Ältere Menschen in der EU: Anteil an der Gesamtbevölkerung und Beschäftigungsquoten 1985 und 1994.....	45
Tabelle 7.2:	Öffentliche Ausgaben für arbeitsmarktpolitisch bedingte Frühverrentung 1985 und 1994.....	47
Tabelle 7.3:	Altersrentensysteme in der EU (Stand 1995) .....	48

Tabelle 7.4:	Standardisierte Veränderungsrate für Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit und Renteneintritte aus abhängiger Beschäftigung, 1985 zu 1995.....	50
Tabelle 7.5:	Anteil der Altersgruppen an den Renteneintritten aus abhängiger Beschäftigung in der EU .....	56
Tabelle 7.6:	Anteil der Altersgruppen an den Renteneintritten aus Arbeitslosigkeit in der EU .....	61
Tabelle 7.7:	Erwerbsquoten von Frauen und Männern in der EU in Prozent .....	63
Tabelle 8.1:	Bilanz der Übergänge in und aus Beschäftigung in Prozent .....	76-77
Tabelle 8.2:	Arbeitslosenquoten in 12 EU-Mitgliedsstaaten.....	83
Tabelle 8.3:	Existenzgründungsbeihilfen für Arbeitslose.....	87
Tabelle 9.1:	Der Übergang aus abhängiger Beschäftigung in Arbeitslosigkeit im Vergleich mit Weiterbeschäftigten.....	96
Tabelle 9.2:	Der Übergang von Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung im Vergleich zu den arbeitslos Gebliebenen .....	100

## 1. Einleitung

Viele Evaluierungen von Arbeitsmarktpolitik stützen sich auf Analysen, die nur das Niveau der Arbeitslosigkeit als Ausgangspunkt wählen. Dazu zählen beispielsweise die Analysen zur sogenannten "Beveridge-Kurve", die lediglich die Anzahl der Arbeitslosen eines Jahres mit der Anzahl der offenen Stellen desselben Jahres vergleichen (vgl. z. B. Layard/Nickel/Jackman 1991). In ähnlicher Weise wird häufig der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen eines Jahres zu der Arbeitslosenrate desselben Jahres in Beziehung gesetzt (OECD 1995a, S. 22-25). Diese Art der Arbeitsmarktindikatoren kann jedoch bestenfalls eine Beschreibung des sich über die Jahre verändernden Ist-Zustandes leisten<sup>1</sup>, sie sagt aber weder etwas über die Dynamik der Zu- und Abgänge in und aus Arbeitslosigkeit oder Beschäftigung aus, noch über die Gründe für Arbeitslosigkeit. Keinesfalls können auf solchen deskriptiven Indikatoren Ursachenanalysen oder gar weitreichende Politikempfehlungen aufgebaut werden (Schmid/O'Reilly/Schömann 1996).

Zwar sind in der derzeitigen Phase hoher Arbeitslosigkeit in der EU auch Beschreibungen von Situationen vonnöten, die dringenden politischen Handlungsbedarf aufzeigen, wie im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit oder der Jugendarbeitslosigkeit (Europäische Kommission 1993), aber die Analysen der Beschäftigung und Arbeitslosigkeit dürfen nicht bei diesen Beschreibungen stehen bleiben. Im folgenden Beitrag wollen wir jedoch einen ersten Schritt über diese statischen Niveauanalysen hinaus wagen und die Zu- und Abströme in und aus abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit anhand der Daten der Europäischen Arbeitskräftestichprobe (EAS) erörtern. Unser besonderes Augenmerk liegt also auf der Dynamik des Arbeitsmarktes, der abhängigen Beschäftigung und der Arbeitsmarktpolitik. Die Dynamik wird dabei nicht als Veränderungsrate eines Arbeitslosigkeitsniveaus im Vergleich zum Vorjahr verstanden, sondern die dynamische Sichtweise besteht in der Analyse von aggregierten Stromgrößen, die auf einer Vielzahl von individuellen Mobilitätsprozessen basieren.

Das "Editorial" des Employment Outlook der OECD in Paris (1996b, S. vii) widmet sich dem Thema des Arbeitsmarktausschlusses und den zu ergreifenden Gegenmaßnahmen. Wichtige Risikofaktoren der Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt werden hier beschrieben: Ein ineffizienter Arbeitsmarkt bedroht das

---

<sup>1</sup> Hierbei liefert eine getrennte Betrachtung der Entwicklung für Männer und Frauen dennoch interessante Ergebnisse bezüglich der unterschiedlichen Ist-Zustände beider Geschlechter in den verschiedenen Ländern (OECD 1995). Ein Vergleich mit diesen Daten findet im vierten Kapitel statt.

soziale Gefüge, denn das Risiko, in der "Arbeitslosigkeitsfalle" oder in schlecht bezahlten oder prekären befristeten Jobs zu landen, ist groß. Mögliche Wege aus dieser Risikolage führen über Mobilitätsprozesse, also Ströme aus Arbeitslosigkeit in Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung (O'Reilly/Bothfeld 1996), Ströme aus Arbeitslosigkeit in befristete oder unbefristete Beschäftigung (Schömann/Rogowski/Kruppe 1998) oder auch Mobilität mit dem Ziel, besser bezahlte Arbeitsplätze innerhalb eines Betriebs oder durch Betriebswechsel zu erreichen (Schömann 1994). Diese "natürlichen" Ströme werden zunehmend ergänzt durch Teilnehmer an Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik in Form von Übergangsarbeitsmärkten, die bereits einen beachtlichen Teil derartiger Übergänge darstellen (Schmid 1993). Arbeitsmarktpolitik unterstützt demnach Mobilitätsprozesse auf dem Arbeitsmarkt.

Ströme auf dem Arbeitsmarkt haben aber auch die jeweiligen Gegenströme zu berücksichtigen. So stehen z. B. den Abgängen aus die Zugänge in Arbeitslosigkeit gegenüber. Ein einseitiger Fokus der Arbeitsmarktpolitik auf Abgänge aus Arbeitslosigkeit ist wenig erfolgversprechend, wenn gleichzeitig Zuströme in Arbeitslosigkeit anwachsen. So war beispielsweise das Ziel, Abgänge aus Arbeitslosigkeit durch Deregulierung befristeter Beschäftigung zu erleichtern, nur sehr bedingt erfolgreich, da eben mehr befristete Beschäftigung durch häufiges Auslaufen der kurzfristigen Arbeitsverträge auch höhere Zuströme in Arbeitslosigkeit zur Folge hat. Das Niveau der Arbeitslosigkeit ergibt sich aber immer nur aus der Differenz der beiden Ströme.

Nach den folgenden theoretischen und methodologischen Anmerkungen (Kapitel 2) werden wir zuerst auf die Ströme zwischen Arbeitslosigkeit und abhängiger Beschäftigung (Kapitel 3) eingehen und dabei die Zu- und Abgänge und ihre Differenzen für jedes einzelne Mitgliedsland der EU diskutieren. Darauf folgt eine Analyse der Unterschiede der Beschäftigungsübergänge von Männern und Frauen (Kapitel 4), die dann um altersspezifische beziehungsweise demografische Aspekte erweitert wird (Kapitel 5). Daran anschließend werden sowohl die Übergänge zwischen Bildungs- und (abhängigem) Beschäftigungssystem (Kapitel 6) als auch die Übergänge in Rente (Kapitel 7) und zwischen abhängiger Beschäftigung und Selbständigkeit (Kapitel 8) analysiert. Nach dieser deskriptiven Betrachtung der Übergangsströme werden die Ergebnisse mit ersten multivariaten Auswertungen der Europäischen Arbeitskräftestichprobe verglichen (Kapitel 9), um eine Validierung der Analyse zu erreichen und erste Ergebnisse über die Faktoren zu erlangen, die individuelle Übergangswahrscheinlichkeiten fördern oder begrenzen. In einer abschließenden Zusammenfassung (Kapitel 10) werden die Nützlichkeit und Bedeutung der durchgeführten Analysen auf der Basis der Arbeitskräftestichprobe für ein Monitoring des Arbeitsmarktes erörtert und einige arbeitsmarktpolitische Schlußfolgerungen gezogen.

## 2. Theoretische und methodische Vorgehensweise

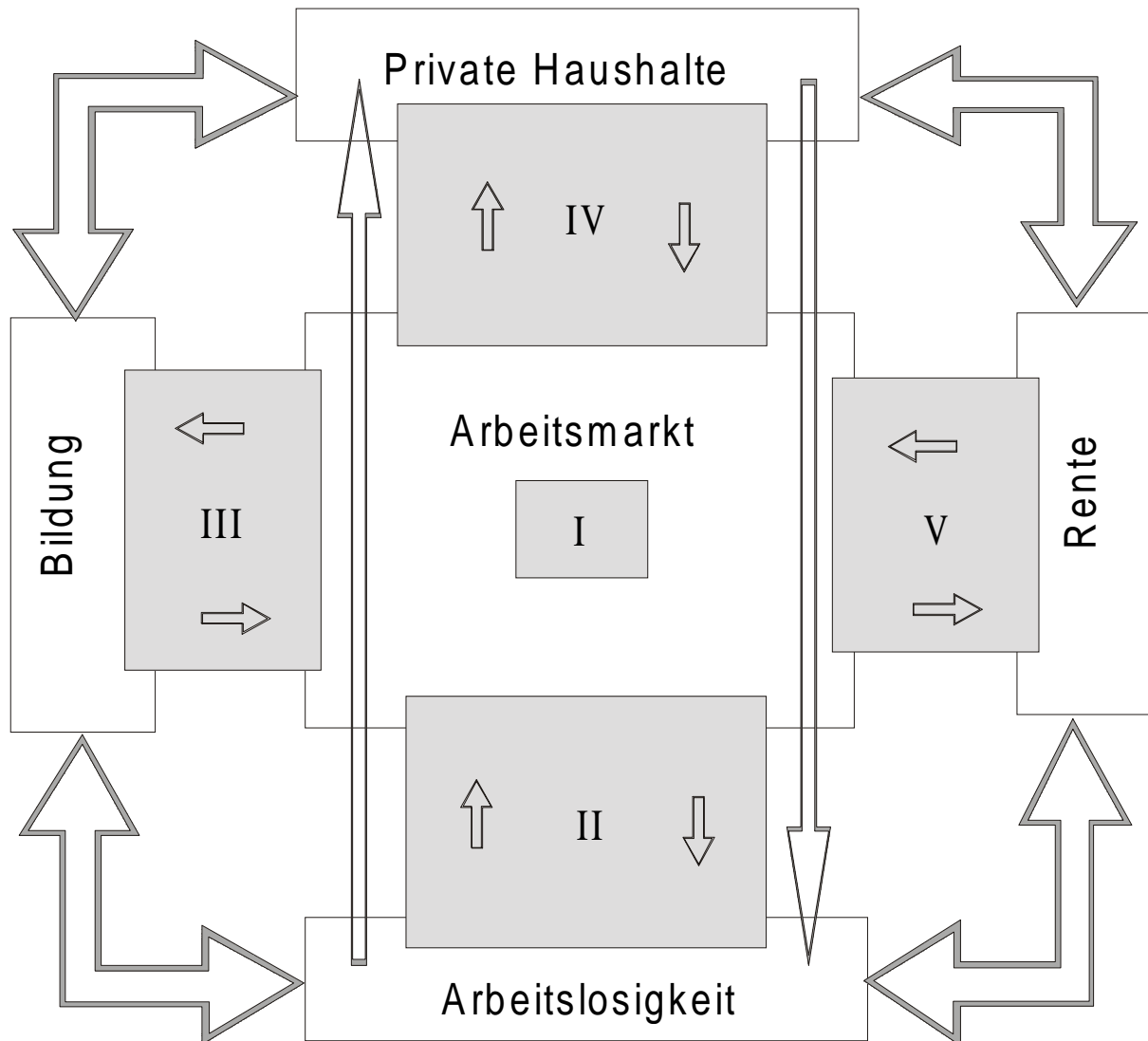
Abgeleitet aus einem systematischen Überblick aller Arbeitsmarktübergänge, lassen sich nach Schmid (1993) fünf Typen von Beschäftigungsbrücken unterscheiden (vergleiche Schaubild 2.1): (1) Übergänge zwischen verkürzter und vollzeitiger abhängiger Beschäftigung sowie selbständiger Tätigkeit; (2) Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung; (3) Übergänge zwischen Ausbildung und Beschäftigung; (4) Übergänge zwischen privater und beruflicher Tätigkeit; (5) Übergänge zwischen Beschäftigung und Ruhestand. Die Beschäftigungsbrücken können in beiden Richtungen und eventuell auch mehrmals innerhalb eines Jahres begangen werden. Oft wird Arbeitsmarktpolitik noch mit einer Politik assoziiert, die sich besonders der Zielgruppe der Übergänge in und aus Arbeitslosigkeit zugewendet; dennoch sind die direkten Ströme zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit nur eine Teilmenge aller Ströme in und aus Beschäftigung. Andere wichtige Übergänge und damit wichtige Felder einer zeitgemäßen Arbeitsmarktpolitik sind jedoch auch die Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung einschließlich des lebenslangen Lernens, die Übergänge aus dem Erwerbsleben in den Ruhestand (eventuell durch Altersteilzeit) und die Schwelle zum Eintritt in selbständige Tätigkeit. Beschäftigung meint hier Selbständigkeit und abhängige befristete, unbefristete, vollzeitige und teilzeitige Beschäftigung. Übergänge finden sowohl zwischen diesen Segmenten innerhalb des Arbeitsmarktes als auch in alle Bereiche außerhalb des Arbeitsmarktes statt. Der Schwerpunkt unserer Analyse liegt auf der Betrachtung der Übergänge in und aus abhängiger Beschäftigung.

Im Gegensatz zu der auch in der Arbeitsmarktpolitik populären These "Wir wissen hinreichend viel über die Art und Lösung des Problems hoher Arbeitslosigkeit, es ist lediglich ein Frage der Umsetzung und Durchsetzung der wirklichen Politik"<sup>2</sup>, haben wir im Laufe unserer Arbeit immer mehr den Eindruck bekommen, wir haben noch gravierende Wissenslücken im Verständnis von Beschäftigungsdynamiken, Arbeitsloskeitsrisiken und der Wirkung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf diese dynamischen Prozesse. Dies ist um so mehr der Fall, wenn versucht wird, das Zustandekommen der aggregierten Ströme in und aus abhängiger Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit eines Landes aus den mikro-analytisch zu beobachtenden Übergänge einzelner Personen und ihrer spezifischen Verhaltensweisen zu erklären (Kapitel 9).

---

<sup>2</sup> Solche Einschätzungen und Analysen finden sich auch in ökonomischen Fachzeitschriften (Berthold und Fehn 1996).

## Schaubild 2.1: 5 Übergangsmärkte



adaptiert aus Schmid 1993, S. 43; © **WZB 1997**

Die bisher allgemein übliche statische Betrachtungsweise dieser vielfältigen Übergänge reicht für ein Verstehen der Dynamiken nicht mehr aus. Sie läßt vor allem außer acht, daß bei einer Bilanzierung von Strom und Gegenstrom Ergebnisse nicht nur beeinflusst, sondern sogar ins Gegenteil verkehrt werden können. Tabelle 2.1 stellt schematisch die unterschiedlichen Kombinationen von Strömen vor, die theoretisch bei der Frage der Beschäftigungsdynamik eine Rolle spielen.

**Tabelle 2.1:** Matrix der Übergänge aus einem Ausgangszustand zum Zeitpunkt (t-1) in einen Endzustand zum Zeitpunkt (t)

t-1 \ t	abhängige Beschäftigung	Arbeitslosigkeit	Inaktivität	Bildung	Rente	Selbständigkeit
abhängige Beschäftigung	① ② ③	① ② ③	②	②	②	②
Arbeitslosigkeit	① ② ③	① ③	③	③	③	③
Inaktivität	②	③				
Bildung	②	③				
Rente	②	③				
Selbständigkeit	②	③				

Je nach Fragestellung sind dabei unterschiedliche Übergänge zu untersuchen. So beschränkt sich die oben erwähnte Betrachtung der Übergänge zwischen abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit auf eine Analyse der ersten vier Matrixfelder (in der Tabelle mit ① gekennzeichnet). Um unserem erweiterten dynamischen Ansatz gerecht zu werden, untersuchen wir alle Übergänge in und aus *abhängiger Beschäftigung* (in der Tabelle mit ② gekennzeichnet). Würde der Schwerpunkt der Analyse auf allen Übergänge in und aus *Arbeitslosigkeit* liegen, wären wiederum die mit ③ gekennzeichneten Übergänge zu betrachten.

Wie bereits erwähnt, können die Ausgangs- bzw. Endzustände ebenfalls in einzelne Komponenten zerlegt werden. So kann man je nach Fragestellung zum Beispiel nach voll- und teilzeitiger oder nach befristeter und unbefristeter abhängiger Beschäftigung unterscheiden.

Die im folgenden referierten Daten stammen zum größten Teil aus eigenen Berechnungen, die auf der Basis von Individualdaten aus der Europäischen Arbeitskräftestichprobe durchgeführt wurden, die wiederum auf nationalen Erhebungen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft beruht. Innerhalb dieser Daten gibt es die Möglichkeit, neben dem heutigen auch den Erwerbstatus aus dem Vorjahr abzufragen (Eurostat 1988/1992). Auf der Auswertung dieser beiden Fragen haben wir unsere Betrachtung der Ströme in und aus abhängiger Beschäftigung aufgebaut. Obwohl eine solche Auswertung dieses Datenmaterials gewisse methodologische Einschränkungen in sich birgt - die im folgenden kurz angesprochen werden sollen - glauben wir, damit einen wichtigen Beitrag zum Verständnis von Arbeitsmarktdynamiken zu leisten, da

neben Größen von Zu- und Abstrom (vgl. OECD 1996b) auch die Quellen und Ziele der Ströme identifiziert werden können.

Da es sich bei den Ursprungsdaten um nationale Frühjahrserhebungen handelt, die die Erwerbssituation der Befragten in einer spezifischen Woche abfragen, erzeugen Abweichungen des Erhebungszeitraumes unter den verschiedenen Ländern generell das Problem einer möglichen leichten Verzerrung. Daneben entsteht durch diese Methode möglicherweise eine überproportionale Erfassung von Langzeitarbeitslosen (Auer 1984), da sie u.a. eine höhere Erfassungswahrscheinlichkeit haben als Kurzarbeitslose, deren Zahl gerade im Frühjahr oft saisonal bedingt stärker zurückgeht.

Da es sich um bei der obengenannten Auswertung um die Veränderung des Erwerbstatus zwischen zwei Zeitpunkten (Frühjahr  $t$  mit Frühjahr  $t - 1$ ) und nicht um eine kontinuierliche Erfassung der Ströme handelt, stellen die Daten nur eine grobe Annäherung an die tatsächlichen Mobilitätsvorgänge dar. Eventuelle mehrfache Mobilität kann nicht identifiziert werden. Stimmt bei mehrfacher Mobilität der erste und letzte Erwerbszustand überein, so erscheint dieser als statisch. Von einer Interpretation muß folglich im Fall des (scheinbar) unveränderten Erwerbstatus Abstand genommen werden, während eine Veränderung im Erwerbstatus zwar grundsätzlich interpretierbar ist, durch das fehlende Wissen über etwaige zwischenzeitliche weitere Veränderungen aber eine systematischen Verschätzung der Mobilitätsprozesse nach unten bedeutet. Insbesondere kurzzeitige Beschäftigungsverhältnisse sowie die Mobilität, die durch solche Beschäftigung verursacht wird, sind dadurch unterrepräsentiert. Geht man davon aus, daß gerade im Bereich von befristeter Beschäftigung oft mehrere solcher Arbeitsverhältnisse aufeinander folgen (Schömann/Rogowski/ Kruppe 1998), so läßt sich – allgemein für den Bereich prekärer Beschäftigung – eher eine Unterschätzung erwarten.

Um die verschiedenen Ströme untereinander und darüber hinaus auch noch international vergleichen zu können, bedurfte es der Kalkulation auf eine vergleichbare Bezugsgröße. Möglich wären dazu Indikatoren mit Bezugsgruppen wie allen Erwerbspersonen oder den Bevölkerungszahlen der Altersgruppen 15-64 Jahre (Personen im erwerbsfähigen Alter). Im Rahmen unserer Analysen, die sich mit Beschäftigungsdynamik befassen, erscheint uns die Bezugsgröße aller abhängig Beschäftigten als geeigneter. Alle Berechnungen werden deshalb auf diese Basis bezogen. So setzen sich z. B. die Gesamtströme in und aus abhängiger Beschäftigung aus der Summe der entsprechenden *Übergänge* aller Personen im erwerbsfähigen Alter ( $a$ ) zusammen. Die im Text angegebenen Prozentzahlen drücken dies als Verhältnis zu *allen* abhängig Beschäftigten ( $b$ ) aus (Formel:  $a/b \times 100$ ).

### 3. Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsdynamik

Basierend auf Daten der Europäischen Arbeitskräftestichprobe von 1992-1995, haben wir annäherungsweise versucht, die Ströme von abhängiger Beschäftigung in Arbeitslosigkeit sowie den Gegenstrom aus Arbeitslosigkeit heraus in abhängige Beschäftigung zu berechnen.<sup>3</sup> Um eine ungefähre Vergleichsbasis zwischen den einzelnen EU-Ländern zu erhalten, haben wir die absolute Höhe der Ströme zu der Anzahl der abhängig Beschäftigten eines Landes ins Verhältnis gesetzt (vgl. Kapitel 2). Als zusätzlichen Indikator haben wir die Differenz von Strom und Gegenstrom in die Abbildungen aufgenommen, damit die Tendenz zu steigender oder fallender Arbeitslosigkeit in einzelnen Mitgliedsländern deutlich wird.

Ein Frühindikator für Veränderungen des Niveaus der Arbeitslosigkeit ist der Saldo der Bilanzierung der Ströme in und aus Arbeitslosigkeit. So ergibt sich für das Jahr 1995 mit Ausnahme von Österreich und Griechenland ein höherer Strom aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung als aus abhängiger Beschäftigung in Arbeitslosigkeit. Ein Blick auf den Entwicklungspfad jedes einzelnen EU-Mitgliedstaates (vgl. Tabelle 3.1, aber auch Abbildungen 3.1-3.6) zeigt, daß es einigen Ländern seit 1992 gelungen ist, erhebliche Überschüsse der Zugänge aus abhängiger Beschäftigung in Arbeitslosigkeit über die Abgänge aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung in die entgegengesetzte Richtung umzukehren. Eine Nachhaltigkeit dieser Entwicklungen ist jedoch anhand der kurzen beobachteten Zeitspanne nur mit Vorsicht zu interpretieren. Im Vereinigten Königreich, in Irland und Spanien zeichnet sich jedoch ein nahezu linearer Trend der Besserung ab. Offensichtlich hat dort unter anderen Faktoren auch die von der Abwertung der Währung ausgelöste Wachstumsdynamik sich nach gut einjähriger Verzögerung in beschäftigungsintensives Wachstum übertragen.

Die Ströme in und aus Arbeitslosigkeit sind in Spanien im Vergleich zu allen anderen Mitgliedsländern besonders ausgeprägt (vgl. Tabelle 3.1, Spalten 5 und 6). Hierbei spielt der überdurchschnittliche Rückgriff auf befristete Arbeitsverträge eine entscheidende Rolle, der zu einem insgesamt erhöhten Austausch zwischen abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit führt. Länder mit einem generell hohen Niveau an Mobilität sind neben Spanien aber

---

<sup>3</sup> Die Daten sind nur eine grobe Annäherung an die tatsächliche Mobilität, da in der Europäischen Arbeitskräftestichprobe Ströme nicht kontinuierlich erfaßt, sondern zu zwei Zeitpunkten (Frühjahr  $t$  mit Frühjahr  $t-1$ ) erhoben werden, zwischen denen eventuell mehrfache Mobilität eintreten könnte. Ein Abgleichen der Mobilitätsdaten mit "echten" Längsschnittdaten ist derzeit noch in Arbeit.

auch Finnland, Frankreich, Dänemark, Italien, Irland und das Vereinigte Königreich (Tabelle 3.1, 1995, Spalte 3).

**Tabelle 3.1:** Bilanz der Übergänge in und aus abhängiger Beschäftigung

1992	Gesamtströme in und aus abhängiger Beschäftigung(a)				Ströme zwischen abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit (b)				Anteil Zustrom (b) an Zustrom (a) (Spalte5 / Spalte1 x100) 9
	Zustrom in abhängige Beschäftigung 1	Abstrom aus abhängiger Beschäftigung 2	Summe (1+2) 3	Differenz (1-2) 4	Zustrom in abhängige Beschäftigung 5	Abstrom aus abhängiger Beschäftigung 6	Summe (5+6) 7	Differenz (5-6) 8	
BE	5,3	5,9	11,2	-0,6	1,8	1,9	3,8	-0,1	34,6
DE	7,2	9,5	16,7	-2,3	1,9	3,6	5,6	-1,7	26,9
DK*	10,1	16,5	26,6	-6,5	4,6	6,5	11,1	-1,8	46,3
ES	15,7	14,2	29,9	1,5	9,0	7,7	16,8	1,3	57,4
FR	9,9	10,1	20,0	-0,2	3,5	4,5	8,0	-1,1	34,8
GR	8,3	10,0	18,3	-1,7	3,5	3,6	7,1	-0,1	42,2
IR	10,3	9,9	20,2	0,4	3,4	5,7	9,1	-2,3	32,8
IT	12,3	10,5	22,7	1,8	4,7	2,0	6,7	2,7	38,3
LX	5,3	4,7	10,0	0,6	1,0	0,9	1,9	0,1	19,0
NL	10,2	8,1	18,4	2,1	2,6	1,8	4,4	0,8	25,3
PO	8,1	7,6	15,7	0,5	2,7	2,1	4,8	0,5	33,2
UK	9,8	11,5	21,3	-1,7	3,0	5,1	8,1	-2,2	30,4
<b>1995</b>									
A	11,0	6,8	17,8	4,1	1,2	2,3	3,5	-1,2	10,8
BE	5,8	6,8	12,6	-1,0	2,9	2,6	5,6	0,3	50,5
DE	8,5	7,8	16,3	0,7	3,2	3,0	6,2	0,2	37,8
DK*	12,8	9,8	22,7	3,0	3,8	3,0	6,9	0,8	29,8
ES	17,0	12,2	29,3	4,8	11,6	7,0	18,6	4,7	68,4
FIN	14,7	12,2	26,9	2,6	6,7	6,0	12,6	0,7	45,3
FR	11,0	9,2	20,1	1,8	5,1	4,4	9,5	0,7	46,8
GR	8,3	10,3	18,6	-2,0	4,6	4,7	9,3	-0,1	55,5
IR	13,0	7,5	20,5	5,6	4,4	3,5	7,8	0,9	33,4
IT	13,0	10,6	23,6	2,4	5,9	2,4	8,4	3,5	45,3
LX	5,7	5,1	10,9	0,6	1,5	1,3	2,8	0,2	25,9
NL	9,5	9,2	18,6	0,3	2,9	2,5	5,3	0,4	30,2
PO	8,3	8,7	17,0	-0,4	3,4	3,3	6,7	0,1	40,9
UK	10,9	8,8	19,7	2,2	3,8	3,0	6,8	0,7	34,4

\*ohne Selbständige

Quelle: Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen; © WZB 1997

Das Beispiel Italiens zeigt, daß jedoch auch institutionelle Gründe, insbesondere die Organisation der Arbeitslosenversicherung, die Größe der Ströme beeinflussen. Die Ströme aus abhängiger Beschäftigung in Arbeitslosigkeit in Italien sind sehr niedrig, da viele der Abgänger nicht in Arbeitslosigkeit, sondern in Inaktivität übergehen. Bei diesen Übergängen hat Italien in den neunziger Jahren die höchste Rate von allen europäischen Ländern. Mehrere Gründe könnten dafür verantwortlich sein: Für niedrige Übergangsquoten zwischen abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit könnte auch die Lohnersatzkasse CIG, die bei Umstrukturierung und Konjunkturfalte als Kurzarbeitsinstrument angelegt ist (Mosley/ Kruppe/ Speckesser 1995), mitverantwortlich sein. Schließlich könnten Frühverrentungsregelungen zu diesem Muster beitragen (vgl. Basisinformationsbericht Italien, 1995).

Auch anhand der standardisierten Arbeitslosenraten für OECD-Länder ergibt sich ein Trend zu einem (sehr geringen) Rückgang der Arbeitslosigkeit in den meisten EU-Ländern (OECD 1996b, S. 198). Dieser Trend ist demnach zumindest teilweise auf die Umkehr der Unterschiede zwischen den beiden komplementären Strömen zurückzuführen. Wie die OECD (1996b) anmerkt, ging aber bis zum Frühjahr/Sommer 1995 die Langzeitarbeitslosigkeit nicht zurück, trotz der vielfältigen arbeitsmarktpolitischen Initiativen, die besonders auf diese Zielgruppe gerichtet waren (Europäische Kommission 1995; OECD 1996b, S. 202).

Wir haben versucht, die Daten der Europäischen Arbeitskräftestichprobe entsprechend den fünf Typen von Beschäftigungsbrücken in dieser Form auszuwerten. Es muß dabei bedacht werden, daß diese zu Zeitpunkten erhobenen Querschnittsdaten unter Umständen erhebliche Verzerrungen erzeugen (vgl. Kapitel 2). Vom Europäischen Haushaltspanel, das Längsschnittanalysen erlaubt, sind jedoch noch nicht genügend Wellen verfügbar, um ähnliche Ergebnisse zu bestätigen. Erschwerend für die Interpretation kommt noch hinzu, daß zwischen den einzelnen Mitgliedsländern der EU der Anteil der Übergänge in und aus Arbeitslosigkeit an allen Beschäftigungsströmen auch von der unterschiedlichen demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung abhängt.

Eine Analyse der Arbeitsmarktpolitik, die sich nur auf einen Vergleich der Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und abhängiger Beschäftigung beschränkt, bleibt partiell, wenn sie nicht auch andere Ströme (z.B. Inaktivität/Bildung) berücksichtigt. So ist vor allem in den letzten Jahren in einigen Ländern das Problem hoher Jugendarbeitslosigkeit aufgetreten. Dies weist darauf hin, daß viele Jugendliche nach ihrer Vollzeitausbildung nicht unmittelbar eine Beschäftigung finden, sondern sich erst einmal bei den Arbeitsämtern arbeitssuchend melden - ohne (in den meisten Mitgliedsländern der EU) Ansprüche auf Arbeitslosengeld zu haben -, oder sie gehen direkt nach der Ausbildung in die Inaktivität, die sogenannte Stille Reserve, über. Eine umfassende

Analyse der Ströme in Arbeitslosigkeit muß daher diese Art der Ströme miteinbeziehen.

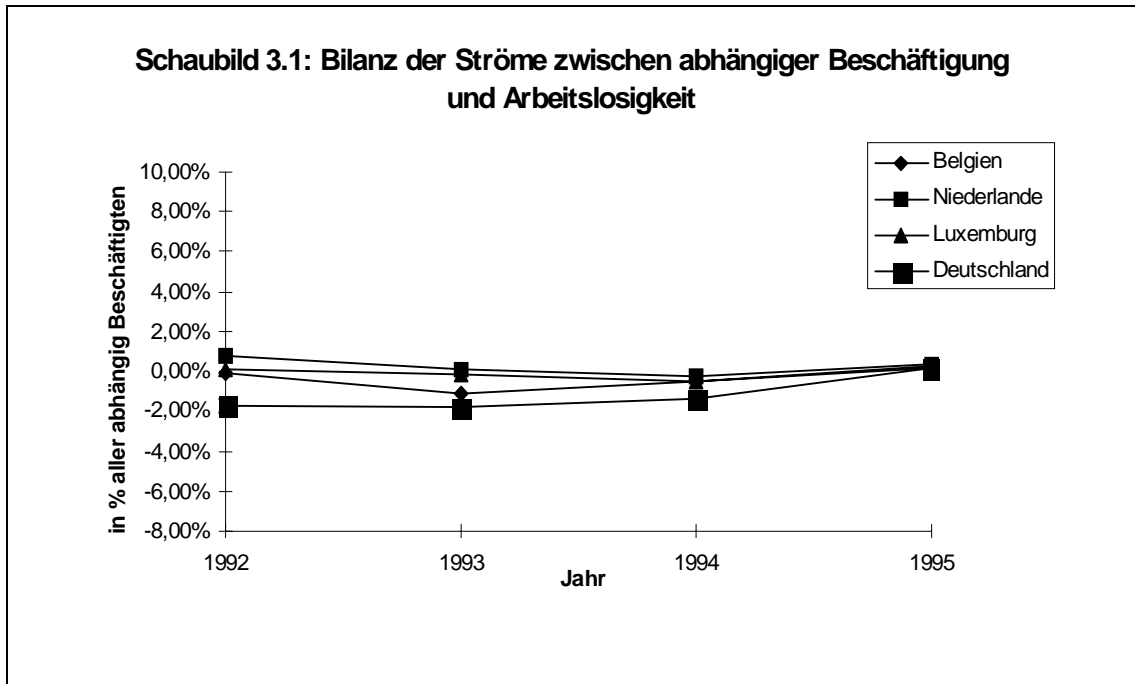
Dementsprechend haben wir in Tabelle 3.1 und den Abbildungen 3.1-3.6 alle Übergänge in und aus abhängiger Beschäftigung für die Jahre 1992-1995 zusammengefaßt. Spalte 1 in Tabelle 3.1 zeigt jeweils die Summe der Ströme aus Arbeitslosigkeit, Selbständigkeit, Inaktivität und Ausbildung in abhängige Beschäftigung. In Spalte 2 ist jeweils die Summe der Gegenströme aufgelistet. Spalte 3 zeigt die Summe aller Ströme (Spalte 1 + Spalte 2) als gesamte Veränderung von abhängigen Beschäftigungssituationen. In allen Abbildungen sind die jeweiligen Differenzen der entsprechenden Ströme und Gegenströme dargestellt. Diese Differenzen lassen sich als Indikator für abhängige Beschäftigung interpretieren: Ein positiver Wert bedeutet, daß mehr Personen in abhängige Beschäftigung integriert wurden als davon abgingen; ein negativer Wert spiegelt hingegen einen Rückgang abhängiger Beschäftigung wider.

Auffallend dabei ist, daß bei diesem Vergleich der Entwicklung der Beschäftigungsübergänge in der EU die meisten Länder eine positive Beschäftigungsbilanz in 1995 aufweisen und eine klare Verbesserung gegenüber 1992. Nur in Belgien, Griechenland und Portugal war die Summe aller Ströme in abhängige Beschäftigung im Jahr 1995 per Saldo noch negativ (Tabelle 3.1, Spalte 4). Für Irland, Spanien, Österreich, Dänemark, Finnland, Italien und das Vereinigte Königreich zeigt sich ein deutlicher Beschäftigungsüberschuß von über 2 Prozent, der sich jedoch nur in Irland und im Vereinigten Königreich auch in einer Senkung der Arbeitslosenrate niederschlug.

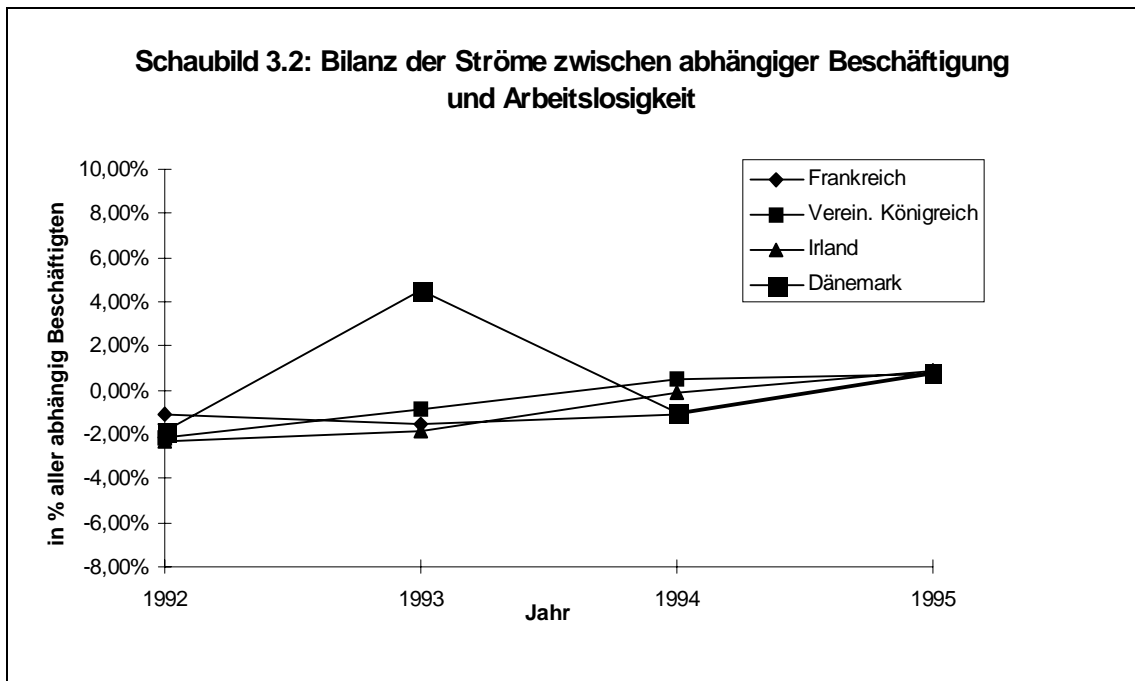
Weitere interessante Einblicke in länderspezifische Mobilitätsströme eröffnen sich bei einer genaueren Analyse der Differenz der Beschäftigungsströme im Vergleich zu der Differenz der (Teil-)Ströme nur zwischen Arbeitslosigkeit und abhängiger Beschäftigung. Zu- und Abströme in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen - entweder aus Beschäftigung oder aus Arbeitslosigkeit - könnten wichtige zusätzliche Hinweise geben. Diese Daten sind aber noch nicht hinreichend vergleichbar innerhalb der E.U. (Schömann 1995). Die größte Schwierigkeit solche Daten zu berechnen, liegt in der Unklarheit der OECD-Daten, ob Eintritte in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen einzelne Personen oder Förderfälle mit sehr unterschiedlicher Dauer sind.

In Belgien ergibt sich bei geringem Niveau der gesamten Mobilität (12,6 Prozent) ein negativer Beschäftigungssaldo aller Ströme, jedoch ein positiver Saldo des Austausches zwischen abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. An diesem Beispiel läßt sich die bedeutende Rolle von Arbeitsmarktpolitik aufzeigen. In Belgien scheint es, trotz einer negativen (abhängigen) Gesamtbeschäftigungsbilanz, zumindest temporär gelungen, durch Konzentration der Anstrengungen auf die Zielgruppe der bereits Arbeitslosen für diese den Trend umzukehren. Somit kam es hier auch zu einer, wenn auch minimalen, Reduzie-

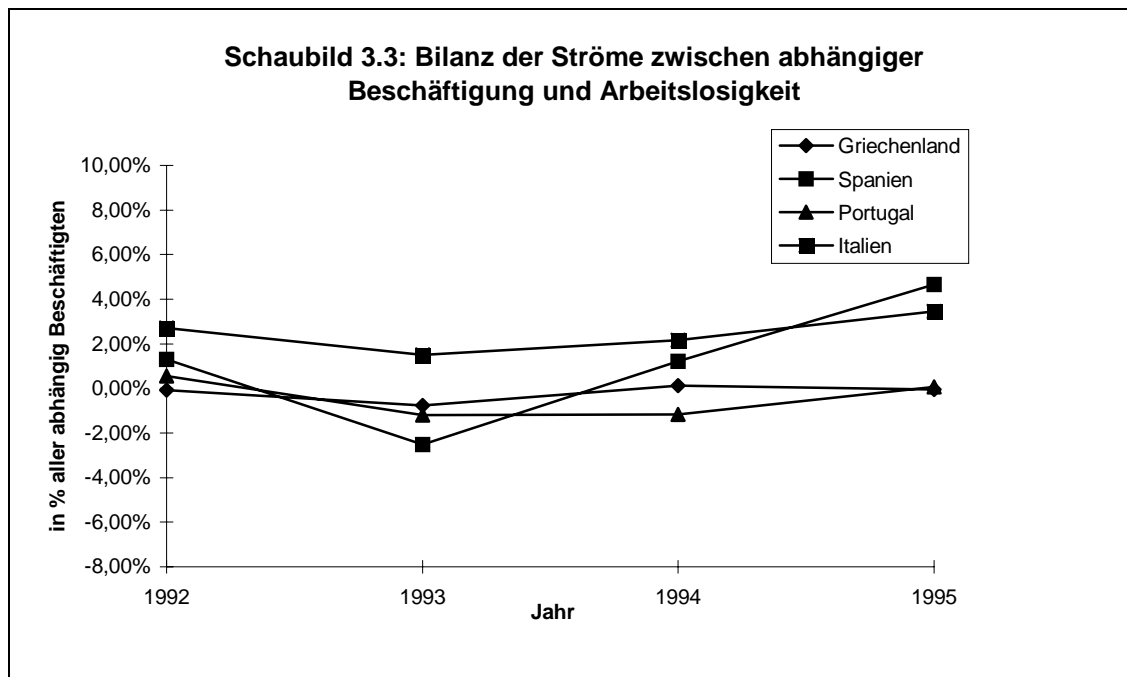
rung der Arbeitslosigkeit im Jahr 1995. Im Vergleich zu den anderen Mitglieds-  
 ländern der EU ist der Anteil des Zustroms aus Arbeitslosigkeit an allen  
 Beschäftigungsströmen 1995 mit 50 Prozent überdurchschnittlich hoch. Dies  
 bedeutet selbst geringes Beschäftigungswachstum führt mit einem hohen Anteil  
 von Übergängen aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung zu einer Ver-  
 ringerung der Arbeitslosigkeit (vgl. Tabelle 3.1, Spalte 9).



Quelle: Europäische Arbeitskräfteerhebung, eigene Berechnungen, © WZB 1997



Quelle: Europäische Arbeitskräfteerhebung, eigene Berechnungen, © WZB 1997



**Quelle:** Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen, © WZB 1997

In Luxemburg findet sich eine sehr ähnliche (abhängige) Gesamtbeschäftigungsbilanz wie in Belgien, und beide Benelux-Länder haben die niedrigsten Beschäftigungsmobilitätsraten innerhalb der EU-Länder. Diese liegt sowohl 1992 als auch 1995 bei etwa 10 Prozent (Tabelle 3.1, Spalte 3). Luxemburg hat aber von allen Mitgliedsländern die geringste Austauschrate zwischen abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in beiden Jahren. Während in Luxemburg in 1992 und 1995 trotz insgesamt geringer Mobilitätsströme dennoch die Zuströme die Abströme übertreffen, verzeichnete Belgien erstmals in den neunziger Jahren in 1995 einen positiven Saldo. Die Entwicklung der Zu- und Abströme im bereits erwähnten institutionellem Kontext hat in Belgien zu einem ständigen Ansteigen der Arbeitslosigkeit zwischen 1991 und 1994 geführt, während in Luxemburg durch die geringen Überschüsse in der Mobilitätsbilanz diese Entwicklung weitestgehend vermieden werden konnte.

Die Niederlande haben, vergleichbar mit Luxemburg, geringe Überschüsse der Zuströme aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung (vgl. dazu insbesondere Spalte 8 in Tabelle 3.1 und Abbildungen 3.1 und 3.2), was entweder direkt zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit führt oder - bei sonst ungünstigen Teilströmen aus Inaktivität/Bildung - zumindest ein stärkeres Ansteigen der Arbeitslosigkeit verhindern kann. Betrachten wir die Summe der Mobilitätsströme insgesamt (Tabelle 3.1, Spalte 3), so zeigt sich, daß das Ausmaß der gesamten Ströme in und aus abhängiger Beschäftigung in den Niederlanden eher vergleichbar ist mit dem Ausmaß der Ströme im Vereinigten Königreich oder in Frankreich. Ein durchgängig niedriger Anteil der Zuströme aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung an allen Zuströmen in abhängige Beschäftigung von ungefähr 30 Prozent bedeutet gleichzeitig, daß viele neue Beschäf-

tigungsverhältnisse geschaffen werden müßten, ehe die Arbeitslosigkeit in den Niederlanden merklich sinkt.

In Deutschland hat bei unterdurchschnittlicher Gesamtmobilität von 16,3 Prozent (1995) ein kleiner Überschuß der Ströme in abhängige Beschäftigung auch zu einem kleinen Überschuß in der Arbeitslosigkeitsbilanz (Tabelle 3.1, Spalte 8) und damit zu einer Verringerung bzw. Stabilisierung der Arbeitslosenquote geführt. Das Verhältnis der Zuströme in abhängige Beschäftigung (letzte Spalte in Tabelle 3.1) zeigt aber auch, daß - ähnlich wie in den Niederlanden - von nahezu drei neuen Beschäftigungsverhältnissen lediglich eines mit einem vorher Arbeitslosen besetzt wird. Es bleibt allerdings auch festzuhalten, daß sich das Verhältnis seit 1992 kontinuierlich verbessert hat, auch wenn im Gesamtergebnis nur eine geringfügige Besserung deutlich wird.

Dänemark hat in allen Jahren seit 1992 eine hohe Fluktuation in der Beschäftigung mit stark variierenden Salden. 1993 wurde sogar eine Spitzenposition im Saldo der Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und abhängiger Beschäftigung erreicht. Auch in 1995 ist die Bilanz positiv, gleichzeitig jedoch im Ausmaß sehr ähnlich wie die in den meisten anderen EU-Mitgliedsländern. Der Anteil des Zuganges aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung aus allen Zugängen in abhängige Beschäftigung von 46 Prozent in 1992 hat sich aber bis 1995 auf 30 Prozent deutlich verschlechtert. Wenn nicht durch eine verstärkte Ausgliederung aus dem Arbeitsmarkt das Niveau der Erwerbsbeteiligung weiter sinken sollte, ist eine weitere Verringerung der Arbeitslosenrate daher nur mit einem deutlicheren Beschäftigungswachstum zu erreichen.

Die gesamten Beschäftigungsströme sind in Frankreich in den neunziger Jahren relativ konstant auf hohem Niveau um die 20 Prozent geblieben. Ein Überschuß der Ströme in abhängige Beschäftigung ergibt sich allerdings erst in 1995. Parallel zu diesem Trend wurde eine Verbesserung des Anteils der Zugänge aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung von 1:3 auf annähernd 1:2 erreicht. Nur durch diese Verbesserung wurde auch der geringe Beschäftigungsüberschuß in eine niedrigere Arbeitslosenquote in 1995 umgesetzt. Es bleibt Gegenstand einer weiteren Untersuchung, wie diese Verbesserung im einzelnen erreicht wurde. Mögliche Erklärungen liegen in den Auswirkungen des Fünfjahresplans für Beschäftigung (vgl. inforMISEP Maßnahmen Nr. 45), dessen Beschäftigungswirkungen zur Zeit intensiv evaluiert werden.

Die irische Wirtschaft zeigt in 1995 alle Anzeichen einer expandierenden Volkswirtschaft. Zwar ist Irland auch Spitzenreiter im Überschuß der Gesamtbeschäftigungsbilanz (Tabelle 3.1, Spalte 4), doch sind die Erfolge bei der Eingliederung der Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt (Tabelle 3.1, Spalten 5-8) nur geringfügig besser als in anderen europäischen Ländern mit deutlich weniger Beschäftigungsdynamik. Dies deutet darauf hin, daß viele Jugendliche direkt aus Bildung in abhängige Beschäftigung übergehen. Da Irland aber das Land

mit der jüngsten Bevölkerung aller EU-Mitgliedsländer ist, bedeutet dies einen vorbeugenden Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Da jedoch nur ein Drittel des Beschäftigungswachstums aus Zugängen von Arbeitslosen resultiert, wird in Irland ein hoher Überschuß der Beschäftigungsbilanz notwendig sein, um die Arbeitslosigkeit weiter zu senken.

Das Ausmaß der Ströme zwischen den verschiedenen Beschäftigungssituationen ist im Vereinigten Königreich nicht, wie vielfach angenommen, am höchsten innerhalb Europas. Finnland in 1995 und auch Spanien in 1992 und 1995 haben deutlich höhere Beschäftigungsumsätze. Auch die mögliche Verzerrung der Ergebnisse in den Daten von Eurostat durch den Zeitpunkt der Erhebung (vgl. Kapitel 2, Methodologische Anmerkungen) ändert wahrscheinlich wenig an diesem Ergebnis. Klar ablesbar ist die Verschlechterung der Arbeitslosenquoten von 1991 auf 1992 von 8,8 auf 10,1 Prozent in dem mit -2,2 Prozent deutlich negativen Überschuß der Ströme aus Beschäftigung in Arbeitslosigkeit zum Zeitpunkt der Befragung im Frühjahr 1992. Seitdem hat sich dieser negative Überschuß allerdings mit steigender Dynamik in ein positives Vorzeichen umgedreht, was den erfreulichen Erfolg bei der Wiedereingliederung von Arbeitslosen widerspiegelt. Vergleichbar mit Irland, erweist sich das Verhältnis von ungefähr 1:3 des Anteils der Zuströme aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung an allen Zuströmen in abhängige Beschäftigung als relativ konstant, aber vergleichsweise niedrig.

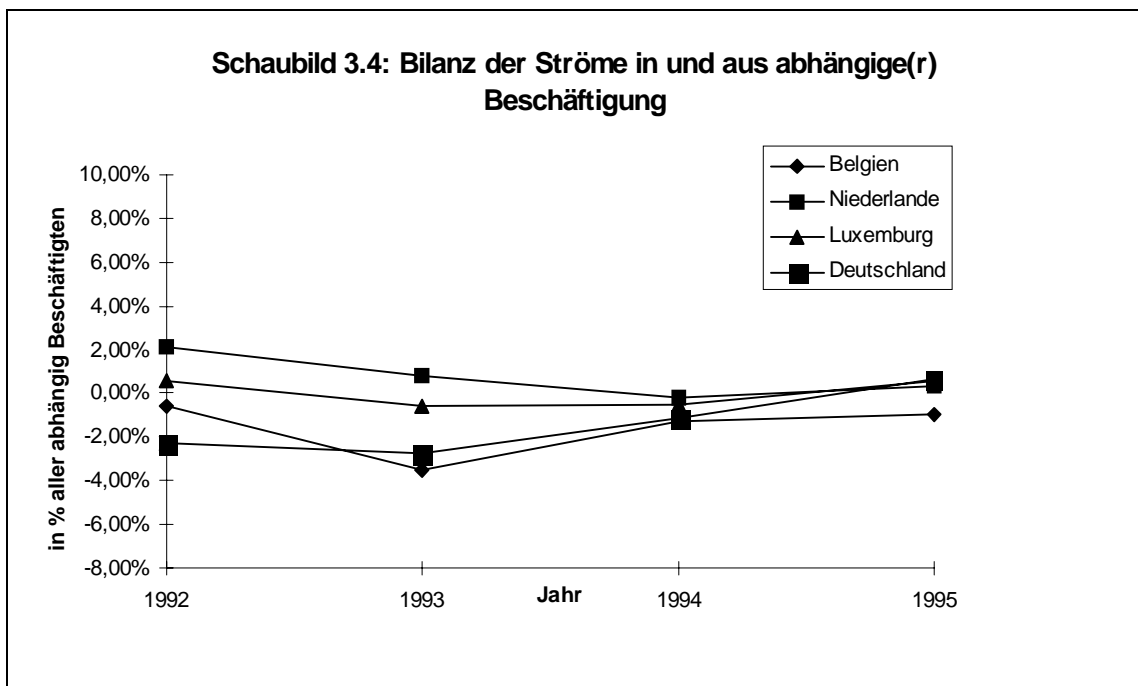
Italien gehört zu der Ländergruppe mit hohem Beschäftigungsumschlag und, zumindest in den neunziger Jahren, auch zu den Ländern mit durchgehend positivem Beschäftigungssaldo (Tabelle 3.1, Spalte 4). Bereits im 2. Abschnitt haben wir das Zustandekommen der positiven Bilanz des Austausches zwischen Arbeitslosigkeit und abhängiger Beschäftigung (Tabelle 3.1, Spalte 8) erläutert, wobei ersichtlich wird, daß Italien mit einer gemessen am EU-Durchschnitt relativ jungen Bevölkerung ebenfalls die schwierige Aufgabe der Eingliederung neu in den Arbeitsmarkt eintretender Jugendlicher zu meistern hat. Damit ist Italien aber offensichtlich weniger erfolgreich als Irland, denn ein Eingliederungserfolg (oder der Erhalt abhängiger Beschäftigung) von älteren Arbeitslosen kann eventuell auch zuungunsten der Eingliederung von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt erfolgen. In diesem Sinne legen die Daten die Interpretation von Verdrängungseffekten von jungen Berufseinsteigern in Italien nahe.

In Spanien gab es eine Trendumkehr von den Jahren mit negativen Beschäftigungsbilanzen - 1992 und 1993 - in eine leicht positive (1994) und in besonders erfolgreiche Beschäftigungsüberschüsse in 1995. In allen Jahren hatte Spanien durchgehend die höchste Mobilität, wenn man die Summe aller Ströme in und aus abhängige Beschäftigung analysiert. Dies zeigt unter Berücksichtigung der eingeschränkten Perspektive unserer Daten (vgl. Kapitel 2, Methodologische Anmerkungen), daß externe Mobilität im Gegensatz zu in-

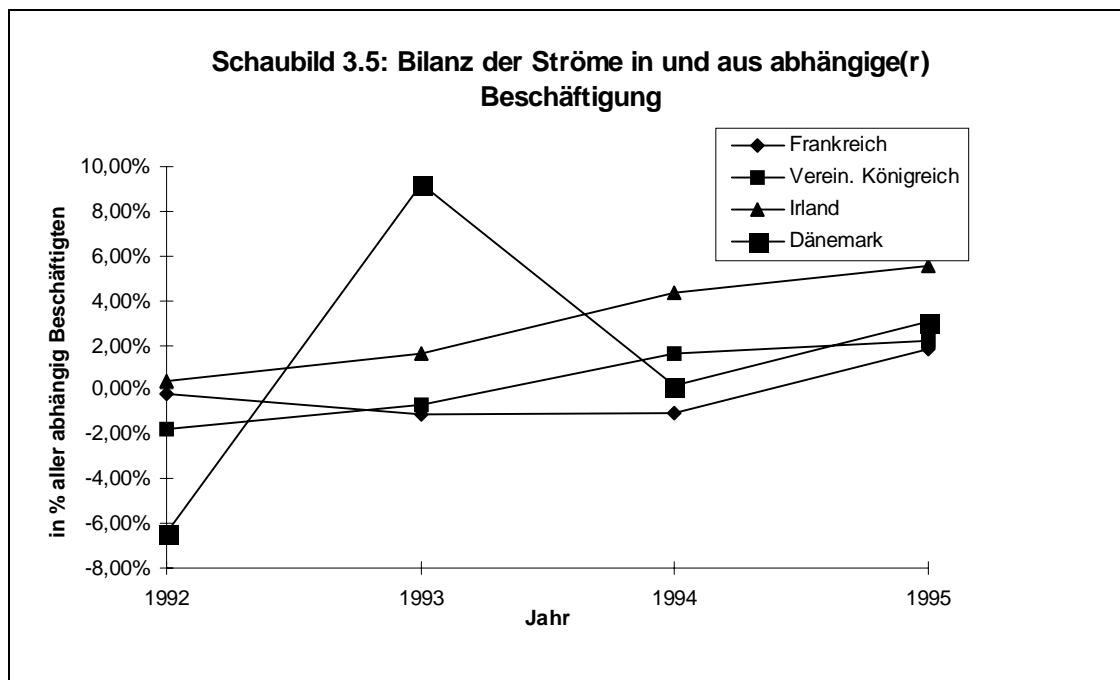
nerbetrieblichen Wechseln in Spanien eine enorme Bedeutung gewonnen hat. Das Verhältnis der Beschäftigungsströme zueinander von 2:3 (Tabelle 3.1, Spalte 9) bringt auch die hohe Wahrscheinlichkeit zum Ausdruck, daß eine offene Stelle mit einem vorher Arbeitslosen besetzt wird.

In Griechenland sind zwar durchschnittlich hohe Mobilitätsströme in jeweils beide Richtungen nachzuweisen, die Differenz der Ströme war jedoch in den neunziger Jahren relativ gering und meistens leicht negativ (vgl. Abbildungen 3.5 und 3.6). Im Ergebnis ist das zwar schwache, aber kontinuierlich ansteigende Niveau der Arbeitslosigkeit aus den Mobilitätsströmen herleitbar. Der Anteil der Ströme aus Arbeitslosigkeit an allen Zuströmen in abhängige Beschäftigung hat sich von 35 Prozent auf 55 Prozent verbessert; das ist der zweithöchste Anteil in der EU (Tabelle 3.1, Spalte 9). Dies bedeutet zumindest eine bessere Ausgangssituation für eine zukünftige Reduzierung der Arbeitslosigkeit.

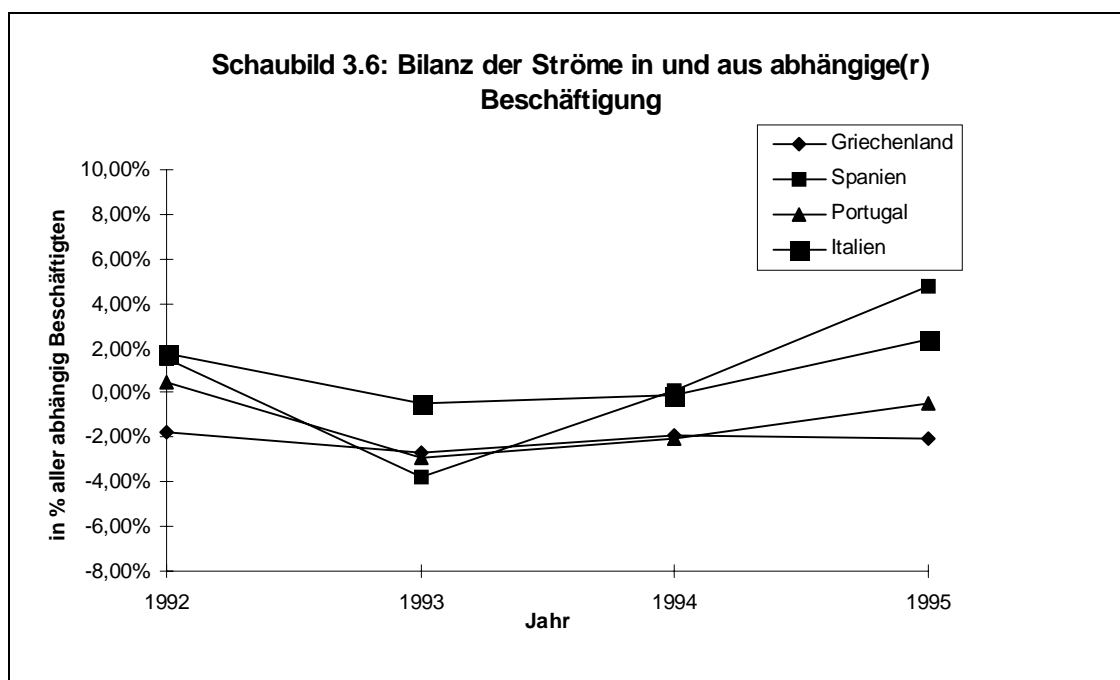
Die portugiesische Beschäftigungsbilanz zeigt bei durchschnittlich hohen Mobilitätsströmen jeweils sehr geringe Überschüsse in 1992 und 1995. In den beiden Zwischenjahren war die Bilanz aber negativ und erklärt damit den Ursprung der ansteigenden Arbeitslosigkeit auf ca. 7 Prozent in 1995. In den neunziger Jahren sind nur minimale Fortschritte erzielt worden, den Anteil der Zuströme aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung an allen Zuströmen zu erhöhen. Zwar stieg dieser Anteil von 33 Prozent in 1992 auf 41 Prozent in 1995, dennoch ist eine Rückführung der Arbeitslosigkeit bei großen jungen Geburtskohorten, die neu in den Arbeitsmarkt drängen, schwierig.



Quelle: Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen, © WZB 1997



Quelle: Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen, © WZB 1997



Quelle: Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen, © WZB 1997

In Österreich haben nahezu 18 Prozent aller Personen im erwerbsfähigen Alter gemessen an allen abhängig Beschäftigten eine Zustandsänderung zwischen den beiden Beobachtungszeitpunkten 1994 und 1995 erfahren (Tabelle 3.1, Spalte 3). Ein Überschuß der Ströme in abhängige Beschäftigung von gut 4 Prozent ging dennoch mit einer Verschlechterung der Bilanz der Arbeitslosigkeitsströme einher (Spalte 9). Außerdem war 1995 der Anteil der Ströme aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung an allen Strömen in abhängige

Beschäftigung mit 11 Prozent der geringste innerhalb der EU-Mitgliedsländer. Da dieses Ergebnis aber lediglich ein einziges Jahr betrifft, müßte die genaue Zusammensetzung der allgemeinen Ströme im Vergleich zu den Vorjahren analysiert werden; diese Daten sind jedoch bei Eurostat noch nicht verfügbar. Hohe Ströme aus Inaktivität in abhängige Beschäftigung, eventuell durch Einwanderung, durch starke Kohorten von Ausbildungsabsolventen oder weibliche Berufsrückkehrer, könnten die Ursache sein für diese erstaunlich positive Beschäftigungsbilanz ohne das Ergebnis einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit.<sup>4</sup>

Die finnische Gesamtmobilitätsrate von 27 Prozent wird nur von Spanien übertroffen. Beide Länder haben in 1995 sehr hohe Arbeitslosenquoten. Auch bei den Strömen von abhängiger Beschäftigung in Arbeitslosigkeit und beim Gegenstrom weisen beide Länder die höchsten Raten auf.<sup>5</sup> Als positives Signal läßt sich für Finnland ablesen, daß die Spitze der wachsenden Arbeitslosigkeit in 1994 erreicht wurde und durch leichte Überschüsse der Ströme aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung von 1994 auf 1995 bereits eine erste Reduzierung der Arbeitslosenquote eintrat (vgl. auch OECD 1996b, S. 198). Mit einem Verhältnis von nahezu 1:2 der beiden Beschäftigungsbilanzen (Tabelle 3.1, Spalte 9) sind die Vorzeichen für ein weiteres Sinken der Arbeitslosigkeit auch bei nur geringem (abhängigem) Beschäftigungswachstum relativ günstig.

---

<sup>4</sup> Vergleichbare Berechnungen auf der Basis nationaler Sozialversicherungsdaten ergeben jedoch ein anderes Bild, die allerdings nicht die Übergänge in Selbständigkeit mit einschließen. In weiteren disaggregierten Analysen haben wir uns deshalb entschlossen, auf eine Interpretation der Daten für Österreich zum Teil zu verzichten.

<sup>5</sup> Die Zunahme der Rekrutierung aus Arbeitslosigkeit in der Rezession kann sich durch die Substitution von Einstellungen aus vorheriger Beschäftigung durch Einstellungen aus Arbeitslosigkeit aufgrund einer asymmetrischen Entwicklung der Einstellungskosten erklären (Schettkat 1995).

#### **4. Unterschiede der Übergangsdynamik zwischen Frauen und Männern**

Auch die Förderung von Frauen hat seit geraumer Zeit in die Zielsetzungen europäischer Arbeitsmarktpolitik Eingang gefunden. (Europäische Kommission 1993). Der verstärkte Wunsch von Frauen, einer Erwerbsbeteiligung nachgehen zu wollen, findet denn auch seinen Ausdruck in dem (in fast allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union) anhaltenden Trend zur stärkeren Erwerbsbeteiligung von Frauen und dem gleichzeitigen leichten Rückgang der Erwerbsbeteiligung von Männern (Europäische Union 1994). Dieses findet sich auch in unserer Untersuchung wieder. Tabelle 4.1 stellt in Anlehnung an Tabelle 3.1 schematisch die geschlechtsspezifischen Differenzen innerhalb der Ströme dar. Dazu wurde die Differenz zwischen den jeweiligen Übergängen von Frauen und Männern in Prozent aller abhängig Beschäftigten gebildet. Zur einfacheren Darstellung enthält Tabelle 4.1 nur die Tendenzen, also die Vorzeichen der jeweiligen Differenzen. Ein Pluszeichen bedeutet hierbei, daß mehr Frauen einen entsprechenden Übergang vollzogen haben als Männer, ein Minuszeichen bedeutet das Gegenteil. Angemerkt sei hierbei, daß dies in keiner Weise eine qualifizierende Wertung darstellt: Ein "Mehr" an Übergängen kann allerdings nicht per se als etwas Positives gewertet werden, insbesondere wenn es sich um Übergänge in Arbeitslosigkeit oder Inaktivität handelt. Aber auch bei Übergängen in abhängige Beschäftigung müßten für eine solche Wertung zuerst weitere Faktoren näher betrachtet werden, so zum Beispiel der Status der Beschäftigung (befristet/unbefristet, benötigtes Qualifikationsniveau, Einkommensniveau etc.).

Betrachtet man die Summe aller Ströme in abhängige Beschäftigung (Tabelle 4.1, Spalte 1) so spiegelt sich die oben erwähnte Steigerung der Erwerbsquote von Frauen deutlich darin wider, daß trotz immer noch geringerer Erwerbsquote in den meisten Mitgliedsstaaten mehr Frauen den Übergang in abhängige Beschäftigung realisieren konnten als Männer. Nur in Spanien und Italien in 1992 und zusätzlich in Belgien 1995 mündeten mehr Männer in abhängiger Beschäftigung als Frauen. In Spanien läßt sich dies durch die insgesamt starke Rotation auf dem Arbeitsmarkt durch den extrem hohen Anteil befristeter Beschäftigungsverhältnisse erklären. Gleichzeitig findet in den meisten Ländern ein stärkerer Abstrom (Tabelle 4.1, Spalte 2) der Männer aus abhängiger Beschäftigung in irgendeinen anderen Arbeitsmarktstatus statt. Nur in Dänemark und Frankreich in 1992 und zusätzlich in Belgien 1995 mündeten mehr Frauen als Männer aus abhängiger Beschäftigung. Dies ist auch in Finnland, für das nur 1995 Daten vorliegen, der Fall. Betrachtet man die Summe aller Zu- und Abgänge wieder als Indikator für Gesamtmobilität (Tabelle 4.1,

Spalte 3), so haben in 1992 in den Ländern mit der niedrigsten Frauenerwerbsquote (Spanien, Griechenland, Irland und Italien) und zusätzlich im Vereinigten Königreich die Männer, in allen anderen Ländern die Frauen eine höhere Mobilität. Durch die höheren Abströme der Männer in 1995 ergibt sich auch in Deutschland, den Niederlanden und Portugal eine höhere Gesamtmobilität der Männer. Nur noch in Belgien, Dänemark, und Frankreich ist die Gesamtmobilität bei Frauen höher als bei Männern. Aber auch in Finnland, für das nur Daten für das Jahr 1995 vorliegen, ist die Mobilität von Frauen höher als von Männern.

**Tabelle 4.1:** Geschlechtsspezifische Unterschiede bei Übergängen in und aus abhängiger Beschäftigung

1992	Gesamtströme in und aus abhängiger Beschäftigung			Ströme zwischen abhängiger Beschäftigung u. Arbeitslosigkeit		
	Zustrom in abhängige Beschäftigung	Abstrom aus abhängiger Beschäftigung	Summe (1+2)	Zustrom in abhängige Beschäftigung	Abstrom aus abhängiger Beschäftigung	Summe (4+5)
	1	2	3	4	5	6
BE	+	-	+	+	+	+
DE	+	-	+	+	+	+
DK	+	+	+	+	-	+
ES	-	-	-	-	-	-
FR	+	+	+	+	-	-
GR	+	-	-	-	-	-
IR	+	-	-	-	-	-
IT	-	-	-	-	-	-
LX	+	-	+	-	-	-
NL	+	-	+	+	+-	+
PO	+	-	+	+	-	+
UK	+	-	-	-	-	-
<b>1995</b>						
BE	-	+	+	+	+	+
DE	+	-	-	-	-	-
DK	+	+	+	+	+	+
ES	-	-	-	-	-	-
FIN	+	+	+	-	+	-
FR	+	+	+	-	+	-
GR	+	-	-	-	-	-
IR	+	-	-	-	-	-
IT	-	-	-	-	-	-
LX	+	n.a.	n.a.	-	-	-
NL	+	-	-	-	-	-
PO	+	-	-	+	-	-
UK	+	-	-	-	-	-

+ bedeutet eine höhere Anzahl von Übergängen von Frauen als von Männern.

- bedeutet eine höhere Anzahl von Übergängen von Männern als von Frauen.

n.a. keine Zahlen verfügbar.

Quelle: Europäische Arbeitskräfteerhebungen, eigene Berechnungen.

Kehrt man zurück zur traditionellen Betrachtung der Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und abhängiger Beschäftigung (Tabelle 4.1, Spalten 4 - 6), so ergibt sich ein ganz anderes Bild. Die absolute Dominanz von Frauen im Gesamtzustrom in abhängige Beschäftigung (Tabelle 4.1, Spalte 1) in 1992 spiegelt sich nicht in gleichem Maße bei der Betrachtung des Zustroms in abhängige Beschäftigung aus Arbeitslosigkeit (Tabelle 4.1, Spalte 4) wider. In der einen Hälfte der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft (Belgien, Deutschland, Dänemark, Frankreich, Niederland und Portugal) realisieren mehr Frauen, in der anderen Hälfte (Spanien, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg und Vereinigtes Königreich) mehr Männer diesen Übergang aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung. In 1995 dagegen sind nur noch in Belgien, Dänemark und Portugal mehr Frauen als Männer aus Arbeitslosigkeit in abhängiger Beschäftigung gemündet<sup>6</sup>. Ein Grund liegt mit Sicherheit in der Tatsache, daß Frauen gerade in der Hauptaltersgruppe vielfach einen Ausstieg aus dem Berufsleben vollziehen, um nach einer Kindererziehungsphase, statistisch zumeist als Inaktivität geführt, wieder in das Berufsleben einzusteigen.<sup>7</sup>

Betrachtet man den Gegenstrom aus abhängiger Beschäftigung in Arbeitslosigkeit (Tabelle 4.1, Spalte 5), so werden, immer noch gemessen an allen abhängig Beschäftigten, 1992 nur in Belgien und Deutschland und 1995 nur in Belgien, Dänemark, Frankreich und Finnland mehr Frauen arbeitslos als Männer. Die als Teil-Mobilitätsindikator zu interpretierende Summe dieser beiden Ströme (Tabelle 4.1, Spalte 6) zeigt 1992 noch eine starke Mobilität zwischen Arbeitslosigkeit und abhängiger Beschäftigung für Frauen in Belgien, Deutschland, Dänemark, den Niederlanden und Portugal. Dies bleibt 1995 jedoch nur noch für Frauen in Belgien und Dänemark der Fall, was durch den stärkeren Zustrom von Männern als Frauen aus Arbeitslosigkeit in abhängiger Beschäftigung (Tabelle 4.1, Spalte 4) erklärt werden kann.

---

<sup>6</sup>   Erinnert sei an dieser Stelle nochmals an die Limitation der Daten, die nur die Übergänge betrachtet, die zwischen dem Zustand im jeweiligen Jahr (t) und dem Zustand im Vorjahr (t-1) stattfinden. Gerade bei atypischer bzw. flexibler Beschäftigung, wo mit hoher Rotation und Mobilität zu rechnen ist, kann es dabei zu einer strukturellen Unterschätzung kommen, die sich bei einer (in diesem Fall geschlechtsspezifischen) Disaggregation der Daten noch einmal verstärkt auswirken kann.

<sup>7</sup>   Hier spielt außerdem der institutionelle Kontext der Arbeitslosenversicherungssysteme eine Rolle: Nur wer lang genug in Beschäftigung und gleichzeitig nicht zu lange aus Beschäftigung ausgeschieden war, hat Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Zwar wird in der Arbeitskräftestichprobe nach der Definition von Arbeitslosigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verfahren, nach der das Kriterium der Suche nach Arbeit und nicht die Tatsache von Unterstützungsleistungen entscheidend ist. Dennoch ist davon auszugehen, daß eine Kindererziehungszeit während einer Arbeitslosigkeitsphase mit Bezug von Unterstützungsleistungen als Arbeitslosigkeitsphase erscheint, ohne Bezug solcher Leistungen aber als Inaktivität auftaucht, da eine Arbeitsuche und Verfügbarkeit oftmals für den weiteren Bezug von Leistungen zumindest behauptet, ohne diesen institutionellen Mechanismus aber nicht unbedingt aufrecht erhalten werden muß. Eine eindeutige Datenlage würde sich nur ergeben, wenn es funktionale Äquivalente für die Transferleistungen in gleicher Höhe gäbe.

Vergleicht man die geschlechtsspezifische Bilanz der Ströme zwischen 1992 und 1995, so hat man den Eindruck, daß sich im Trend die Situation der Frauen verschlechtert beziehungsweise die der Männer verbessert hat: Es gehen 1995 europaweit noch einmal weniger Frauen als Männer aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung über als 1992. Gleichzeitig aber münden mehr Frauen aus abhängiger Beschäftigung in Arbeitslosigkeit. Die hinter dieser Bilanz liegenden tatsächlichen Ströme zeigen folgendes Bild: Die Veränderungen der Ströme sind in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union von unterschiedlichem Niveau. Während aber die Veränderungen der Summe aller Zuströme in abhängige Beschäftigung (Tabelle 4.1, Spalte 1) zwischen 1992 und 1995 für Männer und Frauen innerhalb eines Landes die gleiche Richtung (Abnahme oder Zunahme) haben, ist dies beim Gegenstrom aus abhängiger Beschäftigung (Tabelle 4.1, Spalte 2) nicht immer der Fall: In Belgien, Deutschland, Griechenland und Luxemburg nimmt die Anzahl aller Übergänge in abhängige Beschäftigung gemessen an allen abhängig Beschäftigten sowohl für Frauen als auch für Männer ab, sie steigt jedoch für beide Geschlechter in allen anderen Ländern. Sowohl mehr Frauen als auch Männer verlieren ihre Beschäftigung im Vergleich zu 1992 in den Niederlanden, Portugal und dem Vereinigten Königreich; weniger Männer und Frauen degegen in Belgien, Deutschland, Spanien<sup>8</sup>. In Irland verlieren 1995 mehr Männer aber weniger Frauen; in Dänemark, Finnland, Frankreich und Griechenland mehr Frauen aber weniger Männer ihre abhängige Beschäftigung als 1992. Auch bei den Übergängen zwischen abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit ist in den meisten Ländern die Richtung der Veränderung der Anzahl der Übergänge bei Männern und Frauen gleich.

In Deutschland, Dänemark und Luxemburg werden sowohl weniger Männer und Frauen arbeitslos als auch aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung rekrutiert. In Spanien, Finnland, Irland, Italien, den Niederlanden und Portugal werden 1995 sowohl mehr Frauen als Männer arbeitslos als auch aus Arbeitslosigkeit eingestellt. Im Vereinigten Königreich gehen 1995 sowohl weniger Frauen aber gleichzeitig mehr Männer als 1992 aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung und aus abhängiger Beschäftigung in Arbeitslosigkeit über. In Frankreich erhöht sich die Zahl der Übergänge aus Arbeitslosigkeit für Männer und Frauen, während gleichzeitig mehr Frauen aber weniger Männer arbeitslos werden. In Griechenland münden im Vergleich zu 1992 mehr Frauen aber weniger Männer aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung, der Strom aus abhängiger Beschäftigung in Arbeitslosigkeit erhöht sich jedoch sowohl für Männer als auch für Frauen.

Wie bereits in Tabelle 3.1 kann man auch hier die Bilanz zwischen den Strömen *in* und den Strömen *aus* abhängiger Beschäftigung als Eingliederungserfolg beziehungsweise -mißerfolg interpretieren. Tabelle 4.2 stellt dies

---

<sup>8</sup> Für Luxemburg liegen hier nur Daten für Männer vor, die 1995 gegenüber 1992 eine geringere Quote an Übergängen aus Beschäftigten hatten.

für Männer und Frauen nebeneinander aufgeschlüsselt dar. Die Spalten 1 und 2 beziehen sich auf alle Ströme in und aus abhängiger Beschäftigung, die Spalten 3 und 4 beziehen sich auf die Teilströme zwischen Arbeitslosigkeit und abhängiger Beschäftigung.

Hier zeigt sich bei den Frauen außer in Deutschland und Dänemark 1992 beziehungsweise nur in Belgien 1995 eine negative Bilanz zwischen der Summe aller Zuströme in und der Summe aller Abströme aus abhängiger Beschäftigung. Oder anders formuliert: in fast allen Ländern fanden mehr Frauen, die im Jahr zuvor nicht beschäftigt waren einen Job als im Gegenzug Frauen ihren Arbeitsplatz verloren. Bei den Männer hingegen konnte eine positive Bilanz nur in Spanien, Italien und den Niederlanden in 1992 erreicht werden. Im Zuge der allgemeinen konjunkturellen Erholung konnten 1995 Dänemark, Frankreich, Irland und das Vereinigte Königreich ihre 1992 für Männer noch negative Bilanz in eine positive umkehren. Belgien und Deutschland konnten ihre negative Eingliederungsbilanz für Männer zumindest abschwächen. Während Spanien und Italien 1995 bei den Männer noch mehr Eingliederungserfolge erzielten als 1992, konnten die Niederlande 1995 nur noch eine negative Bilanz vorweisen. In Griechenland, Luxemburg und Portugal verstärkte sich der negative Trend, daß mehr Männer aus abhängiger Beschäftigung ab- als in abhängige Beschäftigung hinein strömten.

Ein bereits erwähnter geschlechtsspezifischer Unterschied wird bei der Betrachtung von Tabelle 4.2, Spalten 5 und 6 erneut deutlich: die unterschiedliche Bedeutung der Rekrutierung von Frauen und Männer aus dem Bereich Arbeitslosigkeit kann aus einem Vergleich des Anteils geschlossen werden, den der Strom aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung an allen Strömen in abhängige Beschäftigung hat. Neben der insgesamt großen Streuung dieses Anteils, der bereits in Kapitel 3 angesprochen wurde, liegt 1992 nur in Belgien und 1995 in Belgien, Dänemark und Portugal bei Frauen ein höherer Anteil vor als bei Männer. In allen anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft ist der Anteil der aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung mündenden Männer höher als derjenige von Frauen.

Während dabei zum Teil nur geringe Unterschiede zwischen Männern und Frauen von ca. einem Prozent herrschen (Niederlande und Portugal 1992; Dänemark 1995) treten auch Differenzen von bis zu 27,4 Prozent auf (Irland 1992). Hieran wird nochmals deutlich, wie wichtig eine systemische Betrachtung aller Ströme in und aus abhängiger Beschäftigung ist und wie unzureichend eine traditionelle Teilbetrachtung der Ströme zwischen Arbeitslosigkeit und abhängiger Beschäftigung doch ist.

**Tabelle 4.2:** Geschlechtsspezifische Muster spezifischer Ströme  
(In Prozent aller abhängig Beschäftigten)

1992	Bilanz der Gesamtströme in und aus abhängiger Beschäftigung:		Bilanz der Ströme von Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung und des Gegenstroms:		Anteil des Zustroms aus Arbeitslosigkeit an allen Zustromen in abhängige Beschäftigung	
	Differenz zwischen Zu- und Abstrom		Differenz zwischen Zu- und Abstrom			
	Frauen (a-b) 1	Männer (a-b) 2	Frauen (c-d) 3	Männer (c-d) 4	Frauen (c/a x 100) 5	Männer (c/a x 100) 6
BE	0,5	-1,1	0,2	-0,1	36,3	32,0
DE	-0,7	-1,6	-1,1	-1,7	25,0	29,5
DK	-3,0	-3,4	-0,6	-1,8	45,0	47,9
ES	1,3	0,2	0,7	1,3	50,5	62,8
FR	0,5	-0,7	-0,5	-1,1	31,5	39,0
GR	0,2	-1,9	0,1	-0,1	34,7	50,1
IR	1,8	-1,4	-0,7	-2,3	19,9	47,3
IT	1,0	0,8	1,0	2,7	35,0	40,7
LX	0,8	-0,2	0,0	0,1	15,6	23,5
NL	1,7	0,4	0,5	0,8	24,9	25,8
PO	0,9	-0,4	0,5	0,6	32,7	33,8
UK	0,4	-2,2	-0,3	-2,2	21,9	40,5
<b>1995</b>						
BE	-0,6	-0,4	0,2	0,3	51,7	49,3
DE	1,1	-0,4	0,3	0,2	35,5	40,3
DK	1,1	2,0	0,3	0,8	30,1	29,5
ES	2,3	2,5	1,7	4,7	60,9	74,0
FIN	1,2	1,4	0,0	0,7	37,2	55,6
FR	1,1	0,8	0,1	0,7	40,7	53,3
GR	0,2	-2,2	0,1	-0,1	48,9	63,3
IR	3,7	1,9	0,2	0,9	21,2	46,5
IT	1,5	1,0	1,2	3,5	41,3	48,2
LX	n.a.	-0,5	0,1	0,2	19,7	35,3
NL	0,8	-0,5	0,3	0,4	27,1	33,6
PO	0,5	-0,9	0,4	0,1	41,9	39,8
UK	1,4	0,8	0,4	0,7	23,7	45,5

**Anmerkung:** Dänemark ohne Selbständige

n.a. keine Zahlen verfügbar.

a: Zustrom in abhängige Beschäftigung insgesamt

b: Abstrom aus abhängiger Beschäftigung insgesamt

c: Zustrom in abhängige Beschäftigung aus Arbeitslosigkeit

d: Abstrom aus abhängiger Beschäftigung in Arbeitslosigkeit

**Quelle:** Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen.

## Gruppenbezogene Betroffenheit

Alle bisher analysierten Zahlen bezogen sich als Grundgesamtheit auf alle abhängig Beschäftigten, um eine Vergleichbarkeit der Daten zu erreichen. Gerade aber bei der Betrachtung von disaggregierten Daten - in diesem Fall nach Geschlecht - kann eine unterschiedliche (proportionale oder überproportionale) Betroffenheit von Frauen oder Männern erst dann genauer analysiert werden, wenn als Basis die jeweiligen abhängig beschäftigten Frauen oder Männer herangezogen werden (vergleiche Tabellen 4.3a und 4.3b). Diese Berechnung hat mathematisch in erster Linie den Effekt, daß sämtliche Prozentwerte steigen, da sich nun die gleiche Anzahl von Übergängen nur noch auf eine Teilmenge (Männer beziehungsweise Frauen) der ursprünglichen Grundgesamtheit (alle abhängig Beschäftigten) beziehen. Da aber die Erwerbsquote von Frauen niedriger als die Erwerbsquote der Männer ist, steigen die Prozentwerte für Frauen dementsprechend stärker an als die für Männer. Dies wiederum führt bei einem Vergleich der Teilgruppen zu den im folgenden ausgeführten Ergebnissen (vergleiche Tabelle 4.4). So sind in fast allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union 1992 Frauen bei allen Strömen stärker betroffen als Männer. Eine stärkere Betroffenheit von Männern findet sich nur in Irland und dem Vereinigten Königreich beim Abstrom aus abhängiger Beschäftigung insgesamt, beim Zustrom in abhängige Beschäftigung aus Arbeitslosigkeit und dem Abstrom aus abhängiger Beschäftigung in Arbeitslosigkeit. Auch 1995 ändert sich dieses Bild nur geringfügig. Als Interpretation bieten sich folgende Hypothesen an. Zum einen haben Frauen in den europäischen Gesellschaften einen traditionell anderen Lebensverlauf als Männer, da vielfach durch geringere Ausbildungsniveaus, Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit zwecks Arbeit im häuslichen Kontext etc. eine höhere Fluktuation, d.h. Zugangs- und Abgangswahrscheinlichkeit besteht, die sich auf alle Übergänge auswirkt. Dies könnte durch eine Zugangsselektivität in die Erwerbstätigkeit bei Frauen zusätzlich verstärkt sein. Zum anderen zeigt sich auch hier die Folge von geschlechtsspezifischer beruflicher Segregation. Frauen nehmen eher schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse mit niedrigem Qualifikationsniveau ein (Schömann, Rogowski, Kruppe 1998). Gerade solche Arbeitsplätze tragen aber ein höheres Risiko bezüglich ihrer Beschäftigungsstabilität und erzeugen eine höhere Fluktuation.

Gleichzeitig spielt mit Sicherheit ein diskriminatorisches Element eine Rolle, wobei gerade die insgesamt höhere Rate an Übergängen auch genau gegenteilig interpretiert werden könnte - in dem Sinne, daß Frauen im Arbeitsmarkt nicht grundsätzlich diskriminiert werden und deshalb eine proportionale Berechnung auf der Basis aller abhängig beschäftigten Frauen beziehungsweise Männer im Gegensatz zur Berechnung auf der Basis aller abhängig Be-

schäftigten ein Artefakt schaffe. Dies lässt sich jedoch nur mit einer weiter disaggregierten Analyse genauer identifizieren, beispielsweise unter Heranziehen von berufs- und sektorenspezifischen Indikatoren der Beschäftigung, untergliedert nach Geschlecht.

**Tabelle 4.3a:** Unterschiede in der Bilanz der Übergänge bei Frauen und Männern unter Berücksichtigung der jeweiligen Erwerbsbeteiligung  
(Übergänge von Frauen in Prozent aller abhängig beschäftigten Frauen)

Gesamtströme in und aus abhängiger Beschäftigung					Ströme zwischen abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit			
	Zustrom in abhängiger Beschäftigung	Abstrom aus abhängiger Beschäftigung	Summe (1+2)	Differenz (1-2)	Zustrom in abhängiger Beschäftigung	Abstrom aus abhängiger Beschäftigung	Summe (5+6)	Differenz (5-6)
	1	2	3	4	5	6	7	8
<b>1992</b>								
BE	8,1	7,0	15,1	1,2	3,0	2,6	5,5	0,4
DE	9,5	11,1	20,6	-1,6	2,4	4,9	7,2	-2,5
DK	11,8	18,1	29,9	-6,3	5,3	6,5	11,9	-1,2
ES	20,9	16,9	37,8	3,9	10,5	8,5	19,1	2,0
FR	12,5	11,3	23,8	1,1	3,9	5,0	8,9	-1,0
GR	12,0	11,5	23,5	0,5	4,2	4,0	8,2	0,1
IR	13,1	8,8	21,9	4,3	2,6	4,3	6,9	-1,7
IT	14,3	11,6	25,9	2,7	5,0	2,4	7,4	2,6
LX	8,1	6,0	14,1	2,1	1,3	1,2	2,4	0,1
NL	14,3	10,0	24,3	4,3	3,6	2,2	5,8	1,3
PO	10,0	8,1	18,1	1,9	3,3	2,2	5,5	1,1
UK	11,3	10,4	21,6	0,9	2,5	3,1	5,6	-0,7
<b>1995</b>								
BE	7,1	8,5	15,6	-1,4	3,7	3,3	7,0	0,4
DE	10,4	8,0	18,3	2,4	3,7	3,1	6,8	0,6
DK	15,5	13,2	28,7	2,3	4,7	4,1	8,7	0,6
ES	20,3	13,8	34,2	6,5	12,4	7,7	20,1	4,7
FIN	16,1	13,7	29,7	2,4	6,0	6,0	11,9	0,0
FR	12,4	10,1	22,5	2,3	5,0	4,8	9,9	0,2
GR	11,9	11,5	23,5	0,4	5,8	5,5	11,3	0,4
IR	15,5	7,0	22,5	8,5	3,3	2,7	6,0	0,6
IT	14,3	10,5	24,8	3,8	5,9	2,7	8,6	3,3
LX	9,6	n.a.	n.a.	n.a.	1,9	1,5	3,4	0,4
NL	12,0	10,1	22,1	2,0	3,3	2,5	5,8	0,8
PO	9,5	8,5	17,9	1,0	4,0	3,2	7,2	0,8
UK	11,7	8,8	20,5	2,9	2,8	2,0	4,8	0,8

**Anmerkung:** Dänemark ohne Selbständige

+ bedeutet eine höhere Anzahl von Übergängen von Frauen als von Männern.

- bedeutet eine höhere Anzahl von Übergängen von Männern als von Frauen.

n.a. keine Zahlen verfügbar.

**Quelle:** Europäische Arbeitskräfteerhebung, eigene Berechnungen.

**Tabelle 4.3b:** Unterschiede in der Bilanz der Übergänge bei Frauen und Männern unter Berücksichtigung der jeweiligen Erwerbsbeteiligung  
(Übergänge von Männern in Prozent aller abhängig beschäftigten Männern)

	Gesamtströme in und aus abhängiger Beschäftigung				Ströme zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit			
	Zustrom in abhängige Beschäftigung	Abstrom aus abhängiger Beschäftigung	Summe (1+2)	Differenz (1-2)	Zustrom in abhängige Beschäftigung	Abstrom aus abhängiger Beschäftigung	Summe (5+6)	Differenz (5-6)
	1	2	3	4	5	6	7	8
<b>1992</b>								
BE	3,5	5,2	8,7	-1,8	1,1	1,5	2,6	-0,4
DE	5,5	8,3	13,9	-2,8	1,6	2,7	4,4	-1,1
DK	8,4	15,0	23,4	-6,6	4,0	6,4	10,4	-2,4
ES	13,2	12,8	26,1	0,4	8,3	7,3	15,6	1,0
FR	7,9	9,1	17,0	-1,3	3,1	4,2	7,3	-1,1
GR	6,3	9,2	15,5	-3,0	3,1	3,3	6,5	-0,2
IR	8,3	10,7	19,0	-2,4	3,9	6,7	10,6	-2,8
IT	11,0	9,8	20,9	1,2	4,5	1,7	6,2	2,8
LX	3,7	4,0	7,6	-0,3	0,9	0,8	1,7	0,1
NL	7,5	6,9	14,4	0,6	1,9	1,5	3,4	0,5
PO	6,5	7,3	13,8	-0,7	2,2	2,1	4,3	0,1
UK	8,4	12,5	20,9	-4,1	3,4	6,9	10,3	-3,5
<b>1995</b>								
BE	4,9	5,6	10,5	-0,6	2,4	2,2	4,6	0,2
DE	7,1	7,8	14,8	-0,7	2,9	3,0	5,8	-0,1
DK	10,6	6,9	17,4	3,7	3,1	2,2	5,3	0,9
ES	15,2	11,4	26,6	3,8	11,2	6,6	17,8	4,6
FIN	13,3	10,6	23,9	2,8	7,4	6,0	13,4	1,4
FR	9,8	8,4	18,1	1,4	5,2	4,0	9,2	1,2
GR	6,1	9,6	15,7	-3,5	3,9	4,2	8,0	-0,3
IR	11,1	7,8	19,0	3,3	5,2	4,0	9,2	1,2
IT	12,2	10,7	22,9	1,6	5,9	2,3	8,2	3,6
LX	3,6	4,3	7,9	-0,8	1,3	1,1	2,4	0,1
NL	7,6	8,5	16,1	-0,9	2,6	2,5	5,0	0,1
PO	7,2	8,9	16,2	-1,7	2,9	3,4	6,3	-0,5
UK	10,2	8,8	19,0	1,5	4,7	4,0	8,6	0,7

Anmerkung: Dänemark ohne Selbständige

+ bedeutet eine höhere Anzahl von Übergängen von Frauen als von Männern.

- bedeutet eine höhere Anzahl von Übergängen von Männern als von Frauen.

Quelle: Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen.

**Tabelle 4.4:** Bilanz der Unterschiede von Übergängen bei Frauen und Männern unter Berücksichtigung der jeweiligen Erwerbsbeteiligung\*

	Gesamtströme in und aus abhängiger Beschäftigung			Ströme zwischen abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit		
	Zustrom in abhängige Beschäftigung	Abstrom aus abhängiger Beschäftigung	Summe (1+2)	Zustrom in abhängige Beschäftigung	Abstrom aus abhängiger Beschäftigung	Summe (4+5)
	1	2	3	4	5	6
<b>1992</b>						
BE	+	+	+	+	+	+
DE	+	+	+	+	+	+
DK	+	+	+	+	+	+
ES	+	+	+	+	+	+
FR	+	+	+	+	+	+
GR	+	+	+	+	+	+
IR	+	-	+	-	-	-
IT	+	+	+	+	+	+
LX	+	+	+	+	+	+
NL	+	+	+	+	+	+
PO	+	+	+	+	+	+
UK	+	-	+	-	-	-
<b>1995</b>						
BE	+	+	+	+	+	+
DE	+	+	+	+	+	+
DK	+	+	+	+	+	+
ES	+	+	+	+	+	+
FIN	+	+	+	-	-	-
FR	+	+	+	-	+	+
GR	+	+	+	+	+	+
IR	+	-	+	-	-	-
IT	+	-	+	+	+	+
LX	+	n.a.	n.a.	+	+	+
NL	+	+	+	+	+	+
PO	+	-	+	+	-	+
UK	+	+	+	-	-	-

\* Differenz der Übergänge von Frauen als Prozent aller abhängig beschäftigten Frauen und den Übergängen von Männern als Prozent aller abhängig beschäftigten Männer.

+ bedeutet eine höhere Anzahl von Übergängen von Frauen als von Männern.

- bedeutet eine höhere Anzahl von Übergängen von Männern als von Frauen.

n.a. keine Zahlen verfügbar.

Quelle: Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen.

## 5. Altersspezifische Aspekte von Übergängen

Eine Bilanzierung der Übergänge in und aus abhängiger Beschäftigung kann nicht ohne eine Analyse der Effekte auf der Basis von Altersgruppen auskommen. Dabei muß besonders die Gruppe der Jugendlichen Beachtung finden, obwohl die Bedeutung aufgrund unterschiedlicher demographischer Bevölkerungsmuster in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft variiert. Um eine Vergleichbarkeit unter den Altersgruppen zu erreichen, beziehen sich die folgenden Prozentwerte immer auf alle abhängig Beschäftigten der jeweiligen Altersgruppe. Zur Analyse haben wir Altersgruppen von jeweils fünf Jahren zusammengefaßt und, soweit möglich, die Jahre 1985, 1990 und 1995 ausgewählt, um eventuell auftretende Kohorteneffekte beobachten zu können. Aufgrund der starken Disaggregation der Daten (nach Übergängen, Altersgruppen und Geschlecht) werden allerdings manche Teilpopulationen so klein, daß Aussagen über diese nicht mehr haltbar wären. Deshalb referieren wir an dieser Stelle nur besonders auffällige Ergebnisse.

Generell läßt sich als ein Ergebnis unserer Analyse zusammenfassen, daß Kohorteneffekte in der groben Messung und dem einfachen analytischen Untersuchungsrahmen nur eine untergeordnete Rolle spielen. Ebenfalls scheint im allgemeinen die Bedeutung des Übergangs zwischen abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in den Hauptaltersgruppen (zwischen 30 und 50 Jahren) die ausgeprägteste Rolle zu spielen. Es treten jedoch sowohl Länder- als auch geschlechtsspezifische Unterschiede auf. Dies erklärt sich unter anderem dadurch, daß sowohl Übergänge aus dem Bildungssystem (siehe hierzu auch Kapitel 6) als auch in Rente (siehe hierzu auch Kapitel 7) nur in den entsprechenden Altersgruppen zum Tragen kommen. Höchste Zugangsraten in abhängige Beschäftigung finden sich naturgemäß in den jüngsten Altersgruppen, da dort bei hoher Bildungsbeteiligung und hoher Arbeitslosigkeit der Anteil der Erwerbstätigen (die ja hier als Basiskategorie fungieren) am geringsten ist.

Eine länderspezifische Analyse der Übergangsbilanzen nach Altersgruppen legt eine Trennung der E.U. Mitgliedsländer in solche mit junger und älterer Bevölkerungsstruktur nahe. Dabei ist auffällig, daß die südlichen Mitgliedsstaaten auch meistens eine jüngere Bevölkerungsstruktur aufweisen. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

Für Deutschland ergeben sich sowohl 1985 als auch 1990 negative Arbeitslosigkeitsbilanzen zwischen abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit für alle Altersgruppen. Der positive Effekt, den eine ansteigende Konjunktur 1995 ausübt, wirkt nur in den Altersgruppen zwischen 21 und 45 Jahren und ist für Frauen ausgeprägter als für Männer. Auch bei den Übergängen insge-

samt in abhängige Beschäftigung findet sich dies ähnlich wieder. Vor allem die Altersgruppen zwischen 15 und 40 Jahren und hier stärker Frauen stärker als Männer können in abhängige Beschäftigung münden. In Dänemark finden wir fast das gleiche Muster: 1985 als auch 1990 negative Arbeitslosigkeitsbilanzen zwischen abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit für alle Altersgruppen. Allerdings erstreckten sich die 1995 auftretenden positive Effekte bis zu den 45jährigen ausgeglichen für Männer und Frauen.

Spanien, für das nur Daten für 1990 und 1995 vorliegen, zeigt eine starke Differenzierung nach Altersgruppen. Während jüngere Altersgruppen einen hohen Eingliederungserfolg haben, nimmt dieser mit steigendem Alter rapide ab. Hier schlägt sich die geringe Beschäftigungsquote und die hohe Arbeitslosigkeit gerade unter Jugendlichen in dieser scheinbar günstigen Arbeitslosigkeitsbilanz nieder. Für Portugal, mit verfügbaren Daten für 1990 und 1995, fällt diese Bilanz nur für die untere Hälfte der Altersgruppen, also der unter 40jährigen positiv aus. Eine Ausnahme bilden nur 1990 die Frauen, die bis auf die 41 bis 45jährigen durchgängig eine positive Arbeitslosigkeitsbilanz verbuchen konnten. Griechenland hat ebenfalls Eingliederungserfolge in allen drei untersuchten Jahren bei den jüngsten Altersgruppen. Dabei variiert der Strom aus abhängiger Beschäftigung in Arbeitslosigkeit in allen Altersgruppen relativ wenig, wobei jedoch der Gegenstrom aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung in den älteren Gruppen immer weiter abnimmt.

Im Fall Italiens, nur 1995, spiegelt sich in der mit zunehmendem Alter kontinuierlich fallenden Bedeutung des Übergangs aus Arbeitslosigkeit im Verhältnis zu allen Übergängen in abhängige Beschäftigung das System der Arbeitslosigkeitsversicherung wider. Aufgrund niedriger Transferzahlungen im Falle der Arbeitslosigkeit wird Arbeitslosenunterstützung nur in geringem Teil in Anspruch genommen und andere Regelungen, wie z.B. Kurzarbeit, spielen hier eine wichtigere Rolle (vgl. Mosley, Kruppe, Speckesser, 1996).

Frankreich bietet in den drei hier betrachteten Jahren ein recht ausgeglichenes Bild, in dem sich die Arbeitslosigkeitsbilanz kontinuierlich verbessert. Dies zumindest trifft für die Altergruppen unter 40 Jahren zu. Ansonsten sind ebenfalls die Übergangsraten in den jüngsten Altersgruppen am höchsten. Die Bedeutung des Übergangs aus Arbeitslosigkeit ist in den Gruppe zwischen 26 und 50 Jahren insgesamt fast konstant. Belgien zeigt für die Jahre 1985 und 1995 insgesamt bei den Übergängen zwischen abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in den Altersgruppen bis 35 Jahren eine positive und für die älteren Gruppen eine negative Arbeitslosigkeitsbilanz. Die positive Bilanz wird 1995 stärker durch Männer getragen, da einer annähernd gleichbleibend hohen Absorption von arbeitslosen Frauen durch den Arbeitsmarkt stärkere Gegenströme aus abhängiger Beschäftigung in Arbeitslosigkeit in den Altersgruppen der 15 -20 und der 26-30jährigen entgegenstehen. Tendenziell haben in Luxemburg Jüngere eine etwas günstigere Arbeitslosigkeitsbilanz.

Im Vereinigten Königreich findet in den Altersgruppen bis 40 Jahren eine höhere Anzahl an Übergängen in abhängige Beschäftigung insgesamt statt - sowohl höher als in den älteren Gruppen als auch bei den Männern. Ansonsten zeigen sich kaum altersspezifische Unterschiede. In den Niederlanden ziehen sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede durch alle Altersgruppen, vor allem auch der starke Zustrom insgesamt von Frauen in abhängige Beschäftigung 1990 verteilt sich recht gleichmäßig. Beim Strom aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung sind jedoch auch in den Niederlanden die Älteren weniger vertreten als im Gegenstrom, so daß für sie zu allen drei Zeitpunkten eine negative Arbeitslosigkeitsbilanz entsteht. In Irland betrifft der Wechsel zwischen fast durchgängig schlechter Arbeitslosigkeitsbilanz in den Jahren 1985 und 1990 und positiver Bilanz 1995 insgesamt fast alle Altersgruppen. Nur bei den über 56jährigen gehen mehr in Arbeitslosigkeit aus abhängiger Beschäftigung als in die Gegenrichtung. Hier allerdings gibt es gravierende geschlechtsspezifische Unterschiede. So ist die Arbeitslosigkeitsbilanz bei Männern in allen Altersgruppen positiv, während sie für Frauen größtenteils negativ bleibt.

Die beiden neuen Mitgliedsländer Österreich und Finnland haben bereits in 1995 eine den anderen Ländern sehr ähnliche Übergangsbilanz. In Österreich<sup>9</sup> zeigen sich in den Übergängen zwischen abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit nur wenige altersspezifische Unterschiede. Die insgesamt negative Arbeitslosigkeitsbilanz gilt für fast alle Altersgruppen beiderlei Geschlechts. Unterschiede konzentrieren sich auf die Altersgruppen bis zu vierzig Jahren, in denen Frauen einen wesentlich komplexere Zugangsstruktur in abhängige Beschäftigung haben als Männer, bei denen größtenteils der traditionelle Wechsel zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit stattfindet. In Finnland nimmt insgesamt die Mobilität, also die Summe aller Übergänge in und aus abhängiger Beschäftigung, mit zunehmendem Alter stark ab, die Übergänge zwischen abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit zumindest bis zu den 50jährigen nehmen jedoch and Bedeutung zu.

### **Implikationen für soziale Integration**

Mit dem Blick auf die Problematik sozialer Integration gerichtet, versuchen wir im folgenden, eine "Skala des Problemdrucks" zu entwerfen. Dabei setzen wir unsere Zahlen über abhängige Beschäftigung und Übergänge in Bezug zu Eckdaten wie Erwerbsbeteiligung und Bevölkerung. Folgende Vorüberlegungen beziehen wir dabei ein:

---

<sup>9</sup> Da für Österreich nur Daten für 1995 vorliegen, die zum Teil von anderen Quellen abweichen (vgl. Fußnote 4), bedürfen auch die Analysen in diesem Kapitel einer zukünftigen Überprüfung anhand weiterer Erhebungsjahre.

Ein niedriger Anteil an jüngeren Personen an der Gesamtbevölkerung reduziert das Problem der (Erst-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt per se. Umgekehrt erhöht eine starke jugendliche Kohorte das Problem des Eintrittes in den Arbeitsmarkt, da überproportional viele Stellen für Berufseinsteiger benötigt werden.

Eine insgesamt niedrige aktive abhängige Erwerbsbeteiligung<sup>10</sup> bedeutet einen niedrigeren Eingliederungsdruck, da die Frage der sozialen Integration sich nicht so stark auf die Eingliederung in den Arbeitsmarkt konzentriert, sondern auch andere Institutionen (Familienstrukturen o.ä.) eine Rolle spielen. Andererseits kann aber auch bereits ein starkes Absorptionsproblem bestehen, so daß sogar ein erhöhter Druck existiert, wieder verstärkt Arbeitsplätze zu schaffen bzw. Eingliederungsmaßnahmen aktiv zu fördern.

Entspricht eine Erwerbsbeteiligung innerhalb einer Altersgruppe nicht dem Anteil der Gruppe an der Gesamtbevölkerung, so hat dies folgende Implikationen:

*Bei jüngeren Altersgruppen:* Ist die Erwerbsbeteiligung niedriger als der Anteil der Altersgruppe an der Bevölkerung, so spiegelt sich darin die allgemeine Verweildauer im Erstausbildungssystem wider. Diese kann sowohl generell institutionell vorgegeben sein als auch bereits als Puffer aufgrund vorhandener Absorptionsprobleme im Arbeitsmarkt fungieren.

*Bei älteren Altersgruppen* spiegeln sich die institutionellen Regeln eines Übergangs in Rente wieder. So wird die Struktur eines Landes mit generell hohem Renteneintrittsalter eher einen plötzlichen Bruch in der Erwerbsbeteiligung aufweisen als z.B. ein Land mit der Möglichkeit von Teilzeitrente. Gleichzeitig wird dieser Bruch später und vermutlich schärfer ausfallen als in einem Land mit der Möglichkeit flexibler Altersgrenzen (siehe Kapitel 7, Übergänge in Rente).

Da wir in unseren Berechnungen die Übergänge immer auf die abhängig Beschäftigten beziehen, geben die beiden letzten Quoten ein zusätzliches Maß für die Gewichtung der Übergänge an. Eine geringe Erwerbsbeteiligung innerhalb der Altersgruppe läßt bereits eine geringe Zahl tatsächlicher Übergänge als hohen prozentualen Anteil erscheinen und umgekehrt.

Betrachtet man die Altersstruktur der Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft in Form des jeweiligen Anteils der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung über 14 Jahren, um den Eingliederungsdruck jüngerer Bevölkerungsteile in den Arbeitsmarkt zu identifizieren (vgl. Schaubilder 5.1, 5.2, 5.3), so stehen Spanien, Irland und Portugal mit jeweils überdurchschnittlich

---

<sup>10</sup> **Aktive abhängige Erwerbsbeteiligung:** Anteil der abhängig Beschäftigten an der Wohnbevölkerung über 15 Jahren. Aus diesem Grund sind die bei uns ausgewiesenen Zahlen niedriger als die tatsächliche Erwerbsquote (Anteil der Gesamtbeschäftigten und Arbeitslosen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren) .

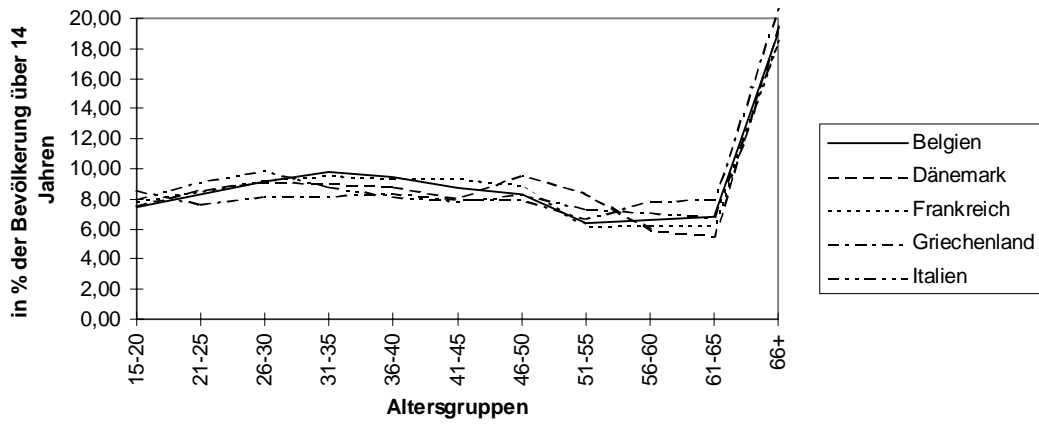
starken Altersgruppen unter 25 Jahren mit den schwierigsten Voraussetzungen für eine Ersteingliederung ihrer Jugend in den Arbeitsmarkt. Während in Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland und Italien die jüngeren Altersgruppen mit bis zu 2 Prozent unter den anderen Altersgruppen liegen, sind mit größeren Abweichungen Deutschland, Finnland, Luxemburg, die Niederlande und das Vereinigte Königreich am wenigsten unter demographischem Druck.

Bei der aktiven abhängigen Erwerbsbeteiligung (vgl. Schaubild 5.4) reicht die Spannweite von Dänemark mit 54,4 Prozent über Österreich, das Vereinigte Königreich, die Niederlande und Deutschland (zwischen 48,7 und 47,3 Prozent), Luxemburg, Finnland und Frankreich (zwischen 43,7 und 42,2 Prozent), Portugal, Belgien und Irland (zwischen 39 und 37 Prozent), bis zu Italien (29,7 Prozent), Spanien (27,7) und Griechenland mit 24,1 Prozent. Berücksichtigt werden muß hier allerdings auch die bereits vorher beschriebene demographische Struktur der jeweiligen Länder. Gerade ein hoher Anteil an Selbständigen (siehe Kapitel 8), Arbeitslosen und ein hoher Teil an älterer Bevölkerung (65+) führt zu einer niedrigen Quote der abhängig beschäftigten Erwerbspersonen bezogen auf die Bevölkerung über 15 Jahren.

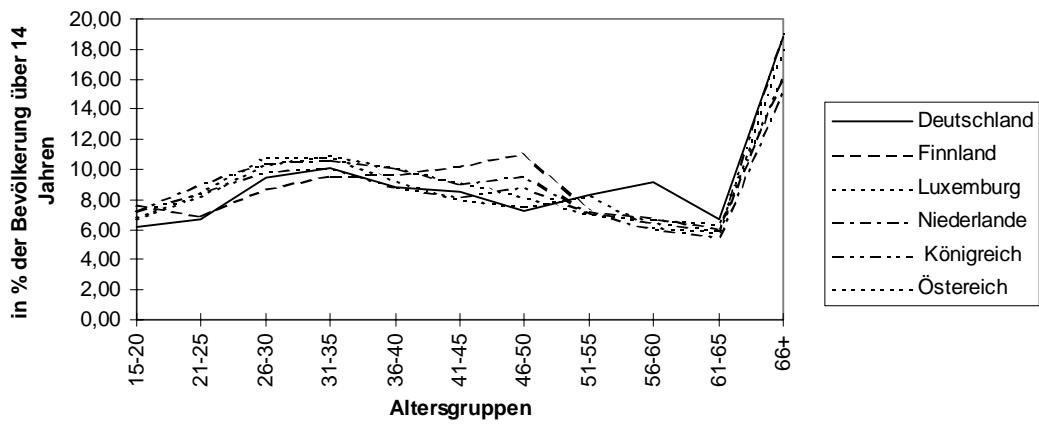
Die Differenz zwischen abhängiger Erwerbsbeteiligung und Wohnbevölkerung über 14 Jahren nach Altersgruppen (Schaubild 5.5) ist ein wichtiger Indikator für viele Sozialversicherungssysteme, die auf Beitragszahlungen von abhängig Beschäftigten basieren. Dabei wird der Anteil der Wohnbevölkerung der Altersgruppe an der gesamten Wohnbevölkerung abgezogen von dem Anteil der abhängigen Erwerbstätigen der Altersgruppe an der gesamten Wohnbevölkerung. Es zeigt sich in allen Ländern und Altersgruppen eine negative Differenz. Interessant sind nicht die tatsächlichen Werte der Differenzen beziehungsweise deren Niveaus, sondern vielmehr die unterschiedlichen sich abzeichnenden Muster, die sich gegenüber den Hauptaltersgruppen zeigen.

Anknüpfend an die weiter oben aufgestellten Thesen werden deutlich die unterschiedlichen Muster des Einmündens in, beziehungsweise des Ausscheidens aus dem Erwerbsleben in den dargestellten Ländern erkennbar. Während in Dänemark der Anteil der aktiven abhängigen Erwerbsbeteiligung schon in der Altersgruppe der 15 bis 20jährigen dem der Hauptaltersgruppen entspricht, erkennt man in Deutschland und den Niederlanden eine leichte Unterrepräsentanz in dieser Altersgruppe, die in Irland deutlich stärker ausgeprägt ist. Noch stärker weicht Spanien von diesem Muster ab, da hier auch noch in der Altersgruppe der 21 bis 25jährigen der Anteil der aktiven abhängigen Erwerbsbeteiligung deutlich unter dem der Hauptaltersgruppen liegt. In den älteren Altersgruppen fällt Deutschland mit einer starken Verringerung der aktiven abhängigen Erwerbsbeteiligung in der Altersgruppe der 56 bis 60jährigen auf, während in Dänemark eine Verringerung bereits bei den 46 bis 50jährigen eintritt. In Irland, den Niederlanden und Spanien tritt dies erst mit Erreichen des Alters über 65 ein.

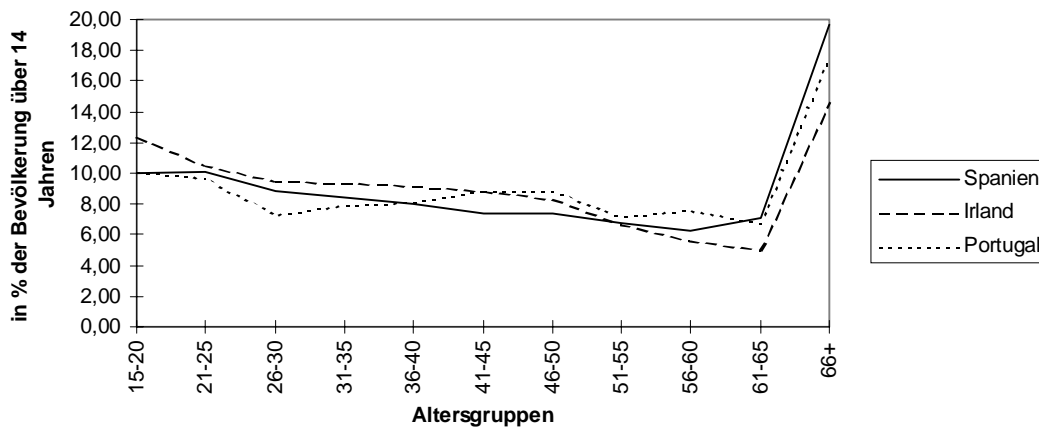
**Schaubild 5.1: Altersverteilung Gruppe 1**



**Schaubild 5.2: Altersverteilung Gruppe 2**

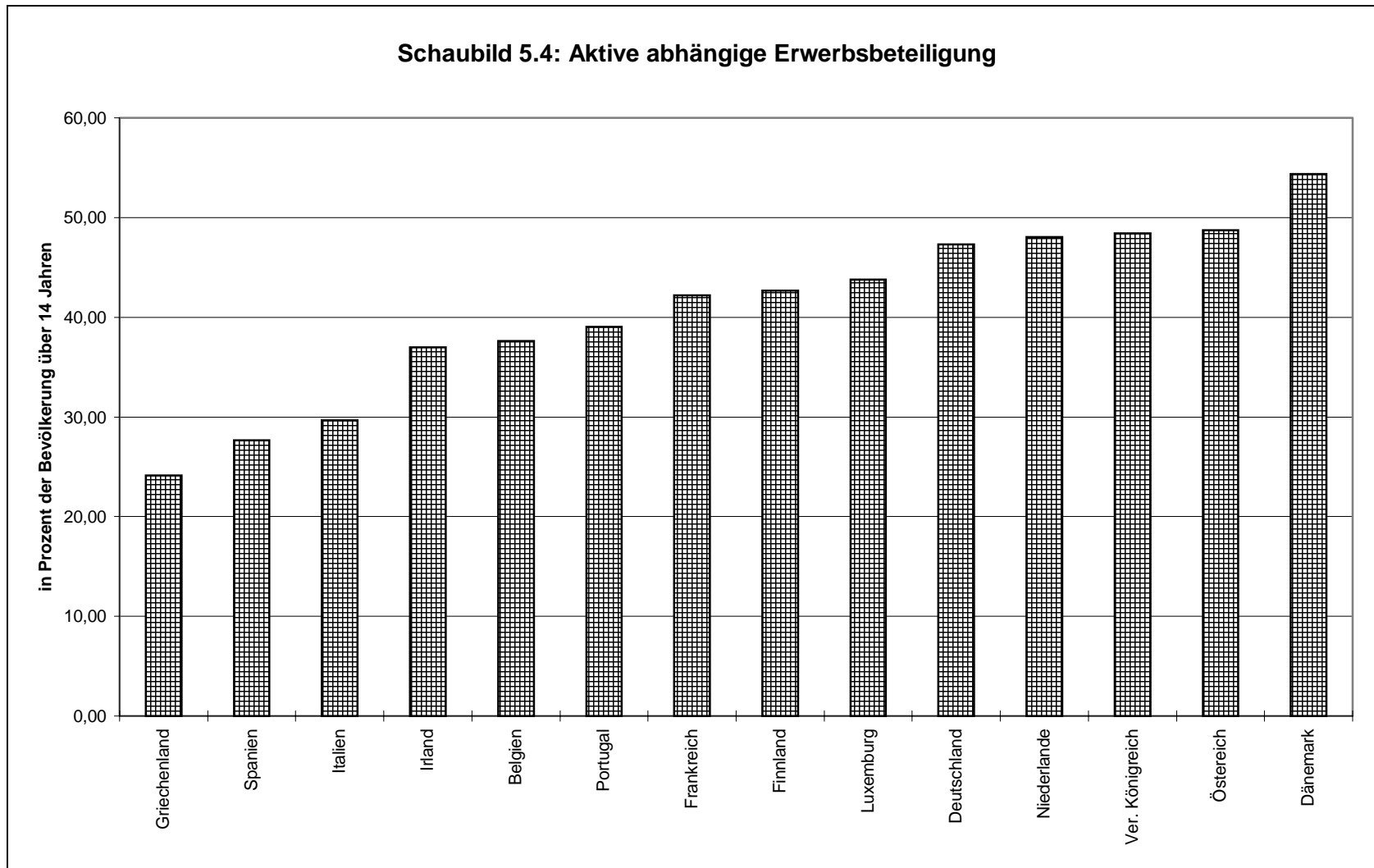


**Schaubild 5.3: Altersverteilung Gruppe 3**

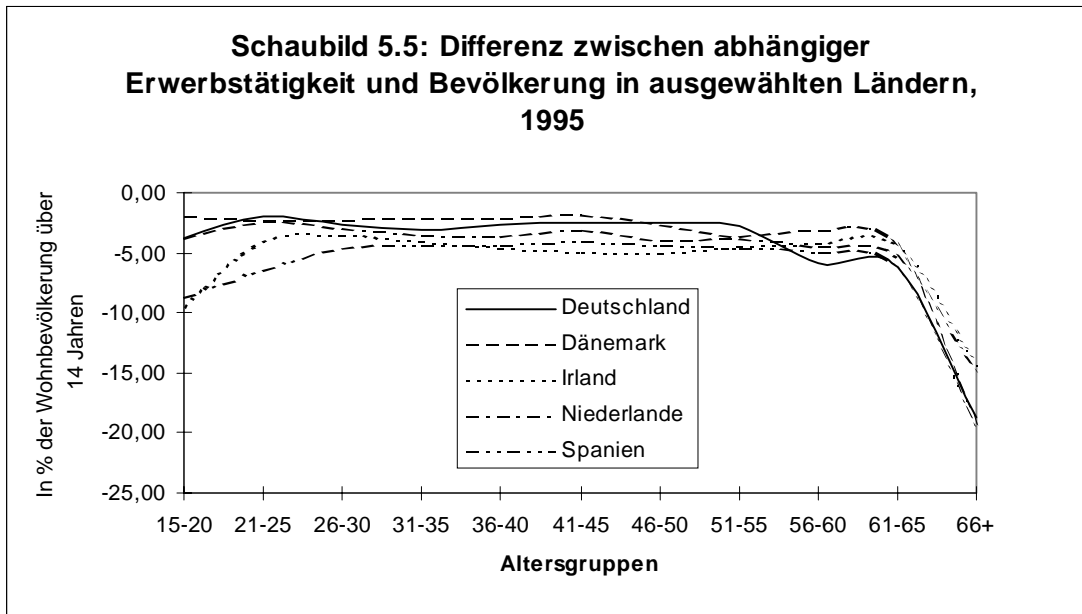


Quelle: Europäische Arbeitskräfteerhebung, eigene Berechnungen, © WZB 1997

Schaubild 5.4: Aktive abhängige Erwerbsbeteiligung



Quelle: Europäische Arbeitskräftestichprobe, Berechnungen, © WZB 1997



**Quelle:** Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen, © WZB 1997

Beitragsfinanzierte Sozialversicherungssysteme geraten immer dann in finanzielle Bedrängnis wenn die Erwerbsbeteiligungsquoten entweder der jungen Altersgruppen, beispielsweise durch längere Ausbildungszeiten und Jugendarbeitslosigkeit, oder aber wie bereits bekannt, die Erwerbsbeteiligungsquoten der älteren Altersgruppen durch Frühverrentungen sinken. Für weniger Beitragszahler ergibt sich bei gleichbleibender Ausgabenstruktur der Sozialkassen eine beschäftigungsfeindliche Beitragserhöhung (siehe auch Kapitel 7).

## 6. Übergänge aus Bildung in abhängige Beschäftigung

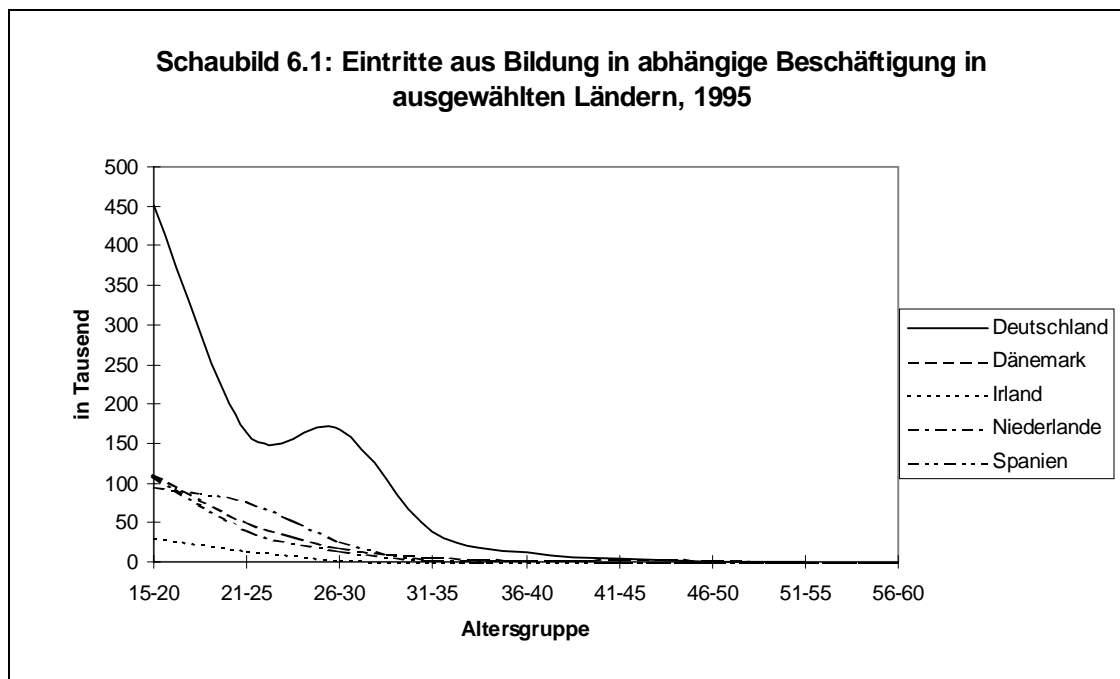
Neben der Langzeitarbeitslosigkeit hat sich in den letzten Jahren auch die Jugendarbeitslosigkeit zu einem bedeutenden Aktionsfeld der Arbeitsmarktpolitik der Europäischen Union entwickelt (Europäische Kommission 1993, 1995). Jugendarbeitslosigkeit ist aber in besonderer Weise mit dynamischen Prozessen und Übergangsarbeitsmärkten verbunden. Einerseits bestimmt die jeweilige Stärke eines Altersjahrgangs die späteren Eingliederungschancen, andererseits führt die unterschiedliche Arbeitsnachfrage je nach Konjunkturzyklus zu kohortenspezifischen Eingliederungsmustern. Die Rolle der Arbeitsmarktpolitik in diesem dynamischen Prozeß der Übergänge von Ausbildung in den Beruf ist durch die Rolle einer nachteiligen Politik besser gekennzeichnet als durch eine vorausschauende Bekämpfung eventueller Fehlentwicklungen (Schömann/Blossfeld/Hannan 1995).

Die hier untersuchten Übergänge in abhängige Beschäftigung aus Bildungsteilnahme spiegeln hauptsächlich den Eintritt aus dem schulischen (Erst-)Ausbildungssystem in das Beschäftigungssystem wider. Nicht enthalten sind Weiterbildungen, die berufsbegleitend stattfinden, da diese Personen in den Daten als Beschäftigte und nicht als in Ausbildung befindliche Personen erfasst werden. Finden die beschriebenen Übergänge jedoch nicht nur in den jüngsten Kohorten statt, so kann dies als Tendenz zum "lebenslangen Lernen", zumindest aber als positives Zeichen einer "nicht-sklerotischen" Erwerbsbevölkerung betrachtet werden.

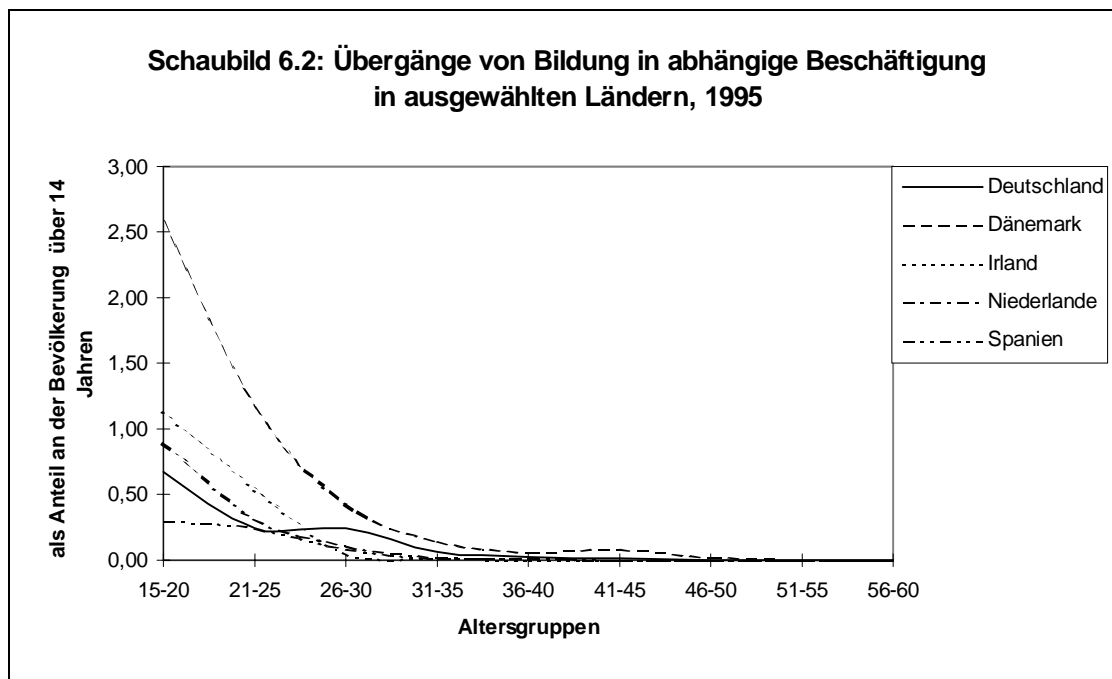
In diesem Abschnitt wollen wir erste Ergebnisse einer vergleichenden Einschätzung der Dynamik dieses Prozesses vorstellen, die natürlich denselben Einschränkungen wie die vorhergehenden Analysen unterliegen (vgl. Kapitel 2). Es ist allerdings zu erwarten, daß die Unterschätzungen der Übergänge von der Ausbildung in den Beruf, verursacht durch das Querschnittsdesign der Daten aus der Europäischen Arbeitskräftestichprobe, bei dieser Art der Übergänge geringer sind: Sowohl Abgänge aus Schulen und dualen Formen der Ausbildung wie auch aus Hochschulen treffen dabei kaum mit dem Befragungszeitpunkt überein.

Schaubild 6.1 zeigt die Anzahl der Übergänge aus Bildung in abhängige Beschäftigung nach Altersgruppen 1995. Besonders deutlich wird hier, wie unterschiedlich die Einmündungsmuster in den Arbeitsmarkt in verschiedenen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind. In allen Ländern zeigt sich die größte Übergangsrate in der Altersgruppe von 15 bis 20 Jahren. Während aber die Anzahl der Übergänge sich in Spanien erst in der Altersgruppe der 26 bis 30jährigen deutlich reduziert und in Irland eine mehr kontinuierliche Verringe-

rung der Übergänge in den ersten Altersgruppen stattfindet, zeigen die Niederlande und Dänemark, besonders aber auch Deutschland einen deutlich höheren Anteil an Einmündungen in der jüngsten Altersgruppe.



Quelle: Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen, © WZB 1997



Quelle: Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen, © WZB 1997

In Deutschland fällt das verstärkte Einmünden in der Altersgruppe der 26 bis 30jährigen auf. Es handelt sich vermutlich um Hochschulabgänger, die nach

der in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern längeren Verweildauer sowohl im Schul- als auch im Hochschulsystem vielfach erst in dieser Altersgruppe nach Abschluß des Studiums auf den Arbeitsmarkt drängen.

Die Darstellung der Anzahl der Übergänge (wie in Schaubild 6.1) bietet jedoch keine Möglichkeit eines Niveauvergleiches zwischen den Ländern. Im Sinne der Identifikation des Problemdruckes bei der Eingliederung der jüngeren Bevölkerungsgruppen (siehe Kapitel 5) ist es nötig, die Zahl der Übergänge aus Bildung in abhängige Erwerbstätigkeit auf die Gesamtbevölkerung zu beziehen. Schaubild 6.2 zeigt dies für ausgewählte Länder in 1995.

Obwohl die Grundmuster innerhalb der Länder konstant bleiben, zeigt sich vor allem eine Niveauveränderung zwischen den Ländern. Betrachtet man diesen Übergang für die Altersgruppe der 15 bis 20jährigen, so sind in Spanien 0,3 Prozent der Bevölkerung über 14 Jahren, die 1994 in Bildung waren, innerhalb eines Jahres in abhängige Erwerbstätigkeit gewechselt. In Deutschland waren dies 0,7 Prozent, in den Niederlanden 0,9 Prozent und in Dänemark 2,6 Prozent. Während in der Altersgruppe der 26 bis 30jährigen in Irland nur noch 0,05 Prozent der Bevölkerung, in Spanien 0,08 Prozent und in den Niederlanden nur 0,11 Prozent diesen Übergang machten, liegen die Quoten in Deutschland mit 0,25 Prozent und in Dänemark mit 0,43 Prozent deutlich höher. Während dies in Deutschland durch die längere Dauer der Schul- und Hochschulteilnahme erklären läßt, scheint in Dänemark bereits in diesen Altersgruppen die aktive Arbeitsmarktpolitik zum Tragen zu kommen, da sich auch bei den älteren Gruppe noch eine deutliche Quote von Übergängen zeigt. So haben 0,08 Prozent der 41 bis 45jährigen angegeben, sich 1994 in Bildung und 1995 in abhängiger Beschäftigung befunden zu haben. Hier scheint eine Art "life-long learning" stattzufinden, das durch gesetzliche Maßnahmen gefördert wird (Stellvertretermodelle gekoppelt mit Jobrotation). So gibt es zum Beispiel ein besonderes einjähriges Berufsbildungsprogramm für Arbeitslose, aber auch besondere Bildungskurse für verschiedene Zielgruppen, darunter Arbeitnehmer, Arbeitslose und Jugendliche.

Tabelle 6.1 zeigt die Entwicklung der Anzahl der Übergänge von Bildung in abhängige Erwerbstätigkeit gemessen an der Anzahl aller abhängig Beschäftigten desselben Jahres in Prozent. Für Belgien läßt sich daraus beispielsweise ableiten, daß eine geringe Dynamik dieser Übergänge bei dennoch geringer Erwerbsbeteiligung der 15- bis 24jährigen Personen (10 % in 1994; Eurostat 1994) eine relativ hohe Jugendarbeitslosigkeit entstehen lassen kann (24 % in 1994). Für die gleiche Art der Übergänge läßt sich eine vergleichbare Dynamik auch in Griechenland, Italien und seit 1994 auch in Portugal beobachten. In Frankreich und Spanien besteht zwar bei diesem Übergang in den neunziger Jahren eine höhere Dynamik als in den soeben genannten Ländern, jedoch ergibt sich hier bei niedriger Erwerbsbeteiligung eine hohe Jugendarbeitslosigkeit.

Besonders auffallend ist die hohe Übergangsrate zwischen Bildung und abhängiger Beschäftigung in Dänemark, den Niederlanden, im Vereinigten Königreich und auch in Irland (vgl. Tabelle 6.1). Dänemark und Irland haben auch die höchsten Erwerbsbeteiligungsquoten aller EU-Mitgliedsländer. Dabei bleibt überraschend, daß vor allem Dänemark trotz dieses hohen Anteils an Jugendlichen, die bereits früh in den Arbeitsmarkt drängen, die Jugendarbeitslosigkeit seit 1993 sogar senken konnte. Eine hohe Aktivitätsrate der Arbeitsmarktpolitik mit eindeutigem Zielgruppenzuschnitt ist hierfür wohl verantwortlich. In vergleichbarem Umfang, nämlich um jeweils 2 bzw. 3,4 Prozentpunkte, konnten auch das Vereinigte Königreich und Irland die Jugendarbeitslosigkeit senken (Eurostat, Arbeitslosigkeit Nr. 5/1996). Deutschland und Luxemburg haben selbst bei niedrigen Übergangsraten niedrige Jugendarbeitslosigkeit beibehalten können.

**Tabelle 6.1:** Übergänge aus Bildung in abhängige Beschäftigung (in Prozent)<sup>11</sup>

Land	Jahr	Übergänge *	Land	Jahr	Übergänge *
Belgien	92	2,37%	Irland	92	3,81%
	93	1,32%		93	3,89%
	94	2,05%		94	4,14%
	95	1,98%		95	4,74%
Deutschland	92	2,45%	Italien	92	1,48%
	93	2,23%		93	1,40%
	94	2,46%		94	1,29%
	95	2,63%		95	1,61%
Dänemark	92	4,88%	Luxemburg	92	2,01%
	93	5,37%		93	1,94%
	94	7,07%		94	2,05%
	95	8,23%		95	1,96%
Spanien	92	2,65%	Niederlande	92	3,22%
	93	2,07%		93	3,03%
	94	1,96%		94	2,54%
	95	2,33%		95	2,83%
Frankreich	92	2,40%	Portugal	92	2,41%
	93	2,20%		93	1,73%
	94	2,02%		94	1,83%
	95	2,34%		95	1,95%
Griechenland	92	1,99%	Vereinigtes Königreich	92	3,35%
	93	1,57%		93	3,14%
	94	1,48%		94	3,62%
	95	1,58%		95	3,75%
Österreich	95	2,16%	Finnland	95	5,09%

\* als Anteil an allen abhängig Beschäftigten

**Quelle:** Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen.

<sup>11</sup> Die hier gemessenen Übergänge in abhängige Beschäftigung aus Bildungsteilnahme (ungefiltert, allerdings ohne berufsbegleitende Weiterbildung) spiegeln hauptsächlich den Eintritt aus dem schulischen (Erst-)Ausbildungssystem in das Beschäftigungssystem wider. In Dänemark macht sich jedoch der hohe Anteil von Weiterbildungsmaßnahmen im Niveau bemerkbar. Die Daten aus Österreich gelten hier wiederum unter Vorbehalt einer späteren Überprüfung mit weiteren Erhebungsjahren (vgl. auch Fußnote 4).

Für die neuen Beitrittsländer haben wir nur Informationen für Finnland und Österreich in 1995. Hierbei ist zumindest für Finnland ersichtlich, daß mit 5 % Bildungsübergängen an allen Beschäftigten der Anteil der Neueintritte in den finnischen Arbeitsmarkt gemessen am EU-Durchschnitt relativ hoch ist. Ein im Gegensatz zur Vergangenheit hoher Anteil an junger Bevölkerung weist darauf hin, daß der Problemdruck hinsichtlich der Jugendarbeitslosigkeit im Finnland der neunziger Jahre wachsen wird. Für Österreich ergibt sich aufgrund einer älteren Bevölkerungsstruktur und des dualen Ausbildungssystems zunächst weniger Handlungsbedarf, die Übergänge von Ausbildung in den Arbeitsmarkt auch arbeitsmarktpolitisch stärker zu begleiten.

## 7. Übergänge in Rente

In der Europäischen Union (EU) hat sich die Zahl der Personen im Alter von 65 Jahren und darüber in den vergangenen Jahren stärker erhöht als die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter. Der Abhängigenquotient, definiert als die Anzahl der Personen im ruhestandsfähigen Alter bezogen auf die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre), hat sich ungünstig entwickelt. 1980 betrug er knapp 21 Prozent, 1995 etwa 23 Prozent (Europäische Kommission 1996d, S. 42f.). Die Europäische Kommission geht davon aus, daß im Jahr 2005 die Personen im Alter von mindestens 65 Jahren etwa 26 Prozent der Erwerbsfähigen ausmachen werden. Im Jahr 2025 könnten es sogar fast 36 Prozent sein; das heißt, auf eine Person im Alter von 65 Jahren und darüber werden weniger als drei Personen im erwerbsfähigen Alter kommen (Europäische Kommission 1996d, S. 12f.).

Entscheidender für die zukünftige Finanzierung der Rentensysteme ist jedoch die sinkende Erwerbsbeteiligung der älteren Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zwischen 55 und 64 Jahren seit über zwei Dekaden in allen westlichen Industrieländern (OECD 1992, S.195ff; Guillemard 1993, S. 60). Seit 1983 sind in allen EU-Ländern mit Ausnahme von Portugal die Inaktivitätsquoten dieser Altersgruppe gestiegen (Auer 1997, S. 35). Dementsprechend geht seit Anfang der 80er Jahre der Anstieg der Ruheständler in der EU stärker darauf zurück, daß Arbeitnehmer frühzeitig vor dem regulären Renteneintrittsalter aus dem Erwerbsleben ausscheiden als auf demographische Faktoren (Europäische Kommission 1996d, S. 43).

Die wichtigste Erklärung für die sinkende Erwerbsbeteiligung der Älteren ist die zunehmende Inanspruchnahme von Frühverrentungsmöglichkeiten und Invaliditätsrenten (Delsen 1996, S. 55). Der Trend zum frühen Austritt aus dem Erwerbsleben zeigt sich zwar in allen westlichen Industrieländern, im Niveau unterscheiden sich jedoch die Länder zum Teil erheblich (zu den variierenden Austrittsmustern in einigen Ländern sowie zu den unterschiedlichen Erklärungsansätzen vgl. Kohli; Rein u.a. 1991; vgl. Naschold ; de Vroom 1994; vgl. Haredes 1995).

Die öffentlichen Altersrentensysteme werden durch den vorzeitigen Eintritt in Rente in zweierlei Hinsicht belastet: Zum einen werden dadurch über eine längere Zeit Leistungen in Anspruch genommen, zum anderen werden weniger bzw. kürzer Beiträge gezahlt.

Die OECD (1996a, S. 38ff.) prognostiziert den meisten EU-Mitgliedstaaten für das Jahr 2030 Ausgaben für die öffentlichen Rentensysteme in Höhe von

etwa 14 Prozent und mehr des Bruttoinlandproduktes (BIP), sofern sie ihre gegenwärtigen Rentensysteme beibehalten. Besonders große Probleme werden demnach vor allem Italien mit über 20 Prozent, sowie Deutschland und Finnland mit fast 17 Prozent bzw. 18 Prozent des BIP bekommen. Derzeit liegt der Anteil in den meisten EU-Ländern unter 11 Prozent des BIP. Nur in Großbritannien und Irland wird im Jahr 2030 - so die Prognose - der Anteil der öffentlichen Ausgaben für Renten am Bruttoinlandsprodukt unter 10 Prozent bleiben.

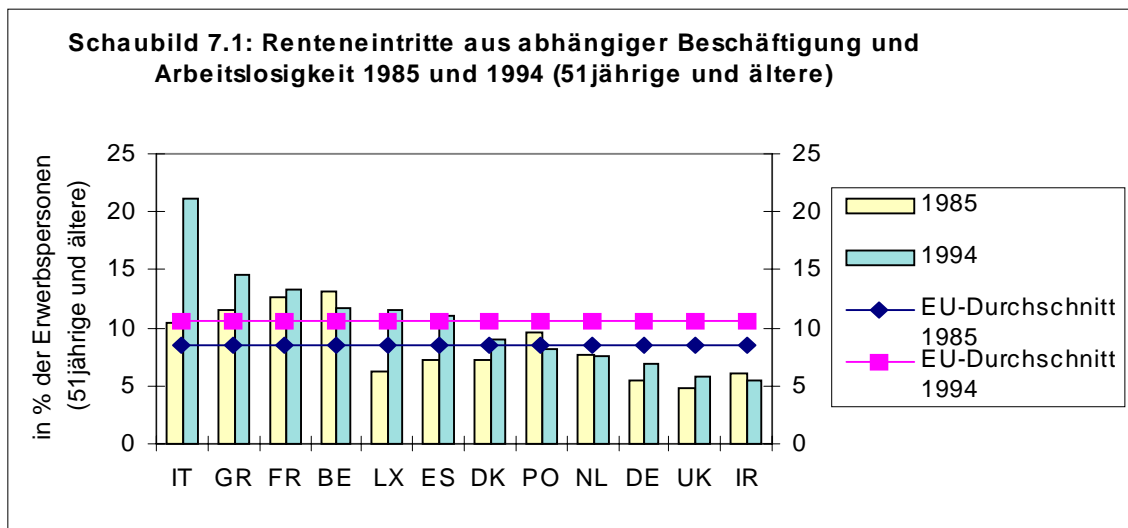
Solche längerfristigen Prognosen sind zwar mit großen Unsicherheiten behaftet, z.B. aufgrund möglicher zunehmender Einwanderung in die EU oder und der schwer vorhersehbaren Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Als sicher gilt jedoch, daß ab dem Jahr 2005, wenn die geburtenstarken Nachkriegsjahrgänge in Rente gehen, der Druck auf die Rentensysteme stark zunehmen wird (Europäische Kommission 1996d, S. 14). Im folgenden werden die Übergangsprozesse in Rente in den EU-Mitgliedstaaten analysiert.

Im Hinblick auf das Datenmaterial muß berücksichtigt werden, daß nur Renteneintritte aus abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, nicht jedoch aus Inaktivität untersucht werden können. Auch läßt das Datenmaterial keine Differenzierung hinsichtlich der Rentenarten zu. Zudem ist die Datenbasis zwischen den Ländern zum Teil sehr unterschiedlich. Daher werden nur die Renteneintritte der 51jährigen und älteren untersucht. Die Berechnungen für die Erwerbspersonen beziehen sich nur auf abhängig Beschäftigte

### **Die Zunahme der Renteneintritte**

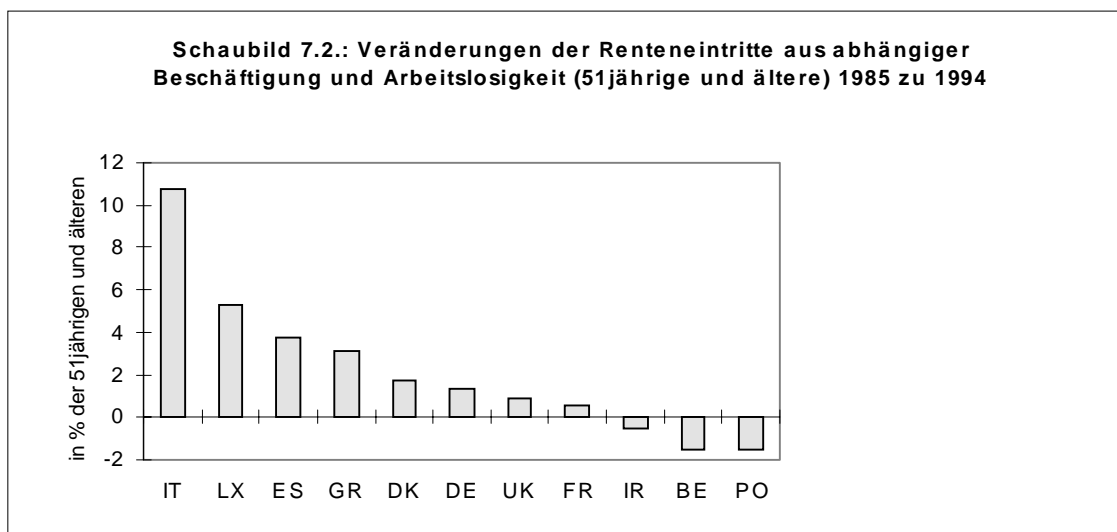
Die Renteneintritte aus abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit haben von 1985 zu 1994 in fast allen EU-Ländern - zum Teil erheblich - zugenommen (vgl. Schaubild 7.1).

Gingen 1985 durchschnittlich 8,5 Prozent der älteren Erwerbspersonen (51 Jahre und älter) in den hier betrachteten EU-Ländern in Rente, so beträgt dieser Wert 1994 etwa 10,5 Prozent. Dabei weisen die Länder jedoch sehr unterschiedliche Renteneintrittswerte auf: So steht Italien mit über 20 Prozent an der Spitze und unterscheidet sich mit diesem hohen Wert erheblich von den anderen Ländern; in Irland sind in demselben Jahr dagegen gerade knapp 6 Prozent der 51jährigen und älteren in Rente gegangen. Innerhalb der Länder haben sich die Renteneintrittswerte von 1985 zu 1994 unterschiedlich entwickelt (vgl. Schaubild 7.2).



**Anmerkungen:** Für Luxemburg 1985 und 1994 sowie für die Niederlande 1994 keine Daten über Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit verfügbar statt 1985: Italien 1983, Belgien 1986, Spanien 1987, Portugal 1988

**Quelle:** Europäische Arbeitskräfteerhebung, eigene Berechnungen; © WZB 1997



**Anmerkungen:** statt 1985: Italien 1983, Belgien 1986, Spanien 1987, Portugal 1988

**Quelle:** Europäische Arbeitskräfteerhebung, eigene Berechnungen; © WZB 1997

Während in Irland, Belgien und Portugal 1994 im Vergleich zu 1985 die Renteneintritte zurückgegangen sind, haben die Renteneintritte in den übrigen Ländern zugenommen. Italien weist dabei mit fast 11 Prozentpunkten die höchste Zuwachsrate auf, gefolgt von Luxemburg und Spanien (gut fünf bzw. knapp vier Prozentpunkte). Worauf lassen sich die in den meisten EU-Ländern steigenden Renteneintrittswerte zurückführen, und wie können die Unterschiede zwischen den EU-Ländern erklärt werden? Zum einen dürfte die demographische Entwicklung in den Mitgliedstaaten, zum anderen die zuneh-

mende Arbeitslosigkeit in der EU maßgeblich zur Erhöhung der Renteneintritte beigetragen haben.

Daher wird in Tabelle 7.1 der Anteil älterer Personen an der Gesamtbevölkerung den Beschäftigungsquoten Älterer in den Mitgliedstaaten gegenübergestellt. Mit der Beschäftigungsquote der 50 bis 64jährigen, die den Anteil der Beschäftigten dieser Altersgruppe angibt, wird die Altersgruppe erfaßt, die (in den meisten Mitgliedstaaten, vgl. dazu Tabelle 7.3) kurz vor dem gesetzlichen Renteneintrittsalter steht.

**Tabelle 7.1:** Ältere Menschen in der EU: Anteil an der Gesamtbevölkerung und Beschäftigungsquoten 1985 und 1994

	Anteil der 50jährigen und älteren an der Gesamtbevölkerung in %		Beschäftigungsquoten der 50 bis 64jährigen	
	1985	1994	1985	1994
BE	31,6	31,7	35,3	32,6
DK	30,8	31,8	58,4	61,1
DE	33,9	36,0	47,8	49,8
GR	31,5	35,6	51,4	45,7
ES*	31,3	33,0	41,7	38,4
FR	29,6	29,6	45,3	42,9
IR	22,4	23,7	44,7	44,3
IT	31,7	34,1	42,6	38,0
LX	30,1	29,7	36,5	36,4
NL	25,9	27,3	37,1	41,6
PO*	31,4	31,8	51,5	53,6
UK	31,2	30,8	55,3	56,4
<b>EU</b>	<b>31,2</b>	<b>32,6</b>	<b>46,9</b>	<b>45,8</b>

\* Spanien und Portugal 1987 statt 1985

**Quelle:** Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen 1985, 1987 und 1994

Die demographische Entwicklung sowie die Beschäftigungsquoten in den Mitgliedstaaten können jedoch alleine die Zunahme der Renteneintritte in diesem Zeitraum kaum erklären. Zwar ist in fast allen Ländern der Anteil der 50jährigen und älteren an der Gesamtbevölkerung von 1985 bis 1994 gestiegen. In Luxemburg und in Großbritannien ist er hingegen gesunken, die Renteneintritte haben jedoch - wie oben angeführt - in diesen Ländern zugenommen. Umgekehrt haben in Irland, Belgien und Portugal die Renteneintritte bis 1994 abgenommen, während im selben Zeitraum der Anteil der 50jährigen und älteren an der Gesamtbevölkerung leicht gestiegen ist. In Frankreich ist der Anteil dieser Altersgruppe 1985 und 1994 im Vergleich zu den anderen

Ländern sehr niedrig; dennoch weist Frankreich im Ländervergleich die zweit- bzw. dritthöchsten Renteneintrittswerte auf.

Die Beschäftigungsquoten der Älteren sind in der gesamten EU von 1985 bis 1994 gesunken, im Ländervergleich aber "nur" in sieben Ländern und zum Teil auch dort nur geringfügig. In Dänemark, Deutschland, den Niederlanden, Portugal und Großbritannien sind jedoch die Beschäftigungsquoten bis 1994 gestiegen, und mit Ausnahme von Portugal haben in diesen Ländern die Renteneintritte zugenommen. Zudem weist z.B. Irland nur leicht unter dem EU-Durchschnitt liegende Beschäftigungsquoten auf, hat aber die niedrigsten Renteneintrittswerte in der EU. In Italien, Griechenland und Spanien zeigt sich allerdings ein deutlicher Zusammenhang zwischen der demographischen Entwicklung, den Beschäftigungsquoten und dem Renteneintrittsgeschehen: der Anteil der über 50jährigen hat hier bis 1994 überdurchschnittlich zugenommen, die Beschäftigungsquoten der Älteren sind stark gesunken, und die Länder weisen eine hohe Zuwachsrate bei den Renteneintritten auf.

Eine mögliche Erklärung für die unterschiedlichen Beschäftigungsquoten und Renteneintrittswerte zwischen den Ländern könnte in der sektoralen Zusammensetzung der Wirtschaftsstruktur in den Ländern liegen. Das heißt, insbesondere Länder mit einem hohen Anteil des primären und sekundären Sektors haben demnach eher hohe Renteneintrittswerte, da infolge des Strukturwandels seit Mitte der 80er Jahre in der EU v.a. in diesen Sektoren Arbeitsplätze abgebaut wurden (vgl. dazu Europäische Kommission 1996a). Die Studie von Kohli, Rein u.a. (1991) weist jedoch - allerdings nur bezogen auf die Frühverrentungsraten - nach, daß die sektoralen Unterschiede zwischen den Ländern nicht im gleichen Verhältnis wie die unterschiedlichen Frühverrentungsraten korrespondieren. So haben z.B. die Niederlande und Deutschland unterschiedliche Arbeitsmarktstrukturen, jedoch ähnliche Frühverrentungsraten.

Die wohlfahrtsstaatlichen Regulierungen in den Mitgliedsstaaten, insbesondere die finanzielle Förderung von Frühverrentungsmöglichkeiten und die Regulierungen hinsichtlich der Altergrenzen, dürften maßgeblich das Rentenzugangsgeschehen beeinflussen. In Tabelle 7.2 sind die öffentlichen Ausgaben für arbeitsmarktpolitisch bedingte Frühverrentungen als Anteil des Bruttoinlandsproduktes (BIP) angeführt. Zwischen den öffentlichen Ausgaben für arbeitsmarktpolitisch bedingte Frühverrentungen und den Renteneintritten in den Ländern gibt es scheinbar kaum einen Zusammenhang: Die hohen Rentenzugänge in Italien und vor allem in Luxemburg lassen sich kaum auf die eher durchschnittlich hohen öffentlichen Ausgaben zurückführen. Ebenso bleibt unklar, weshalb in Dänemark trotz der EU-weit höchsten Ausgaben eher niedrige Renteneintrittswerte zu verzeichnen sind, während in Frankreich bis 1994 die öffentlichen Ausgaben um mehr als zwei Drittel sinken, die Renteneintritte jedoch leicht steigen. Während die gesetzlichen Altersgrenzen

für den Renteneintritt in den Ländern relativ ähnlich sind (vgl. Tabelle 7.3), unterscheiden sich die Vorruhestandsregelungen hinsichtlich des frühestmöglichen Renteneintritts. In der Regel kann der Eintritt in Vorruhestand aufgrund von Krankheit, bei körperlich belastender Arbeit, aufgrund von Arbeitslosigkeit oder aufgrund langjähriger Beitragszahlungen erfolgen.

**Tabelle 7.2:** Öffentliche Ausgaben für arbeitsmarktpolitisch bedingte Frühverrentung 1985 und 1994

	Ausgaben in % des BIP für arbeitsmarktpolitisch bedingte Frühverrentung			
	1985*	1994**	1995	1996
BR	0,87	0,69	0,67	n.a.
DK	1,26	1,40	1,55	1,81
DE	0,01	0,27	0,06	-
FIN	0,64	0,46	0,44	0,42
FR	1,21	0,38	0,36	n.a.
GR	-	-	-	n.a.
UK	0,05	-	-	-
IR	-	0,17	0,15	0,14
IT	0,29	0,32	n.a.	n.a.
LX	0,74	0,24	0,24	0,25
NL	-	-	-	-
A	0,16	0,13	0,13	0,13
PO	-	0,15	0,08	0,13
SW	0,10	0,02	0,02	-
ES	0,02	-	-	-

\* 1985:nur Westdeutschland; Dänemark und Portugal: 1986; Österreich und Finnland (Schätzung): 1987; Schweden: 1987 - 1988

\*\* Italien: 1992; Schweden und Großbritannien: 1994 - 1995

**Anmerkung:** zu den verschiedenen Ausgaben für Frühverrentungsprogramme vgl. OECD 1988a; 1988b

**Quellen:** OECD 1988a; 1996b; 1997; Schömann (1995)

**Tabelle: 7.3: Altersrentensysteme in der EU (Stand 1995)**

	reguläre Altersgrenze	Vorruhestand ist möglich ab	Teilruhestand möglich ab (Rentenbezug bei reduzierter Arbeitszeit)	erforderliche Versicherungsjahre für eine volle Rente
<b>BE</b>	zwischen 60 und 65 Jahren	58 Jahre (in bestimmten Fällen: 57 bzw. 55 Jahre)	ab 55 Jahren	Männer: 45, Frauen: 40 Beitragsjahre
<b>DK</b>	67 Jahre	über 50jährige	zwischen 60 und 65 Jahren	40 Aufenthaltsjahre
<b>DE</b>	65 Jahre	63 bzw. 60 Jahre (in den neuen Bundesländern ab 55 Jahren)*	63 bzw. 60 Jahre	Beitragsjahre nicht festgelegt
<b>FIN</b>	63 - 65 Jahre	60 - 64 Jahre	zwischen 58 und 64 Jahren	40 Aufenthaltsjahre
<b>FR</b>	60 Jahre	56 Jahre und 2 Monate (Ausnahme: 55 Jahre)	gleitender Vorruhestand ab 55 Jahren	37,5 Beitragsjahre (angehoben auf 40 Beitragsjahre)
<b>GR</b>	Männer: 65, Frauen: 60 Jahre; bei körperlich belastender Arbeit 5 Jahre früher	60 Jahre (Baugewerbe: 58 Jahre); Frauen: 55 Jahre		35 Beitragsjahre
<b>UK</b>	Männer: 65, Frauen: 60 Jahre	vorgesehen im Rahmen von Tarifverhandlungen	nicht vorgesehen	Männer: 44, Frauen: 39 Beitragsjahre
<b>IR</b>	65 Jahre	über 55 Jahre (in bestimmten Fällen)		48 Beitragsjahre
<b>IT</b>	Männer: 60, Frauen: 55 Jahre	in Unrternehmen, die von der Wirtschaftskrise betroffen sind: 5 Jahre (in der Stahlbranche 10 Jahre) vor der Regelaltersgrenze	diese Möglichkeit wird geschaffen	40 Beitragsjahre
<b>LX</b>	65 Jahre	57 Jahre		40 Beitragsjahre
<b>NL</b>	65 Jahre	im Rahmen von Tarifvereinbarungen (ab 59 Jahren)	Teilruhestand kann auch in Kollektivverträgen vereinbart werden; <i>keine Altersangaben</i>	50 Aufenthaltsjahre
<b>A</b>	Männer: 65, Frauen: 60 Jahre	Männer: 60; Frauen: 55 Jahre	möglich; <i>keine Altersangaben</i>	40 Beitragsjahre
<b>PO</b>	Männer: 65, Frauen: 63 Jahre	ab 60, z.T. ab 55 Jahren (in bestimmten Fällen)	ab 55 bis 65 Jahren	40 Beitragsjahre
<b>SW</b>	65 Jahre	16 - 64 Jahre (bei Krankheit, geistiger und körperlicher Behinderung)	zwischen 61 und 64 Jahren	abhängig von Aufenthaltsjahren, <i>keine Angaben vorhanden</i>
<b>ES</b>	65 Jahre	64 Jahre	ab 62 Jahren möglich	35 Beitragsjahre

\* Das auf die neuen Bundesländer beschränkte "Altersübergangsgeld" wird Personen gewährt, die zwischen Ende 1990 und 1992 arbeitslos geworden sind und das 55. Lebensjahr vollendet haben. Diese Regelung läuft Ende 1997 aus (Thon 1996, S. 3f.).

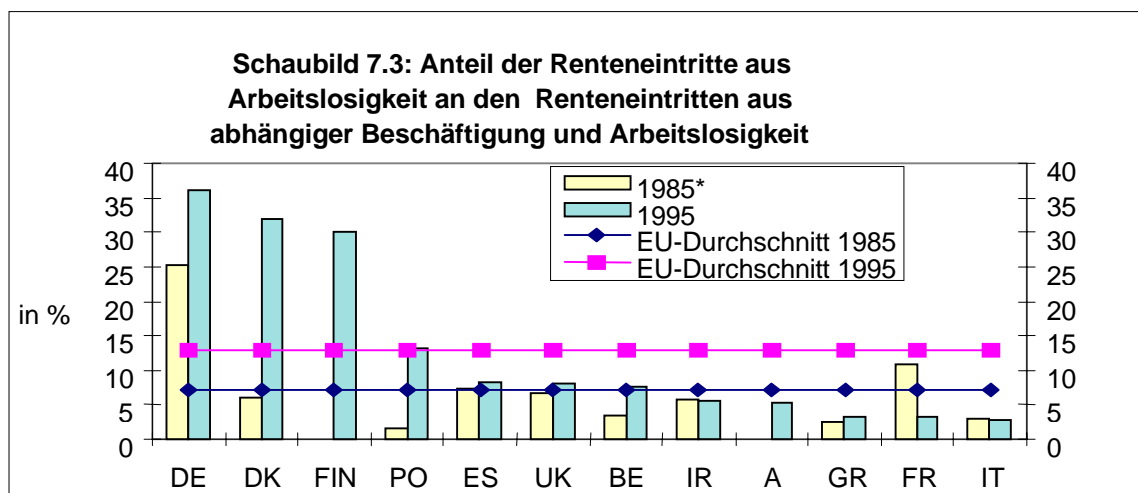
**Quellen:** Europäische Kommission 1996c; 1996d; Harges 1995, S. 76-82

In Italien, Griechenland, Belgien und Frankreich lassen sich die hohen Renteneintritte zu einem guten Teil auf die niedrigen Altersgrenzen bei regulären Renten und Vorruhestandsrenten zurückführen. In Italien können z.B. Arbeitnehmer in Unternehmen, die von der Wirtschaftskrise betroffen sind, fünf Jahre (in der Stahlbranche sogar 10 Jahre) vor der Regelaltersgrenze eine vorgezogene Rente beantragen. Aber auch die 13 Vorruhestandsregelungen auf Branchenebene, die zum überwiegenden Teil - in der Regel zeitlich befristet - Mitte der 90er initiiert wurden, haben zu dem Anstieg bei den Renteneintritten beigetragen (vgl. Europäische Kommission 1996b).

Auch in Portugal gibt es sieben verschiedene Vorruhestandsregelungen auf Branchenebene, die aber überwiegend in den 80er Jahren vereinbart wurden (vgl. Europäische Kommission 1996b).

### Die Zusammensetzung der Renteneintritte: Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit und aus abhängiger Beschäftigung

Welchen Erwerbsstatus hatten die älteren Personen, bevor sie in Rente gingen? In Schaubild 7.3 ist der Anteil der Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit bezogen auf die Renteneintritten aus Arbeitslosigkeit und aus abhängiger Beschäftigung für die Mitgliedsländer dargestellt.



**Anmerkungen:** \*Italien 1983, Belgien 1986, Spanien 1987, Portugal 1988

**Quelle:** Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen; © WZB 1997

Nur gut 7 Prozent der älteren Erwerbspersonen, die 1985 in Rente gingen, wechselten im EU-Durchschnitt aus Arbeitslosigkeit in Rente. Dabei liegt jedoch der Anteil der Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit in den meisten EU-Ländern 1985 bei etwa 1 bis 7 Prozent. In Frankreich (mit fast 11 Prozent) und vor allem in der Bundesrepublik Deutschland (mit gut 25 Prozent) erfolgen hingegen Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit bereits 1985 in großem Umfang.

Zehn Jahre später hat sich der Anteil der Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit in fast allen Ländern erheblich erhöht: der EU-Durchschnitt liegt 1995 bei fast 13 Prozent. Besonders hohe Zuwachsraten weisen Dänemark (mit fast 25 Prozentpunkten) sowie Portugal und Deutschland (mit fast 12 bzw. 10 Prozentpunkten) auf. Nur in Frankreich sind 1995 die Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit im Vergleich zu 1985 im großen Umfang (um sieben Prozentpunkte) zurückgegangen.

Die getrenntenstandardisierten Veränderungsrate ermöglichen eine differenzierte Betrachtung bezüglich der Veränderungen bei den Renteneintritten aus abhängiger Beschäftigung und den Renteneintritten aus Arbeitslosigkeit (vgl. Tabelle 7.4):

**Tabelle 7.4:** Standardisierte Veränderungsrate\* für Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit und Renteneintritte aus abhängiger Beschäftigung: 1985 zu 1995

	Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit	Renteneintritte aus abh. Beschäftigung
<b>DK</b>	8,30	0,28
<b>PO</b>	6,34	-0,19
<b>DE</b>	2,18	0,91
<b>BE</b>	0,86	-0,22
<b>IT</b>	0,82	1,01
<b>GR</b>	0,64	0,31
<b>UK</b>	0,40	0,14
<b>ES</b>	0,29	0,14
<b>IR</b>	0,13	0,14
<b>FR</b>	-0,73	0,00

\* Berechnung:  $\Delta X = X_t \div X_{t-1} - 1$   
wobei

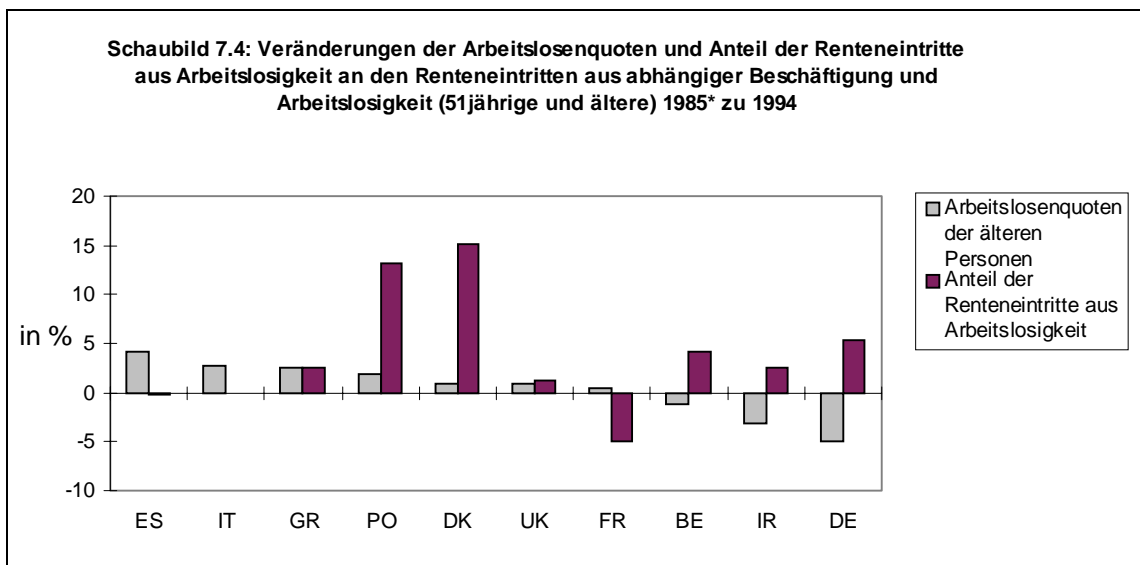
$X_t$  = Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit (in tausend) 1995 (bzw. Renteneintritte aus abhängiger Beschäftigung (in tausend) 1995)

$X_{t-1}$  = Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit (in tausend) 1985 (bzw. Renteneintritte aus abhängiger Beschäftigung (in tausend) 1985)

**Quelle:** Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen; © WZB 1997

Insbesondere in Dänemark und Portugal haben sich die Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit von 1985 bis 1995 stark erhöht, sie haben sich mehr als verneunfacht bzw. versiebenfacht. Aber auch in der Bundesrepublik Deutschland ist eine Verdreifachung des Ausgangswertes zu verzeichnen. Die hohe Steigerungsrate in Dänemark könnte durch die Abschaffung der Vorruhestandsrege-

lung für 50 bis 59jährige ab dem 1.1.1994 beeinflusst worden sein (Bundesarbeitsblatt 1996, S. 26). Es ist denkbar, daß hier für eine bestimmte Frist eine Übergangsregelung gilt, und so relativ viele Personen noch vor dem Ablauf dieser Übergangsfrist über die Vorruhestandsregelung in Rente gegangen sind. Lediglich in Frankreich sind die Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit von 1985 zu 1995 um fast drei Viertel zurückgegangen. Dies läßt sich jedoch nicht auf die Rentenreform von 1994 zurückführen, nach der die Altersgrenzen der vorgezogenen Renten bzw. Vorruhestandsleistungen auf 57 Jahre statt bisher 55 bzw. 50 Jahre erhöht werden. (Hardes 1995, S. 83) Bereits seit 1992 sind die Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit in Frankreich stark gesunken. In Irland und Italien haben die Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit von 1985 zu 1995 zugenommen, jedoch in einem weniger großen Umfang wie die Renteneintritte aus Beschäftigung.<sup>12</sup> Auch die Anzahl der Renteneintritte aus abhängiger Beschäftigung ist in fast allen Ländern - wenn auch weniger dramatisch - gestiegen. Nur in Portugal und Belgien sind sie von 1985 zu 1995 um etwa ein Fünftel zurückgegangen. Der Zusammenhang zwischen den Renteneintritten aus Arbeitslosigkeit und den Arbeitslosenquoten Älterer wird in Schaubild 7.4. dargestellt.



**Anmerkungen:** \* Italien 1983, Belgien 1986, Spanien 1987, Portugal 1988

**Quelle:** Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen; © WZB 1997

Zwar ist in den meisten Ländern der Anteil der arbeitslosen älteren Personen an den Erwerbspersonen dieser Altersgruppe von 1985 zu 1994 gestiegen, und die Renteneintritte haben ebenfalls zugenommen. In Irland, Belgien und Deutschland ist jedoch 1994 die Arbeitslosenquote der älteren Personen im

<sup>12</sup> Da der Zuwachs bei den Renteneintritten aus abhängiger Beschäftigung in Irland und Italien größer als der Zuwachs der Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit ist, ergibt sich für diese beiden Länder in Schaubild 7.3 eine leicht rückläufige Entwicklung der Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit.

Vergleich zu 1985 niedriger, dennoch haben in diesen Ländern die Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit 1995 um knapp 3 bis 5 Prozentpunkte zugenommen. Dagegen sind z.B. in Frankreich die Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit um 5 Prozentpunkte zurückgegangen, während die Arbeitslosenquoten der Älteren gestiegen sind. In Dänemark und Portugal sind die Arbeitslosenquoten von 1985 zu 1994 gestiegen, die Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit sind jedoch überproportional gestiegen.

Vergleicht man diese Angaben mit den in Tabelle 7.3 angeführten öffentlichen Ausgaben für arbeitsmarktpolitisch bedingte Früheverrentungen, so wird folgendes deutlich: Die Veränderungen bei den Renteneintritten aus Arbeitslosigkeit in Dänemark, Deutschland und Frankreich sind wesentlich durch die öffentlichen Ausgaben für arbeitsmarktbedingte Frühverrentungen beeinflusst worden. In den beiden erst genannten Ländern sind die öffentlichen Ausgaben und die Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit von 1985 bis 1994 stark gestiegen<sup>13</sup>, während in Frankreich die Entwicklung entgegengesetzt verlaufen ist.

### **Renteneintritte aus abhängiger Beschäftigung nach Altersgruppen**

Eine Betrachtung der Renteneintritte nach Altersgruppen läßt Rückschlüsse über einen zu- oder abnehmenden Trend zur Frühverrentung in der EU zu. (vgl. Schaubild 7.5.1 und 7.5.2)<sup>14</sup>.

Obwohl in allen EU-Ländern mit Ausnahme von Italien die Altersgrenzen für Eintritte in reguläre Altersrenten 1985 und 1995 bei mindestens 60 Jahren bzw. darüber lagen, stellen 1985 und 1995 in sechs EU-Ländern die 56 bis 60jährigen die größte Gruppe bei den Renteneintritten aus abhängiger Beschäftigung dar. Nimmt man die Gruppe der 51 bis 55jährigen hinzu, so zeigt sich, daß 1985 in fünf, 1995 sogar in neun Ländern mehr als die Hälfte der Personen, die aus abhängiger Beschäftigung in Rente gehen, zwischen 51 und 60 Jahren waren. Am bemerkenswertesten sind die Steigerungsraten im Vergleich zu 1985 in den Niederlanden (etwa 33 Prozentpunkte) und Portugal (22 Prozentpunkte).

Während in den meisten Ländern 1995 der Anteil der Altersgruppe 51 bis 60 Jahre bei den Renteneintritten aus abhängiger Beschäftigung höher als

---

<sup>13</sup> Auch in Portugal und Irland zeigt sich dieser positive Zusammenhang. Allerdings sind hier die öffentlichen Ausgaben für arbeitsmarktbedingte Frühverrentungen 1994 im EU-Vergleich sehr gering.

<sup>14</sup> Es muß jedoch berücksichtigt werden, daß bei den Ausführungen zu den Altersgruppen nur die 51jährigen und älteren erfaßt wurden. Auch aus jüngeren Altersgruppen sind Renteneintritte erfolgt, jedoch nur in geringem Umfang. Daher sind die hier angegebenen Anteile der höheren Altersgruppen (über 51 Jahre) an den gesamten Renteneintritten tatsächlich geringer.

1985 ist, ist er vor allem in Großbritannien und Deutschland fast 10 Prozentpunkte 1995 niedriger als 1985.

Die Entwicklung von 1985 zu 1995 hinsichtlich der Renteneintritte aus Beschäftigung der 66jährigen und älteren weist keinen einheitlichen Trend auf: Von den fünf Ländern, die 1985 einen relativ hohen Anteil an dieser Altersgruppe hatten (Irland; Portugal; Dänemark, Griechenland und Spanien), weisen vier Länder 1995 einen geringeren Wert auf. Dagegen ist der Anteil in Griechenland auf 22 Prozent gestiegen, und in Großbritannien, das 1985 einen Anteil von 4 Prozent aufwies, war 1995 mehr als jeder vierte (der 51jährigen und älteren), der aus abhängiger Beschäftigung in Rente wechselte, 66 Jahre und älter.

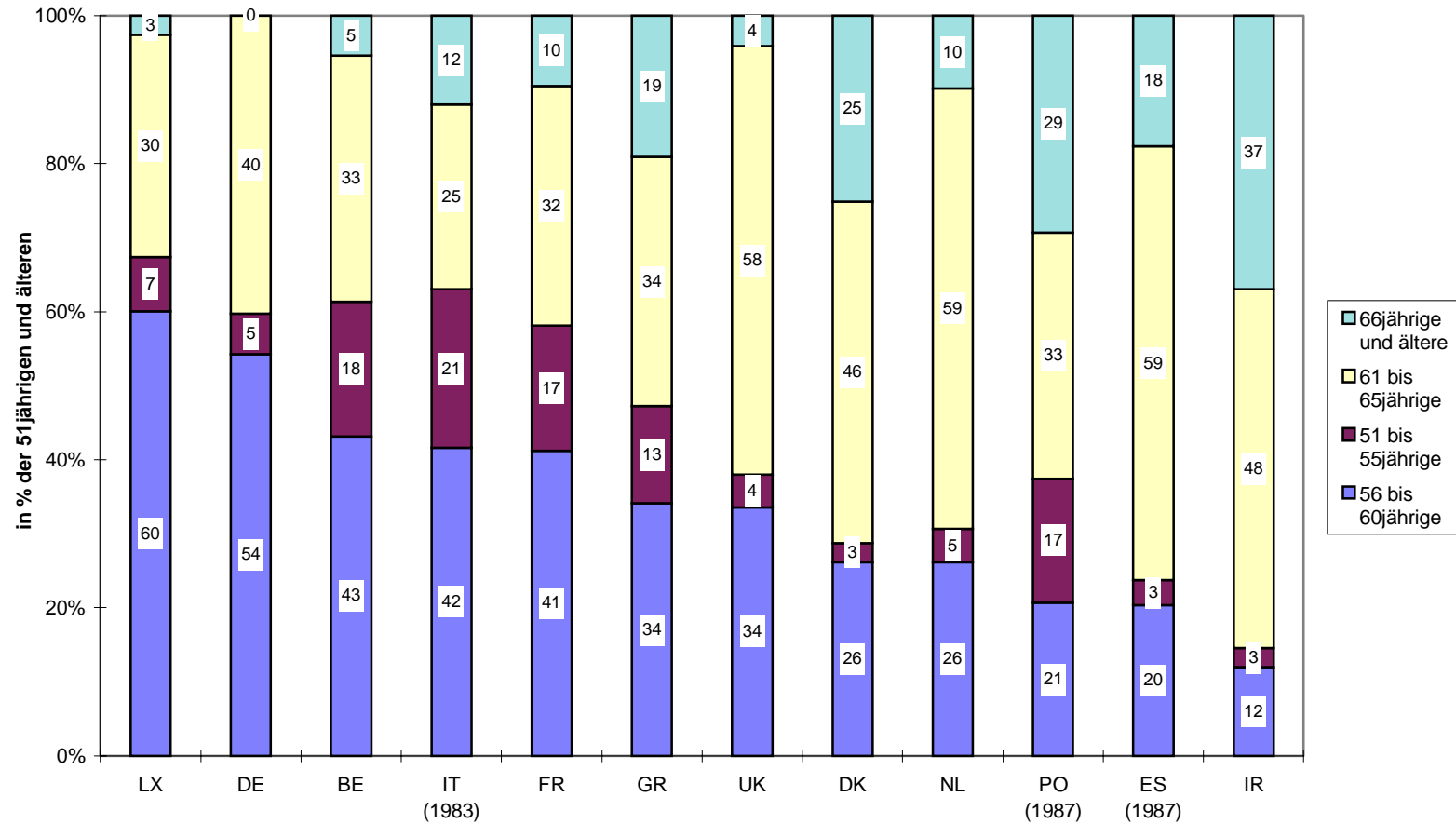
Zusammenfassend lassen sich hier bezüglich der Renteneintritte aus abhängiger Beschäftigung drei Gruppen von Ländern bilden:

1. Länder mit einem hohen Anteil an "frühen" Renteneintritten (mindestens die Hälfte der hier betrachteten Altersgruppe, die 1985 und 1995 in Rente gehen, sind 51 bis 60 Jahre alt): Luxemburg, Belgien, Deutschland, Frankreich und Italien.
2. Länder mit einem vergleichsweise hohen Anteil an "späten" Renteneintritten (der Anteil der 66jährigen und älteren an der Altersgruppe 51 Jahre und älter beträgt 1985 und 1995 mindestens 15 Prozent): Irland, Griechenland Portugal und (bedingt) Spanien.
3. Länder, in denen 1985 und 1995 große Veränderungen hinsichtlich der Alterstruktur bei den Renteneintritten zu verzeichnen sind: Dänemark, Niederlande und Großbritannien.

Hinsichtlich der Renteneintritte aus abhängiger Beschäftigung läßt sich eine Tendenz zu "frühen" Verrentungen aus den Daten ablesen.

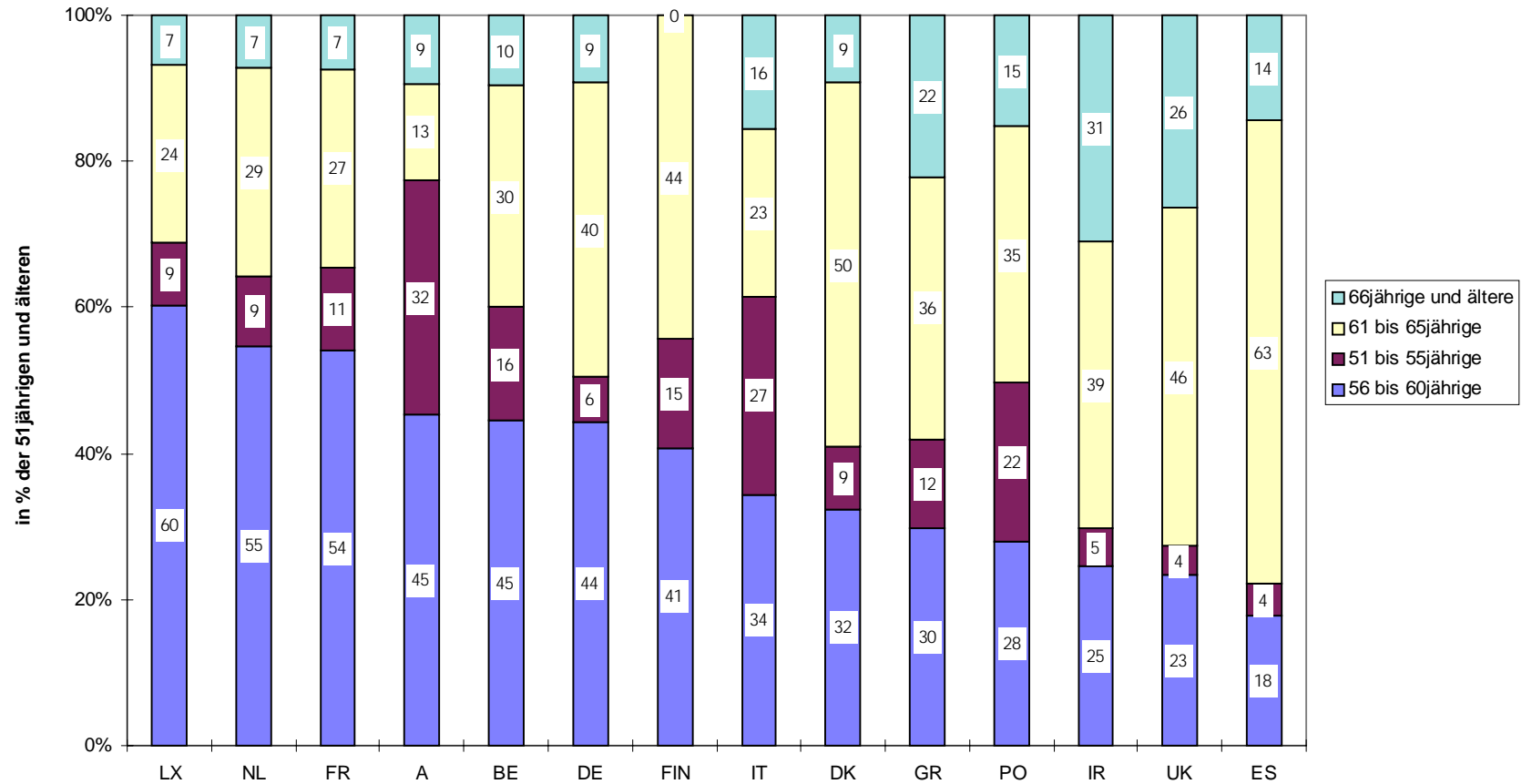
In absoluten Zahlen weist die Altersgruppe der 56 bis 60jährigen den stärksten Zuwachs von 1985 bis 1995 auf. War 1985 die Gruppe der 61 bis 65jährigen in absoluten Zahlen die größte Altersgruppe bei den Renteneintritten aus abhängiger Beschäftigung, so ist es 1995 die Gruppe der 56 bis 60jährigen. Zudem ist der Anteil der 51 bis 55jährigen von 1985 zu 1995 im EU-Durchschnitt im Verhältnis zu den Altersgruppen leicht gestiegen (vgl. Tabelle 7.5).

**Schaubild 7.5.1:  
Renteneintritte aus abhängiger Beschäftigung nach Altersgruppen 1985**



Quelle: Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen; © WZB 1997

**Schaubild 7.5.2:**  
**Renteneintritte aus abhängiger Beschäftigung nach Altersgruppen 1995**



Quelle: Europäische Arbeitskräfteerhebung, eigene Berechnungen; © WZB 1997

Tabelle 7.5: Anteil der Altersgruppen an den Renteneintritten aus abhängiger Beschäftigung in der EU\*

Altersgruppen	1985**		1995		Zunahme von 1985 zu 1995 in 1000	Veränderungsrate***
	in 1000	in %	in 1000	in %		
51 bis 55 Jahre	145,8	13,1	235,2	15,8	89,4	0,61
56 bis 60 Jahre	392,6	35,2	537,5	36,0	144,9	0,37
61 bis 65 Jahre	447,8	40,1	498,2	33,4	50,4	0,11
66 Jahre und älter	130,7	11,7	220,4	14,8	89,7	0,68
<b>gesamt (51jährige und ältere)</b>	<b>1116,8</b>	<b>100</b>	<b>1491,2</b>	<b>100</b>	<b>374,4</b>	<b>0,34</b>

\* ohne Schweden und Deutschland

\*\* Italien 1983; Portugal und Spanien 1987; ohne Finnland und Österreich

\*\*\* standardisierte Veränderungsrate:  $1995 \text{ (in tausend)} \div 1985 \text{ (in tausend)} - 1$

**Anmerkung:** Die Daten von Deutschland wurden aufgrund der Sondersituation in Folge der Vereinigung in dieser Tabelle nicht berücksichtigt. Um einen EU-weiten Trend wiederzugeben, können so mögliche Verzerrungen ausgeschlossen werden.

**Quelle:** Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen; © WZB 1997

Aber auch der Anteil der 66jährigen und älteren bei den Renteneintritten ist von 1985 zu 1995 im Verhältnis zu den anderen Altersgruppen um mehr als drei Prozentpunkte gestiegen. In absoluten Zahlen hat diese Altersgruppe - wie die Gruppe der 51 bis 55jährigen - von 1985 zu 1995 um fast 90 Tausend Personen zugenommen.

Insgesamt haben die Renteneintritte aus abhängiger Beschäftigung der 51jährigen und älteren EU-weit von 1985 zu 1995 um 34 Prozent zugenommen. Auffällig sind hier die Veränderungsrate bei der Altersgruppen der 66jährigen und älteren, sowie der Altersgruppe 51 bis 55jährige: sie haben um fast 70 bzw. gut 60 Prozent zugenommen. Es zeigt sich demnach ein Trend zu einer größeren Altersdifferenzierung hinsichtlich der Renteneintritte aus abhängiger Beschäftigung. Dafür spricht auch, daß der Anteil der Altersgruppe mit dem regulären Rentenzugangsalter (61 bis 65 Jahre) im Verhältnis zu den anderen Altersgruppen 1995 im Vergleich zu 1985 stark abgenommen hat.

## Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit nach Altersgruppen

Zunächst fällt auf, daß hinsichtlich der Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit sich kaum eine Altersgruppe identifizieren läßt, die in einem Großteil der Länder 1985 bzw. 1995 einen überwiegenden Anteil an den Renteneintritten hat (vgl. Schaubild 7.5.3 und 7.5.4).

So hat 1985 zwar die Altersgruppe der 56 bis 60jährigen in fünf von 11 Ländern den größten Anteil bei den Renteneintritten; dagegen stellt in vier Ländern in diesem Jahr die Altersgruppe der 61 bis 65jährigen die quantitativ bedeutsamste Gruppe dar.

Dennoch ist der hohe Anteil der Altersgruppe der 66jährigen und älteren bemerkenswert: 1985 ist in fünf Ländern (Irland, Niederlande, Italien, Spanien, Griechenland) jeder fünfte der hier betrachteten Altersgruppe 66 Jahre oder älter, der aus Arbeitslosigkeit in Rente geht; in Irland und Italien sind es sogar weit über die Hälfte (fast 69 Prozent bzw. 54 Prozent). Zehn Jahre später sind es wiederum fünf Länder (Irland, Italien, Griechenland, Portugal und Deutschland) mit einem hohen Anteil an 66jährigen und älteren an den Renteneintritten aus Arbeitslosigkeit: mehr als jeder Dritte gehört zu dieser Altersgruppe. Der Anteil der 51 bis 55jährigen ist in den meisten EU-Ländern bis 1995 gestiegen, vor allem in Dänemark (auf 30 Prozent) und in Italien (auf 20 Prozent). Dagegen ist der Anteil dieser Altersgruppe in Irland, Belgien, Spanien, besonders stark jedoch in Portugal (um mehr als 10 Prozentpunkte) gesunken.

Zusammenfassend lassen sich hier wiederum drei Ländergruppen bilden, wobei hier für alle drei Ländergruppen die "frühen" Renteneintritte bzw. "jüngeren" Altersgruppen, das heißt, die 51 bis 60jährigen, als Zuordnungskriterium fungieren.<sup>15</sup>

Danach lassen sich folgende Gruppen unterscheiden:

1. Länder, in denen weder 1985 noch 1995 "jüngere" Altersgruppen einen größeren Anteil an den Renteneintritten aus Arbeitslosigkeit hatten. (Das heißt: diese Altersgruppen haben höchstens einen Anteil von etwa 30 Prozent): Großbritannien und Irland. Auch Italien läßt sich am ehesten dieser Ländergruppe zuordnen.
2. Länder, in denen sowohl 1985 als auch 1995 die "jüngeren" Altersgruppen einen sehr hohen Anteil (von mindestens 50 Prozent) an den Renteneintritten aus Arbeitslosigkeit haben: Frankreich und Dänemark.
3. Länder, in denen von 1985 bis 1995 der Anteil der "jüngeren" Altersgruppen an den Renteneintritten aus Arbeitslosigkeit stark abgenommen hat, das

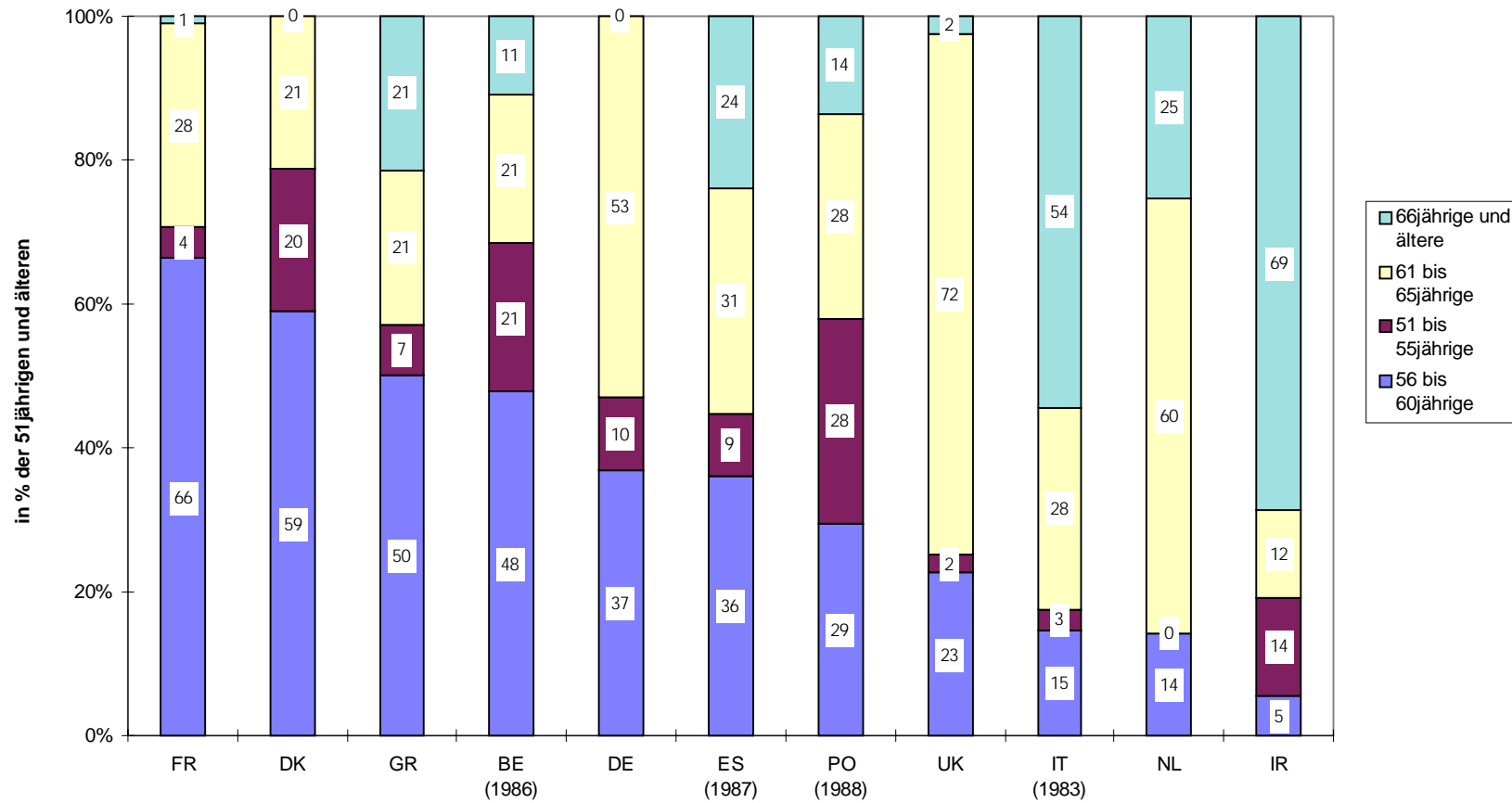
---

<sup>15</sup> Aufgrund der unterschiedlichen Altersstruktur können die bei den Renteneintritten aus abhängiger Beschäftigung entwickelten Länderkriterien nicht übernommen werden.

heißt, um mindestens 15 Prozentpunkte: Griechenland, Portugal, Spanien, Deutschland und Belgien (wobei Belgien fast auch zur zweiten Ländergruppe gezählt werden kann).

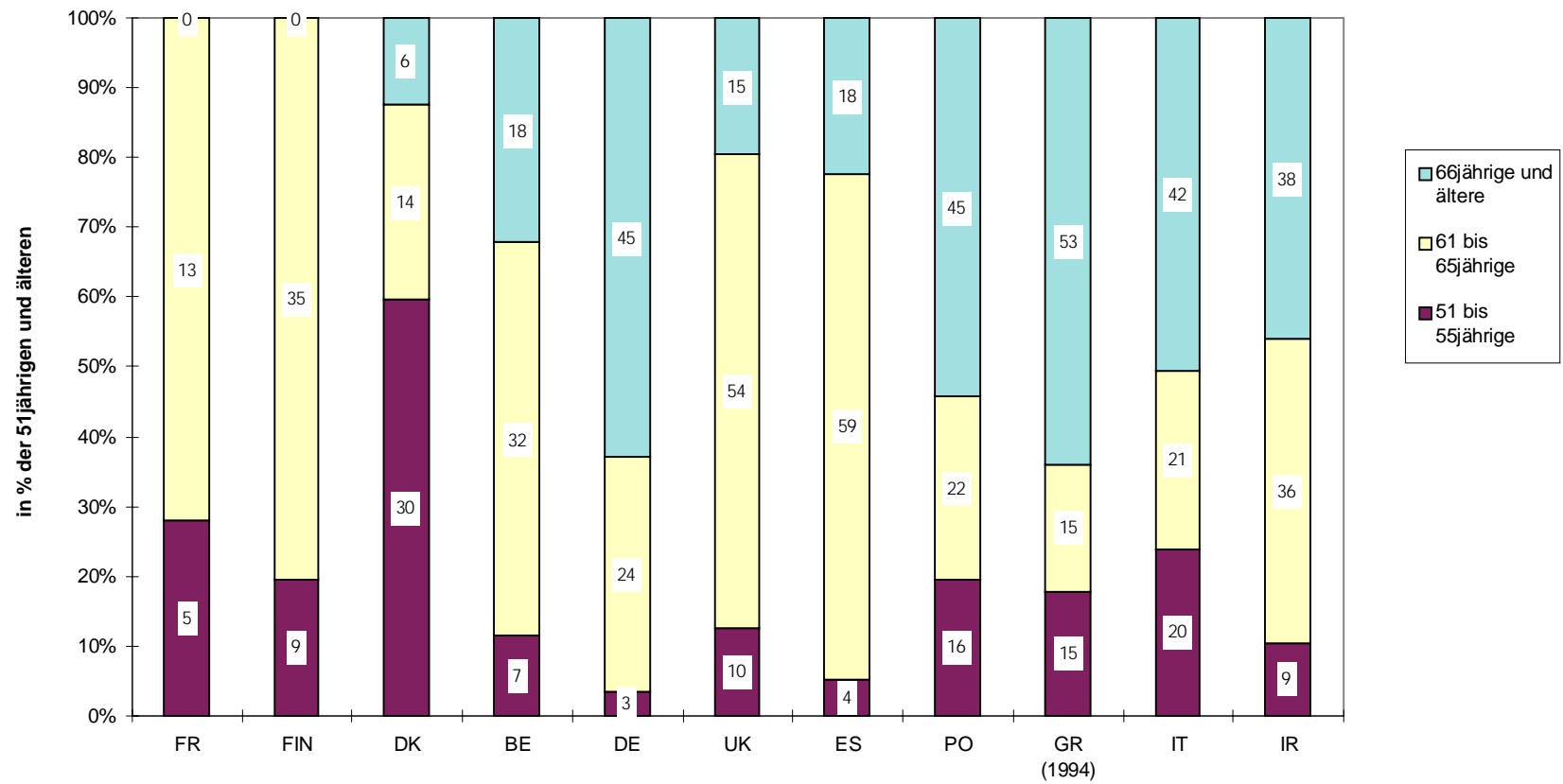
Somit läßt sich festhalten, daß sich - ähnlich wie bei den Renteneintritten aus abhängiger Beschäftigung - auch bei den Renteneintritten aus Arbeitslosigkeit eine zunehmende Differenzierung bei den Altersgruppen von 1985 zu 1995 in den EU-Ländern gezeigt hat. Wie in Tabelle 7.6. erkennbar ist, haben vor allem die Altersgruppen 51 bis 55jährige und 66jährige und ältere von 1985 bis 1995 bei den Renteneintritten aus Arbeitslosigkeit in absoluten Zahlen stark zugenommen.

**Schaubild 7.5.3:  
Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit nach Altersgruppen 1985**



Quelle: Europäische Arbeitskräfteerhebung, eigene Berechnungen; © WZB 1997

Schaubild 7.5.4:  
Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit nach Altersgruppen 1995



Quelle: Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen; © WZB 1997

**Tabelle 7.6:** Anteil der Altersgruppen an den Renteneintritten aus Arbeitslosigkeit in der EU\*

<b>Altersgruppen</b>	<b>1985**</b>		<b>1995***in</b>		<b>Veränderun gs-rate****</b>
	<b>in 1000</b>	<b>in %</b>	<b>1000</b>	<b>in %</b>	
51 bis 55 Jahre	4,2	5,2	13,2	13,6	2,14
56 bis 60 Jahre	36,3	45,2	33,9	35,0	- 0,07
61 bis 65 Jahre	30,6	38,1	32,2	33,3	0,05
66 Jahre und älter	9,2	11,5	17,4	18,0	0,89
<b>gesamt (51jährige und ältere)</b>	<b>80,3</b>	<b>100</b>	<b>96,8</b>	<b>100</b>	<b>0,21</b>

\* ohne Schweden, Luxemburg, Österreich und Deutschland

\*\* Italien 1983; Belgien 1986; Spanien 1987; Portugal 1988; ohne Finnland

\*\*\* Griechenland 1994; ohne Niederlande

\*\*\*\* standardisierte Veränderungsrate: 1995 (in tausend)÷ 1985 (in tausend)-1

**Anmerkung:** Die Daten von Deutschland wurden in dieser Tabelle nicht berücksichtigt aufgrund der Sondersituation in Folge der Vereinigung. Um den EU-weiten Trend anzugeben, können so mögliche Verzerrungen ausgeschlossen werden.

**Quelle:** Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen; © WZB 1997

Dabei ist jedoch die Veränderungsrate der 51 bis 55jährigen sehr viel ausgeprägter: von 1985 bis 1995 hat sich die Zahl dieser Altersgruppe mehr als verdreifacht, während sich die Zahl der 66jährigen und älteren knapp verdoppelt hat.

Zusammenfassend lassen sich hier zwei Aspekte festhalten: Zum einen hat sich EU-weit eine größere Differenzierung bei dem Renteneintrittsalter aus Arbeitslosigkeit und abhängiger Beschäftigung von 1985 bis 1995 gezeigt. Die größten Zuwachsraten weisen die 51 bis 55jährigen und die 66jährigen und älteren auf. Zum anderen ist bemerkenswert, daß die Renteneintritte aus abhängiger Beschäftigung EU-weit von 1985 bis 1995 um etwa 34 Prozent, die Renteneintritte aus Arbeitslosigkeit jedoch "nur" um gut 20 Prozent zugenommen haben.

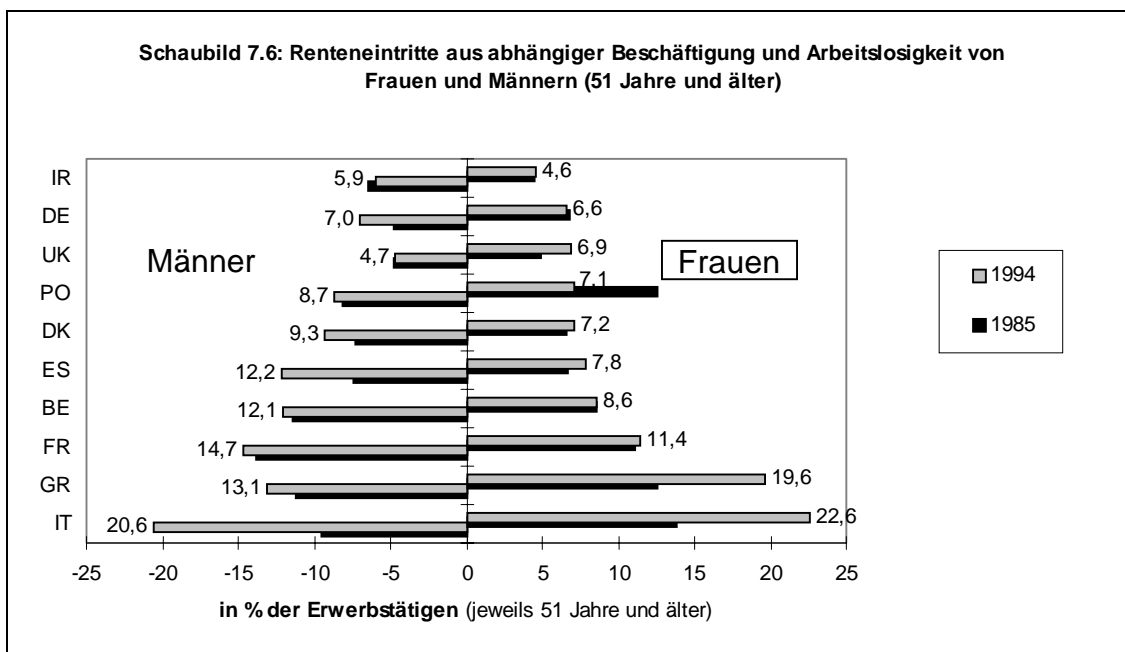
Eine wichtige - über den Rahmen dieser Analyse jedoch hinausgehende - Frage ist, ob mit dem Trend zu einer größeren Altersdifferenzierung bei den Renteneintritten auch eine Zunahme sozialer Ungleichheit verbunden ist. Aufschluß könnten hier Untersuchungen zu den möglichen Gründen für einen späten Renteneintritt (ab 66 Jahren) geben. Ein nicht unerheblicher Teil dieser Renteneintritte dürfte aufgrund geringer Einkommensperspektiven erfolgen.

### **Renteneintritte von Männern und Frauen**

In Schaubild 7.6 werden die Renteneintritte aus abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit der Frauen ab 51 Jahren bezogen auf die weiblichen

Erwerbspersonen ab 51 Jahren für die Jahre 1985 und 1994 denen der Männer gegenübergestellt (vgl. Schaubild 7.6).

In fast allen hier betrachteten Ländern - mit Ausnahme von Deutschland, Großbritannien, Griechenland und Italien - ist die Renteneintrittsrate der Frauen 1985 und 1994 niedriger als die der Männer. In den meisten Ländern haben sich die Renteneintritte der Frauen und Männer von 1985 zu 1994 relativ einheitlich entwickelt, d.h., sie haben zugenommen. Nur in Irland, Großbritannien, Deutschland und Portugal zeigt sich eine uneinheitliche Entwicklung: in den beiden erstgenannten Ländern haben die Renteneintritte der Frauen zugenommen, während die der Männer leicht rückläufig sind; in den beiden letztgenannten Ländern verhält es sich umgekehrt.



**Anmerkung:** Schaubild sortiert nach den Renteneintritten von Frauen. Die angegebenen Werte beziehen sich auf 1994.

**Quelle:** Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen; © WZB 1997

Große Veränderungen von 1985 zu 1994 bei den Renteneintritten der Frauen zeigen sich in Portugal, Griechenland und Italien. In den beiden letztgenannten Ländern haben die Renteneintritte um sieben bzw. knapp neun Prozentpunkte zugenommen, wobei in Griechenland die Renteneintritte der Frauen überproportional im Verhältnis zu denen der Männer angestiegen ist. In Portugal sind hingegen die Renteneintritte der Frauen um über fünf Prozentpunkte gesunken. Zu dieser Entwicklung in Portugal dürfte die seit dem 1.1.1994 schrittweise Heraufsetzung des Ruhestandsalters für Frauen (von 62 auf 65 Jahre um 6 Monate) jedoch noch relativ wenig beigetragen haben (Europäische Kommission 1996d). Bereits seit 1991 ist die Renteneintrittsrate gesunken.

Ein Vergleich der Erwerbsquoten von älteren Frauen und Männern in der EU zeigt, daß Frauen unabhängig vom regulären Renteneintrittsalter früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden (vgl. Tabelle 7.7.).

**Tabelle 7.7:** Erwerbsquoten von Frauen und Männern in der EU in Prozent

Altersgruppen	Männer		Frauen	
	1985*	1994	1985*	1994
25 bis 49jährige	95,8	93,8	60,8	69,4
50 bis 54jährige	90,4	87,7	48,1	55,7
55 bis 59jährige	73,2	68,8	35,2	37,4
60 bis 64 jährige	38,6	32,7	13,6	13,5
65 bis 69jährige	12,8	9,5	4,7	4,0
70jährige und älter	4,5	3,3	1,5	1,1

**Quelle:** Eurostat: Erhebung über Arbeitskräfte. Ergebnisse 1985 und 1994

Von 1985 bis 1994 hat sich der Anteil der erwerbstätigen Frauen in den Altersgruppen unter sechzig Jahren erhöht, während gleichzeitig die Erwerbsquote der Männer in allen Altersgruppen gesunken ist. Dennoch sind z.B. in der Altersgruppe der 55 bis 59jährigen Frauen nur gut 37 Prozent erwerbstätig, während es bei den Männern noch fast 70 Prozent sind. Insgesamt kann man jedoch einen kohortenspezifischen Trend zur Angleichung in der Erwerbsquote feststellen, der in jüngeren Altersgruppen stärker ausgeprägt ist.

Diese, auf den ersten Blick, gegensätzlich erscheinende Befunde - die durchschnittlich niedrigen Renteneintrittsraten sowie die niedrigen Erwerbsquoten der älteren Frauen - lassen sich damit erklären, daß nicht alle aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Frauen sofort in Rente, sondern viele zunächst in Inaktivität wechseln (OECD 1995b, S. 55). Oder sie wechseln in Inaktivität und verbleiben dort, da sie häufiger als Männer keine eigenen Rentenansprüche aufbauen (können). Da Frauen sehr viel eher als Männer die Pflege von Kindern oder pflegebedürftige Verwandten übernehmen (müssen), unterbrechen sie eher die Erwerbstätigkeit und akzeptieren atypische Beschäftigungsverhältnisse: So sind Frauen häufiger teilzeitbeschäftigt und verdienen im Durchschnitt weniger als Männer (vgl. Europäische Kommission 1997). Von daher haben Frauen größere Schwierigkeiten, die Bedingungen für den Bezug einer vollen Rente zu erfüllen<sup>16</sup>; bzw. sie müssen länger er-

<sup>16</sup> Es gibt allerdings in den Mitgliedsstaaten Maßnahmen, die die durch Pflegephasen bedingten Nachteile für die Rentenberechnung verringern. Z.B sind in Belgien und Großbritannien für Frauen weniger Beitragsjahre erforderlich (vgl. Tabelle 7.2) (vgl. auch Europäische Kommission 1996d, S. 145 - 151).

Die in Frankreich und Portugal seit 1994 eingeführte Heraufsetzung der Beitragsjahre (vgl. Kap 7.6.) wird hingegen Frauen aus den oben genannten Gründen stärker benachteiligen.

werbstätig sein, um eine ähnlich hohe Rente wie Männer zu erreichen. Insbesondere in Ländern mit gesetzlichen Rentenversicherungen, die in erster Linie über Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert werden, reduzieren Teilzeitbeschäftigungsphasen und ausgefallene Beitragsjahre die zukünftigen Renteneinkommen (vgl. Tabelle 7.2). In den Niederlanden, Dänemark, Finnland und Schweden wird hingegen allen Staatsbürgern - unabhängig von einer Berufstätigkeit - eine Grundrente gezahlt. Allerdings ist diese Rente sehr niedrig, und die in allen vier Ländern existierenden Zusatzrenten sind wiederum einkommensabhängig (vgl. Europäische Kommission 1996d, S. 145).

## **Reformen der Altersrentensysteme in der EU**

Während in den achtziger Jahren in vielen EU-Mitgliedstaaten Frühverrentungen aktiv gefördert wurden (vgl. Casey 1996), zeichnet sich seit Beginn der neunziger Jahre eine Abkehr von dieser Politik ab. In den meisten Ländern wird nunmehr der Schwerpunkt auf die Kosteneindämmung für Rentenzahlungen verlagert (vgl. Europäische Kommission 1996d). Die seit Beginn der 90er Jahre wichtigsten - geplanten oder bereits umgesetzten - Maßnahmen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Heraufsetzung des regulären Rentenalters (in Deutschland, Griechenland, Italien, Großbritannien, Finnland und Portugal)
- Einführung eines flexiblen Rentenzugangsalters (in Italien, Spanien und Schweden<sup>17</sup>)
- Einführung oder Modifikation von Teilrentenmodellen (in Österreich, Belgien, Deutschland und Dänemark)
- Erhöhung der Beitragszeiten für eine volle Rente (in Portugal und Frankreich)
- Einschränkungen beim Rentenbetrag (in Dänemark, Finnland und den Niederlanden)
- Einschränkungen bei Frühverrentungsmöglichkeiten (in Deutschland, Frankreich, Österreich und den Niederlanden)

(vgl. Europäische Kommission 1996c; 1996d; vgl. Reday-Mulvey 1997)

In Portugal und Griechenland, deren Rentensysteme sich noch im Aufbau befinden gab es aber auch gleichzeitig Maßnahmen, mit denen das Ausmaß der sozialen Sicherheit erweitert wurde. (Europäische Kommission 1996d, S. 39).

---

<sup>17</sup> In Schweden soll die Höhe der Rente zum Teil von der durchschnittlichen Lebenserwartung zum Auszahlungszeitpunkt abhängen. Das heißt, bei steigender durchschnittlicher Lebenserwartung dürfte eine ungünstigere Rentenberechnungsformel dazu führen, daß die Versicherungsnehmer länger erwerbstätig bleiben, damit ihre Altersrente der Höhe entspricht, mit der sie gerechnet hatten (Europäische Kommission 1996c, S.12).

Ein Großteil der Reformanstrengungen zielt auf eine Ausweitung der Lebensarbeitszeit. Die Europäische Kommission bewertet die Möglichkeiten für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch eine Heraufsetzung des Rentenalters eher skeptisch. Es wird angenommen, daß selbst finanzielle Anreize, die die Inanspruchnahme der staatlichen Renten hinauszögern sollen, kaum Wirkung zeigen werden angesichts der vielen Menschen, die schon bisher vorzeitig in Rente gewechselt sind. Finanziert wurde der vorzeitige Eintritt in den Ruhestand mit privaten Ersparnissen, persönlichen Rentenplänen und Betriebsrenten. Daher wird wahrscheinlich durch eine Anhebung des regulären Rentenalters ein weiterer Teil des Ruhestandes privatisiert, d.h. die Kosten werden sich vom Staat auf den einzelnen verlagern (Europäische Kommission 1996c, S. 12; 1996d, S. 14).

Zudem wenden Kritiker ein, daß insbesondere die Heraufsetzung des regulären Rentenalters nur dann zu einem späteren Renteneintritt führen wird, sofern ausreichend Arbeitsplätze für die Älteren zur Verfügung stehen (Naegele 1992, S. 357f.). Es ist jedoch derzeit nicht absehbar, ob in der Zukunft eine größere Arbeitskräftenachfrage infolge des demographischen Wandels besteht, oder ob infolge von Rationalisierungen weiter Arbeitsplätze abgebaut werden (Kohli 1996, S. 373).

Außerdem haben Untersuchungen gezeigt, daß vor allem Unternehmen die Hauptakteure hinsichtlich des frühen Ausscheidens aus dem Erwerbsleben sind (vgl. Kohli, Rein u.a. 1991; Naschold, de Vroom 1994). Dieser Trend kann umgekehrt werden, wenn Unternehmen ein ökonomisches Interesse an der Weiterbeschäftigung älterer MitarbeiterInnen haben. Spezielle Weiterbildungsmaßnahmen (wie z.B. in Frankreich) und Gesundheitsprogramme für Ältere (wie z.B. in Finnland und Schweden) können dazu beitragen, die Arbeitsleistung aufrechtzuerhalten und zu verbessern (International Labour Office 1995, S. 43ff; Whitting, Moore, Tilson 1995, S. 151f.; zur Bedeutung des lebenslangen Lernens vgl. Tuijnman, Schömann 1996). In Österreich sind Unternehmen seit 1994 verpflichtet, beabsichtigte Kündigungen von mehr als fünf älteren Arbeitnehmern anzuzeigen. Das Bundesarbeitsamt bemüht sich dann, die Kündigungen abzuwenden, z.B. durch die Gewährung von betrieblichen Schulungen oder Kurzarbeit (vgl. Europäische Kommission 1996b).<sup>18</sup>

Auch die in einigen EU-Mitgliedsländern bereits praktizierten Teilrentenmodelle können arbeitsbedingte Belastungen reduzieren, ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben verhindern und zu einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit beitragen. Verschiedene Studien haben jedoch gezeigt, daß nur in Schweden dieses Modell bisher erfolgreich praktiziert wurde (vgl.

---

<sup>18</sup> Mit dem Arbeitsmarktpolitikgesetz 1996 und dem Strukturanpassungsgesetz ist in Österreich außerdem ein Bonus-Malus-System eingeführt worden, das für die Unternehmen Kostenvorteile bei der Neueinstellung sowie Nachteile bei der Kündigung von Personen über 50 Jahren bringt (inforMISEP 1996, Nr. 55).

Delsen; Reday-Mulvey 1996; Delsen 1996; OECD 1995b). Hier waren die finanziellen Anreize für die älteren Arbeitnehmer hinreichend hoch, und es standen genügend Teilzeitarbeitsplätze für die Älteren zur Verfügung. Auch die kooperativen Beziehungen zwischen Staat, Unternehmen und Gewerkschaften sowie deren positive Einstellungen zu Teilzeitarbeit allgemein trugen zu diesem Erfolg maßgeblich bei.

Die wichtigste Strategie zur Entlastung der öffentlichen Rentensysteme bleibt jedoch die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Denn nur eine hohe Beschäftigungsbeteiligung der Menschen im erwerbsfähigen Alter kann den notwendigen Einkommenstransfer auch in Zukunft sichern.

## **8. Übergänge in Selbständigkeit**

### **Einleitung**

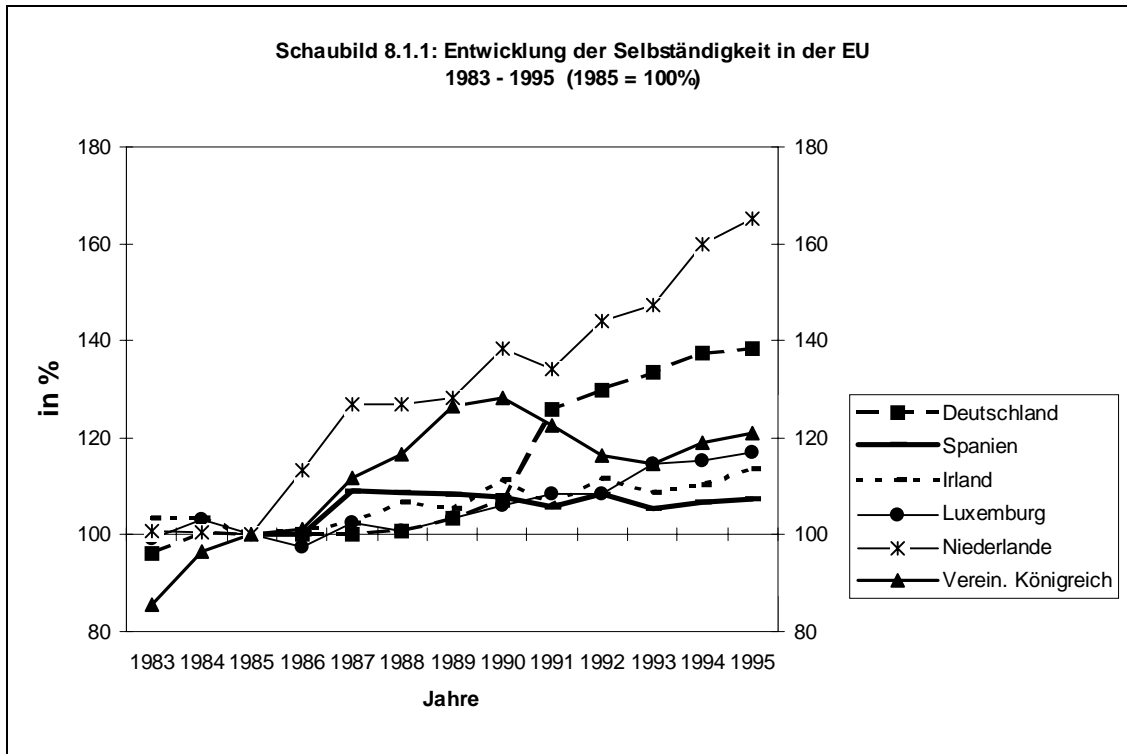
Vor dem Hintergrund anhaltender Massenarbeitslosigkeit wird in der beschäftigungspolitischen Debatte die selbständige Erwerbsarbeit als Hoffnungsträger für zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten angesehen. So plädiert die Europäische Kommission in ihrem Weißbuch für eine stärkere Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, da diese mehr als zwei Drittel der Arbeitsplätze stellen und als wichtige potentielle Quelle zusätzlicher Arbeitsplätze gelten (Europäische Kommission 1993, S. 92ff., S. 160f.). In den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union wird zudem die selbständige Erwerbstätigkeit als unmittelbare Beschäftigungsmöglichkeit für Arbeitslose gefördert (Europäische Kommission 1995, S. 18). Mit der Förderung zur Selbständigkeit ehemals Arbeitsloser können auch Multiplikationseffekte erzielt werden, wenn die Geförderten weitere MitarbeiterInnen einstellen und so den Arbeitsmarkt zusätzlich entlasten. Weitere positive Effekte der Selbständigkeit sieht die OECD (1992, S. 182) in der Mobilisation der Angebotsseite des Arbeitsmarktes. Nach einem Arbeitsplatzverlust können die Menschen durch den Übergang in Selbständigkeit den Kontakt zum Arbeitsmarkt halten, und es lassen sich so eventuell auch vorzeitige Renteneintritte vermeiden. Zudem kann Selbständigkeit eine Brücke zurück in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis sein und damit ein Übergangsarbeitsmarkt sein.

### **Die Entwicklung der Selbständigkeit in der EU**

Die selbständige Erwerbstätigkeit hat sich in den vergangenen Jahren in den EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich entwickelt. In Schaubild 8.1.1 und 8.1.2 ist die prozentuale Veränderung bei der Zahl der Selbständigen von 1985 bis 1995 dargestellt.

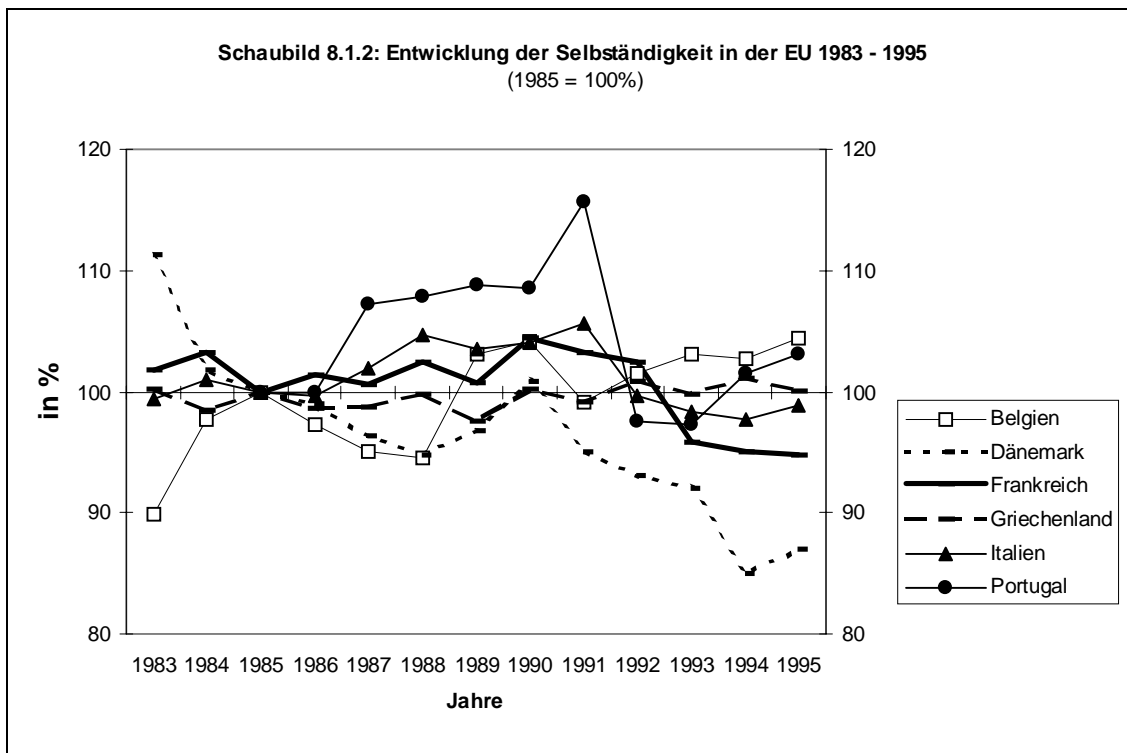
In den Ländern in Schaubild 8.1.1 hat die Zahl der Selbständigen seit 1985 (bzw. 1986) zugenommen. Dabei weisen die Niederlande die höchste Zuwachsrate (gut 65 Prozent) auf, gefolgt von Deutschland (gut 38 Prozent). Während in den meisten hier dargestellten Ländern die Zahl der Selbständigen in dem betrachteten Zeitraum relativ stetig zugenommen hat, ist im Vereinigten Königreich die Zahl nach 1991 stark zurückgegangen. Seit 1994 steigt sie wieder leicht. In den Ländern in Schaubild 8.1.2 ist hingegen keine kontinuierliche Zunahme bei der Zahl der Selbständigen erfolgt. Lediglich in Belgien und Portugal ist die Zahl der Selbständigen 1995 geringfügig höher als 1985 bzw. 1986. Den stärksten Rückgang weisen Dänemark und Frankreich mit minus 13 Prozent bzw. minus 5 Prozent auf.

Schaubild 8.1.1: Entwicklung der Selbständigkeit in der EU  
1983 - 1995 (1985 = 100%)



Quelle: Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen; © WZB 1997

Schaubild 8.1.2: Entwicklung der Selbständigkeit in der EU 1983 - 1995  
(1985 = 100%)



Quelle: Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen; © WZB 1997

## Wie lassen sich diese unterschiedlichen Entwicklungen in den EU-Ländern erklären ?

Das Zusammenspiel verschiedener Faktoren, vermittelt durch gesetzliche und institutionelle Regulierungen<sup>19</sup>, kann die Selbständigenentwicklung beeinflussen (Meager 1992, S. 91f.; 1996; OECD 1992, S.171ff.; Europäische Kommission 1995, S. 166ff.; Acs u.a. 1992, S. 19ff.):

- Konjunkturzyklus: Rezessions- und Wachstumsphasen können zu einer Zunahme oder Abnahme bei der Zahl der Selbständigen beitragen. So sind z.B. in Rezessionsphasen beide Entwicklungen denkbar: Infolge von Arbeitslosigkeit und mangelnden Beschäftigungsalternativen wechseln mehr Menschen in Selbständigkeit. Andererseits sind Kleinstunternehmen von Rezessionsphasen in der Regel härter betroffen aufgrund von mangelnden finanziellen Reserven, mit der Folge vermehrter Unternehmensschließungen.
- Strukturwandel: In vielen Mitgliedstaaten hat der Anstieg der Beschäftigung im Dienstleistungssektor den Arbeitsplatzverlust im Landwirtschaftssektor in den 80er Jahren überwogen und somit zu einer Zunahme der selbständigen Erwerbstätigkeit beigetragen. Diese beiden Sektoren weisen hohe Selbständigenraten auf.
- Veränderte Arbeitgeberpolitik: die Zunahme des Franchising und die verstärkte firmenexterne Auftragsvergabe bei Dienstleistungen dürften zu einer Zunahme der selbständige Erwerbsarbeit geführt haben.
- Arbeitsmarktpolitik: In den meisten Mitgliedstaaten werden Arbeitslose gefördert , die sich selbständig machen wollen (vgl. weiter unten).

Aber auch die technologische Entwicklung, die Kleinstunternehmen mit geringer Kapitalausstattung ermöglicht, und veränderte, stärker diversifizierte Konsumbedürfnisse könnten die Selbständigenentwicklung forciert haben. Zwei weitere Faktoren werden dagegen als weniger bedeutsam für die Entwicklung der selbständigen Erwerbstätigkeit angesehen (Meager 1996, S. 491): Veränderungen der demographischen Strukturen: Der Anteil der Selbständigen ist in den verschiedenen Segmenten der Erwerbspersonen unterschiedlich hoch. Während die Selbständigenrate durch die Alterung der Bevölkerung eher erhöht wird, wird sie durch die zunehmende Frauenerwerbstätigkeit eher gesenkt: 1994 waren von den weiblichen Beschäftigten insgesamt nur 9,5 Prozent selbständig, während es bei den Männern 19 Prozent waren (Europäische Kommission 1995, S. 52). Wertewandel: Die Politik der Thatcher-Regierung zielte nach 1979 im Vereinigten Königreich auf die Schaffung einer

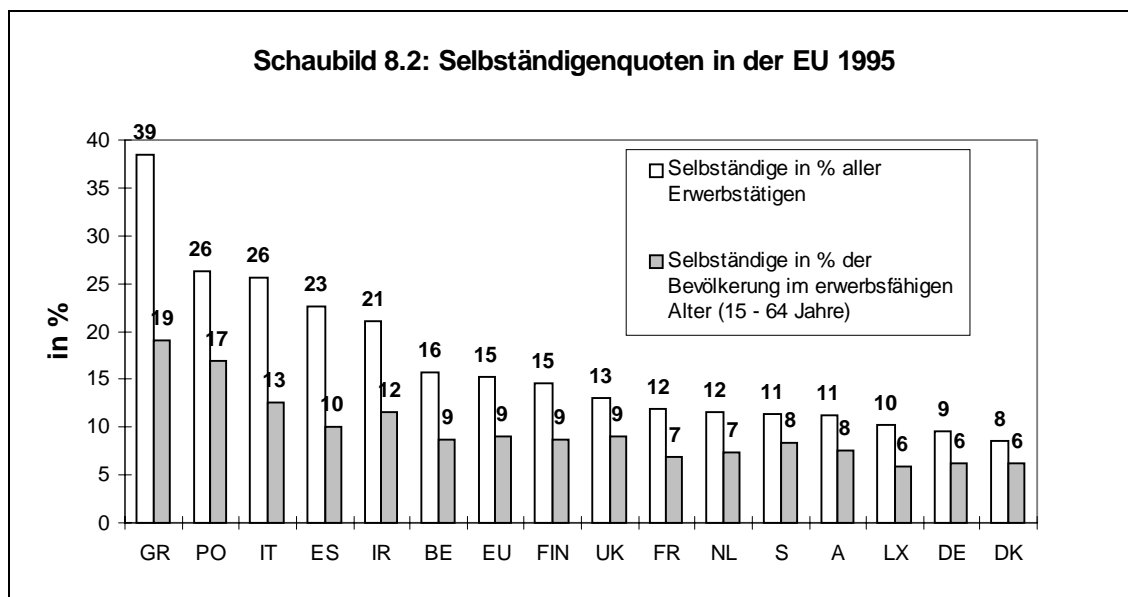
---

<sup>19</sup> Hier wären z.B. steuer- und sozialversicherungsrechtliche Regelungen für Selbständige zu nennen (vgl. OECD 1992, S. 178), aber auch die Zugangsmöglichkeiten zu bestimmten Berufen (vgl. z.B. zur Handwerksordnung in der Bundesrepublik Deutschland Meager 1993b).

“Unternehmerkultur”, die eine positive Einstellung zur Selbständigkeit fördern sollte.

## Selbständigenraten in der EU 1995

Die Bedeutung, die selbständige Erwerbstätigkeit als eine Beschäftigungsform in den einzelnen Mitgliedstaaten hat, lässt sich in Form von Selbständigenraten vergleichen. In Schaubild 8.2 sind zwei verschiedene Selbständigenraten<sup>20</sup> der Mitgliedstaaten für 1995 dargestellt.



**Quelle:** Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen; © WZB 1997

Die übliche Definition (vgl. Europäische Kommission 1995, S. 52; vgl. OECD 1992, S. 158.; vgl. Meager 1993b, S. 13; vgl. Bögenhold, Staber 1990, S. 271) bezieht die Zahl der Selbständigen auf die Gesamtbeschäftigung, d.h. diese Selbständigenrate gibt den Anteil der Selbständigen an allen Beschäftigten an. Mit ihr lässt sich die Neigung von Erwerbstätigen, sich selbständig zu machen, in den Mitgliedstaaten vergleichen. 1995 liegt die Selbständigenrate EU-weit bei gut 15 Prozent (vgl. Schaubild 8.2: linke Säule je Land). Der Unterschied zwischen den Mitgliedstaaten ist jedoch beträchtlich. Hohe Selbständigenraten weisen vor allem die südlichen Mitgliedstaaten und Irland auf, wobei Griechenland mit einem Anteil von 38,5 Prozent an der Spitze steht. In Dänemark und Deutschland liegt hingegen der Anteil der Selbständigen an der Gesamtzahl der Beschäftigten unter 10 Prozent. Die hohen Selbständigenquoten in Irland und den südlichen Mitgliedstaaten sind zum Teil auf den Umfang der Beschäftigung in der Landwirtschaft zurückzuführen. Aber auch ohne die Beschäftigten in der Landwirtschaft waren z.B. 1994 in Spanien,

<sup>20</sup> Eine andere übliche Selbständigenrate bezieht lediglich die Selbständigen, die außerhalb der Landwirtschaft tätig sind, mit ein (vgl. OECD 1992, S. 185; Europäische Kommission 1995, S. 18).

Italien und Portugal etwa 20 Prozent selbständig erwerbstätig und in Griechenland fast 30 Prozent (Europäische Kommission 1995, S. 52f.). Dazu dürfte der vergleichsweise hohe Anteil an Kleinst-Gewerbeunternehmen beigetragen haben (Wiethölter; Bogai 1997, S. 228).

Ein Problem dieser Definition der Selbständigenrate ist jedoch, daß aufgrund der unterschiedlichen Ausgangsbasis im Nenner (Gesamtbeschäftigung) nur eine eingeschränkte Vergleichbarkeit gegeben ist. So würde z.B. bei einer Gegenüberstellung von zwei Ländern mit vergleichbaren Zahlen an Selbständigen und Personen im erwerbsfähigen Alter das Land mit der niedrigeren Zahl an Beschäftigten und der höheren Zahl an Arbeitslosen die höhere Selbständigenrate aufweisen.<sup>21</sup> Eine Alternativdefinition, die eine mögliche Verzerrung durch die unterschiedlich hohe Beschäftigungs- und Erwerbsbeteiligung in den Mitgliedstaaten ausschließt und daher für Ländervergleiche besser geeignet erscheint, bezieht die Zahl der Selbständigen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) (vgl. Schaubild 8.2, rechte Säule je Mitgliedstaat). Auch nach dieser Definition weisen die drei südlichen Mitgliedstaaten und Irland mit 10 Prozent bis 20 Prozent die höchsten Selbständigenraten auf, während in den übrigen Mitgliedstaaten zwischen knapp 6 Prozent und 9 Prozent der Personen im erwerbsfähigen Alter selbständig sind. Zwar sind die Unterschiede zwischen diesen Mitgliedstaaten aufgrund der größeren Ausgangsbasis gering. Dennoch ist interessant, daß nach dieser Definition Schweden und Dänemark - also Länder mit einer hohen Erwerbsbeteiligung - ihre Position in der Rangfolge der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Höhe der Selbständigenraten "verbessert" haben. Andererseits hat sich hier die Position von Belgien, das eine eher niedrige Erwerbsbeteiligung aufweist, kaum verändert.

Die Selbständigenraten lassen zwar Aussagen über das Niveau selbständiger Erwerbsarbeit zu. Um Erkenntnisse über die Stabilität dieser Beschäftigungsverhältnisse zu gewinnen, sind sie ungeeignet. So kann z.B. die Selbständigenrate in einem Land über Jahre konstant bleiben, weil es weder Zuzug noch Abgänge in und aus Selbständigkeit gibt, sich also die Selbständigen fest etabliert haben. Die Selbständigenrate bleibt aber auch konstant, wenn hohe, vom Umfang her gleich große Ströme in und aus Selbständigkeit erfolgen. Für die folgenden Ausführungen wurden daher auch hier Daten herangezogen, mit

---

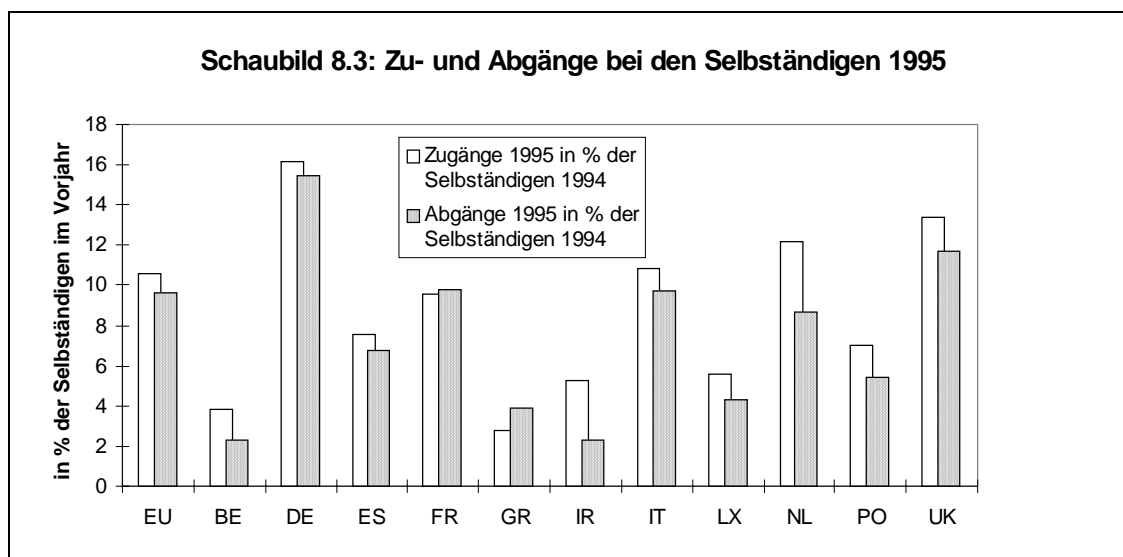
<sup>21</sup> Daher sind auch mit dieser Definition Vergleiche über einen längeren Zeitraum wenig sinnvoll, da diese Selbständigenrate durch Veränderungen der Gesamtbeschäftigung stärker beeinflusst wird als durch Veränderungen bei der Zahl der Selbständigen (vgl. Meager 1992, S. 91; 1993b, S. 13; Acs u.a. 1992, S. 5).

Für Vergleiche über einen längeren Zeitraum beziehen deshalb Acs u.a. (1992) die Zahl der Selbständigen auf die Erwerbspersonen, also die Beschäftigten und Arbeitslosen. Die so definierte Selbständigenrate vermeidet zwar die oben beschriebene Verzerrung, hat jedoch den Nachteil, daß bei Ländervergleichen die unterschiedlich hohen Erwerbsbeteiligungen die Selbständigenraten beeinflussen. So kann eine hohe Erwerbsbeteiligung tendenziell zu niedrigeren Selbständigenraten führen.

denen die Ströme in und aus Selbständigkeit abgebildet werden können.<sup>22</sup> Während Daten über alle Zugänge in Selbständigkeit (aus abhängiger Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Inaktivität) vorhanden sind, liegen keine Daten über die Abgänge aus Selbständigkeit in Arbeitslosigkeit und Inaktivität vor.

## Zu- und Abgänge in und aus Selbständigkeit

In Schaubild 8.3 sind die Zugänge in Selbständigkeit den Abgängen aus Selbständigkeit in der EU für 1995 gegenübergestellt. Während Daten über die Gesamtzugänge in Selbständigkeit vorhanden sind (das heißt über die Anzahl der Selbständigen 1995, die im vorigen Jahr nicht selbständig waren), können die Abgänge aus Selbständigkeit errechnet werden: Sie ergeben sich aus dem Vergleich der Zugänge mit den Veränderungen der Selbständigenzahl zweier aufeinanderfolgender Jahre (vgl. Europäische Kommission 1995, S. 167).



**Anmerkung:** EU = EU 11

**Quelle:** Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen; © WZB 1997

Es zeigt sich, daß 1995 in den meisten EU-Mitgliedstaaten die Zugänge in Selbständigkeit - zum Teil erheblich - höher waren als die Abgänge aus Selbständigkeit, so z.B. in den Niederlanden, in Irland und im Vereinigten Königreich. Lediglich in Griechenland und geringfügig in Frankreich haben die Abgänge die Zugänge überwogen. Damit könnte sich EU-weit eine positive Trendumkehr andeuten. Denn in den vier zurückliegenden Jahren waren im EU-Durchschnitt (ohne Italien) die Abgänge aus Selbständigkeit höher als die Zugänge in Selbständigkeit. Lediglich in Deutschland (ohne die neuen Bundesländer), Luxemburg, den Niederlanden und geringfügig in Griechenland überwogen die Zugänge in diesem Zeitraum die Abgänge (vgl. Europäische Kommission 1995, S. 168). Allerdings sind 1995 die Zugangsraten in Selbstän-

<sup>22</sup> Vgl. auch Kapitel 1 und 2

digkeit in mehreren Mitgliedstaaten im Vergleich zum Zeitraum 1990 - 1994 wesentlich geringer: So wiesen z.B. von 1990 bis 1994 vier Länder (Portugal, das Vereinigte Königreich, Deutschland und die Niederlande) Zugangsraten von etwa 15 Prozent und mehr auf, 1995 zeigt sich nur noch Deutschland eine ähnlich hohe Zugangsrate (ca. 16 Prozent).

Anhand der Analyse der Zu- und Abgänge läßt sich die Entwicklung der Selbständigkeit in den Mitgliedstaaten - wie in Schaubildern 8.1.1 und 8.1.2 dargestellt - genauer beschreiben. So hat z.B. die Zahl der Selbständigen in den Niederlanden und Deutschland seit 1985 stetig zugenommen. In den Niederlanden wurde dies vor allem durch die Abnahme der Abgangsrate verursacht: Betrug im Zeitraum 1987 - 1990 die Differenz zwischen Zu- und Abgangsrate noch etwa 2 Prozentpunkte, wuchs diese Differenz im Zeitraum von 1990 bis 1994 auf etwa 6 Prozentpunkte an. 1995 ist die Abgangsrate in den Niederlanden etwa 4 Prozentpunkte niedriger als die Zugangsrate. Dagegen läßt sich in Deutschland die Zunahme bei der Zahl der Selbständigen auf die Steigerung der Zugänge in Selbständigkeit zurückführen. Die Zugänge in Selbständigkeit waren hier seit 1987 nur etwas höher als die Abgänge. Aber während die Zugänge von 1987 bis 1990 etwa 10 Prozent betragen, stiegen sie im Zeitraum von 1990 bis 1994 auf etwa 20 Prozent an<sup>23</sup> und betragen 1995 etwa 16 Prozent.

Die Beispiele von Irland und Luxemburg zeigen hingegen, daß auch Zugangsraten auf niedrigen Niveau (seit 1987 liegen die Zugangsraten in beiden Ländern unter dem EU-Durchschnitt) zu einer positiven und relativ kontinuierlichen Entwicklung der Selbständigkeit führen, sofern sie höher als die Abgangsraten sind. Im Vereinigten Königreich, das seit 1987 eine über dem europäischen Durchschnitt liegende Zugangsrate aufweist, stieg die Zugangsrate vom Zeitraum 1987-1990 zu 1990-1994 um etwa 2 Prozentpunkte an. Da jedoch auch die Abgangsrate in dieser Zeitspanne um fast 10 Prozentpunkte zunahm, sank in diesem Zeitraum die Zahl der Selbständigen (vgl. Schaubild 8.1.1)

### **Bilanz der Übergänge zwischen abhängiger Beschäftigung und selbständiger Erwerbstätigkeit**

In Tabelle 8.1 sind die Ströme zwischen abhängiger Beschäftigung und selbständiger Erwerbstätigkeit in den EU-Mitgliedstaaten (mit Ausnahme von Dänemark und Schweden) für 1992 und 1995 dargestellt.

---

<sup>23</sup> Die hohe Zugangsrate in Deutschland von 1990 bis 1994 könnte auf die Sondersituation infolge der Vereinigung zurückzuführen sein. Zwar wurden für diese Analyse bis 1994 die Daten der neuen Bundesländer nicht berücksichtigt, um so verzerrende Wirkungen verringern. Es ist aber denkbar, daß von den aus den neuen Bundesländern in die alten Bundesländer übergesiedelten Menschen eine relevante Zahl sich selbständig gemacht hat (Europäische Kommission 1995, S. 169).

Die jeweils ersten vier Spalten beziehen sich auf die Gesamtströme in und aus abhängiger Beschäftigung, das heißt, aller von uns erfassten Übergänge zwischen abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, Selbständigkeit, Inaktivität und Ausbildung. In den Spalten 5 bis 8 sind die Teilströme zwischen abhängiger Beschäftigung und selbständiger Erwerbstätigkeit aufgelistet bzw. die Summe dieser Ströme und ihre Differenz. Die Differenz zwischen dem Zustrom aus Selbständigkeit und dem Abstrom in Selbständigkeit (Spalte 8) läßt sich in zweifacher Weise interpretieren. (1) Da für die Berechnung die abhängige Beschäftigung als Bezugsgröße gewählt wurde, bedeutet ein negativer Wert, daß mehr Personen in Selbständigkeit wechselten als davon abgingen. Dies kann als Indikator für die Stabilität der selbständigen Beschäftigungsverhältnisse interpretiert werden. (2) Ein positiver Wert - mehr Personen wechseln aus Selbständigkeit in abhängige Beschäftigung als umgekehrt - kann eine beschäftigungspolitisch wünschenswerte Entwicklung bedeuten. Es ist denkbar, daß die Phase in der Selbständigkeit die Beschäftigungsfähigkeit vieler Personen gefördert hat. Sie können leichter in ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis wechseln. Insbesondere vorübergehende Phasen der Selbständigkeit bilden damit einen Übergangsarbeitsmarkt mit guten beschäftigungspolitischen Erfolgsaussichten (Schmid 1993).

Sowohl 1992 als auch 1995 waren in den meisten EU-Mitgliedstaaten die Abgänge aus abhängiger Beschäftigung in Selbständigkeit höher als die Zugänge aus Selbständigkeit in abhängige Beschäftigung. 1992 wechselten nur in Italien mehr Menschen aus Selbständigkeit in abhängige Beschäftigung als umgekehrt, während in Irland und den Niederlanden beide Ströme in diesem Jahr in etwa gleich groß waren. Drei Jahre später sind dagegen in Finnland und Irland die Ströme aus Selbständigkeit in abhängige Beschäftigung größer als in die entgegengesetzte Richtung. Während in den meisten Ländern von 1992 zu 1995 die Ströme aus Selbständigkeit in abhängige Beschäftigung leicht gesunken sind, sind sie in Luxemburg, im Vereinigten Königreich und vor allem in Irland gestiegen.

Anhand der Schaubilder 8.4.1 und 8.4.2 wird deutlich, wie sich die Ströme zwischen abhängiger Beschäftigung und Selbständigkeit von 1992 bis 1995 in den EU-Mitgliedstaaten entwickelt haben. Zwar ist Irland über den genannten Zeitraum das einzige Land in der EU, das eine positive Differenz der beiden Teilströme aufweist, daß also dort mehr Menschen aus Selbständigkeit in abhängige Beschäftigung wechseln als umgekehrt. Seit 1993 nimmt jedoch die Differenz kontinuierlich ab. Hält dieser Trend an, könnten 1996 oder 1997 in Irland die Ströme aus abhängiger Beschäftigung in Selbständigkeit überwiegen. In Portugal, Deutschland, Italien und den Niederlanden hat die negative Differenz fast kontinuierlich zugenommen. Während dies in Deutschland durch die Zunahme des Abstroms in Selbständigkeit (vgl. Tabelle 8.1, Spalte 6) bedingt wurde, sind in Portugal, den Niederlanden und Italien die Zuströme in abhängige Beschäftigung gesunken (vgl. ebd, Spalte 5). Dagegen zeigen sich

in Spanien, Griechenland, Belgien und Frankreich über diese Zeitspanne kaum Veränderungen.

Die Summe der Zu- und Abströme in und aus Selbständigkeit (Tabelle 8.1, Spalte 7) kann als Indikator für die Mobilität im Bereich der selbständigen Erwerbsarbeit interpretiert werden. Interessant ist die in einigen Ländern sich zeigende Diskrepanz zwischen der Gesamtmobilität (Spalte 3) und der Mobilität im Bereich der selbständigen Erwerbsarbeit (Spalte 7). So hat z.B. Finnland 1995 im europäischen Vergleich die zweithöchste Gesamtmobilität, bei der selbständigen Erwerbstätigkeit weist es jedoch die niedrigste Mobilität auf. In Österreich und Deutschland ist die entgegengesetzte Entwicklung erkennbar. Dagegen korrelieren Gesamtmobilität und Mobilität im Bereich der Selbständigkeit in Italien und Spanien generell auf einem hohen Niveau, in Luxemburg und Belgien hingegen auf einem eher niedrigen Niveau.

In Spalte 9 (Tabelle 8.1) ist der Anteil der Zugänge aus Selbständigkeit an allen Zugängen in abhängige Beschäftigung aufgeführt. Es zeigt sich, daß der Zugang aus Selbständigkeit generell in allen EU-Ländern eher eine geringe Bedeutung hat. So war 1995 in den drei Ländern mit den höchsten Anteilen (Österreich, Italien, Portugal) lediglich etwa jeder zehnte, der in abhängige Beschäftigung wechselte, ein Jahr zuvor selbständig. Von 1992 zu 1995 ist zudem der Anteil der Zugänge aus Selbständigkeit in den meisten EU-Ländern gesunken.

**Tabelle 8.1:** Bilanz der Übergänge in und aus Beschäftigung (in Prozent)

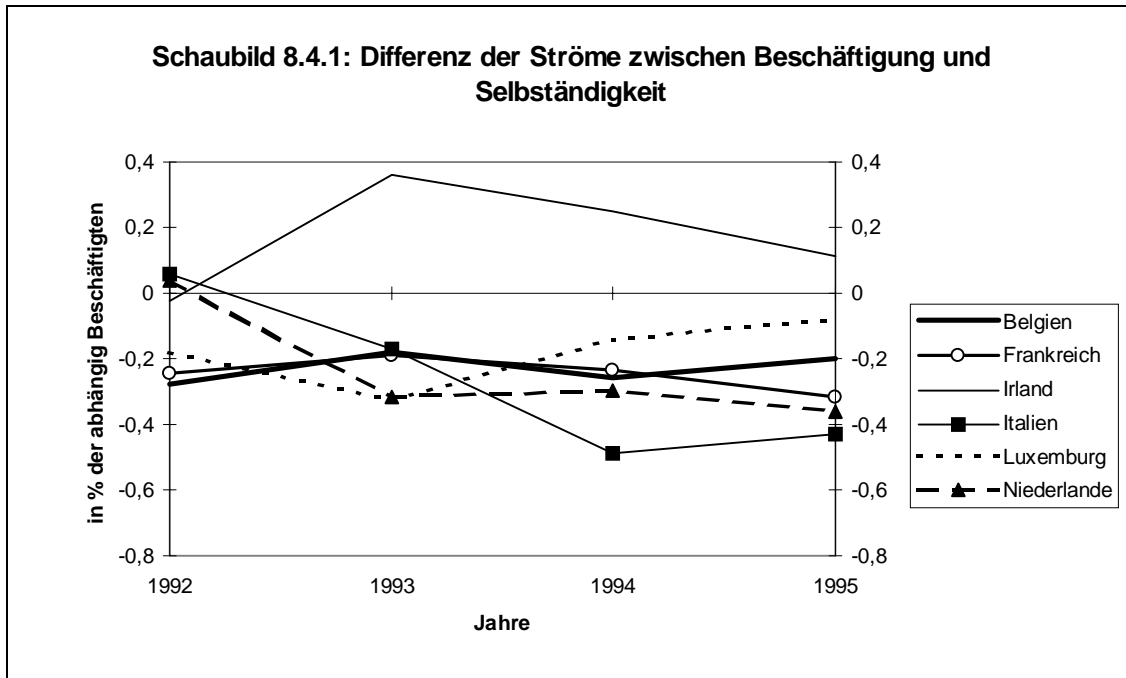
	Gesamtströme in und aus Beschäftigung(a)				Ströme zwischen abhängiger Beschäftigung und Selbständigkeit (b)					
	Zustrom in abhängige Beschäftigung	Abstrom aus abhängiger Beschäftigung	Summe (1+2)	Differenz (1-2)	Zustrom in abhängige Beschäftigung	Abstrom aus abhängiger Beschäftigung	Summe (5+6)	Differenz (5-6)	Anteil Zustrom (b) an Zustrom (a) (Spalte5/ Spalte1 x100)	Anteil Abstrom (b) an Abstrom (a) (Spalte6/ Spalte2 x100)
<b>1992</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>10</b>
<b>BE</b>	5,3	5,9	11,2	-0,6	0,2	0,5	0,7	-0,3	4,3	8,5
<b>DE</b>	7,2	9,5	16,7	-2,3	0,6	1,0	1,6	-0,4	8,3	10,0
<b>ES</b>	15,7	14,2	29,9	1,5	0,6	1,0	1,5	-0,4	3,6	6,7
<b>FR</b>	9,9	10,1	20,0	-0,2	0,6	0,8	1,4	-0,2	5,6	8,0
<b>GR</b>	8,3	10,0	18,3	-1,7	0,8	1,2	2,0	-0,5	9,5	12,3
<b>IR</b>	10,3	9,9	20,2	0,4	0,5	0,5	1,0	0,0	5,0	5,4
<b>IT</b>	12,3	10,5	22,7	1,8	1,7	1,7	3,4	0,1	14,0	15,8
<b>LX</b>	5,3	4,7	10,0	0,6	0,3	0,5	0,8	-0,2	5,9	10,4
<b>NL</b>	10,2	8,1	18,4	2,1	0,5	0,4	0,9	0,0	4,6	5,4
<b>PO</b>	8,1	7,6	15,7	0,5	1,0	1,4	2,4	-0,3	12,9	17,8
<b>UK</b>	9,8	11,5	21,3	-1,7	0,5	1,1	1,6	-0,6	5,0	9,9

Fortsetzung nächste Seite

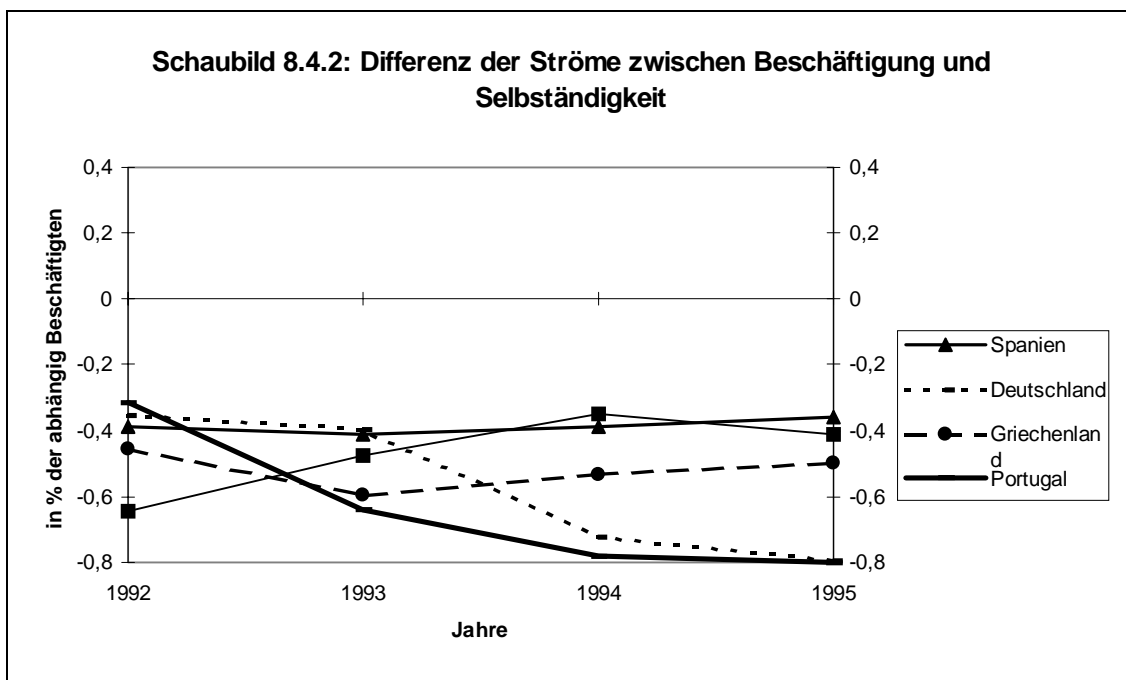
**Tabelle 8.1 Fortsetzung:** Bilanz der Übergänge in und aus Beschäftigung (in Prozent)

	Gesamtströme in und aus Beschäftigung(a)				Ströme zwischen abhängiger Beschäftigung und Selbständigkeit (b)					
	Zustrom in abhängige Beschäftigung	Abstrom aus abhängiger Beschäftigung	Summe (1+2)	Differenz (1-2)	Zustrom in abhängige Beschäftigung	Abstrom aus abhängiger Beschäftigung	Summe (5+6)	Differenz (5-6)	Anteil Zustrom (b) an Zustrom (a) (Spalte5 / Spalte1 x100)	Anteil Abstrom (b) an Abstrom (a) (Spalte6/ Spalte2 x100)
<b>1995</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>10</b>
<b>A</b>	11,0	6,8	17,8	4,1	1,2	1,4	2,6	-0,2	11,0	20,0
<b>BE</b>	5,8	6,8	12,6	-1,0	0,2	0,4	0,6	-0,2	3,7	6,2
<b>DE</b>	8,5	7,8	16,3	0,7	0,6	1,4	2,0	-0,8	6,9	17,6
<b>ES</b>	17,0	12,2	29,3	4,8	0,5	0,9	1,4	-0,4	3,0	7,0
<b>FIN</b>	14,7	12,2	26,9	2,6	0,3	0,0	0,3	0,2	1,7	0,4
<b>FR</b>	11,0	9,2	20,1	1,8	0,4	0,7	1,0	-0,3	3,2	7,4
<b>GR</b>	8,3	10,3	18,6	-2,0	0,6	1,1	1,6	-0,5	6,7	10,2
<b>IR</b>	13,0	7,5	20,5	5,6	0,8	0,7	1,5	0,1	6,3	9,4
<b>IT</b>	13,0	10,6	23,6	2,4	1,4	1,8	3,1	-0,4	10,4	16,8
<b>LX</b>	5,7	5,1	10,9	0,6	0,4	0,4	0,8	-0,1	6,4	8,7
<b>NL</b>	9,5	9,2	18,6	0,3	0,3	0,6	0,9	-0,4	2,7	6,7
<b>PO</b>	8,3	8,7	17,0	-0,4	0,9	1,7	2,7	-0,8	11,5	20,1
<b>UK</b>	10,9	8,8	19,7	2,2	0,6	1,1	1,7	-0,4	5,8	12,0

Quellen: Eurostat, eigene Berechnungen



Quelle: Europäische Arbeitskräfteerhebung, eigene Berechnungen; © WZB 1997



Quelle: Europäische Arbeitskräfteerhebung, eigene Berechnungen; © WZB 1997

Dennoch dürfte 1995 der Zustrom aus Selbständigkeit in abhängige Beschäftigung im Vereinigten Königreich, vor allem aber in Österreich mit zu der positiven Gesamtbeschäftigungsbilanz (Tabelle 8.1, Spalte 4) beigetragen haben. Obgleich 1995 Griechenland einen durchschnittlich hohen Anteil und Portugal sogar EU-weit den höchsten Anteil der Zugänge aus Selbständigkeit

in abhängige Beschäftigung aufweisen, blieb die Gesamtbeschäftigungsbilanz in diesen Ländern negativ.

Beschäftigungspolitisch lassen sich diese Entwicklungen nur mit Vorsicht interpretieren. Denn eine Zunahme der Ströme aus abhängiger Beschäftigung in Selbständigkeit kann auch mit Verdrängungseffekten verbunden sein.<sup>24</sup> Infolge veränderter Arbeitgeberstrategien (Stichwort: "Subcontracting", "Franchising") dürfte ein Teil der Selbständigen, die vorher abhängig beschäftigt waren, dieselbe Tätigkeit wie bisher ausüben (vgl. auch Europäische Kommission 1995, S. 168). In diesem Zusammenhang sind auch die Scheinselbständigen zu nennen, die wesentliche Merkmale abhängiger Erwerbstätigkeit aufweisen - überwiegende Tätigkeit für nur einen Auftraggeber - die jedoch keine Beiträge zu den sozialen Sicherungssystemen leisten. (Wiethölter; Bogai 1997, S. 228). Aus den vorhandenen Daten von Eurostat läßt sich nicht schließen, welche Bedeutung Scheinselbständigkeit in den EU-Mitgliedsstaaten hat.<sup>25</sup> Auch fehlen bisher Untersuchungen über die Dynamik der Scheinselbständigkeit. Wir vermuten, daß Scheinselbständigkeit jetzt auch in Branchen auftaucht, in denen sie früher unbekannt war, oder die Branchen selbst noch nicht existierten (Hanke 1996).

### **Erwerbsstatus nach Selbständigkeit**

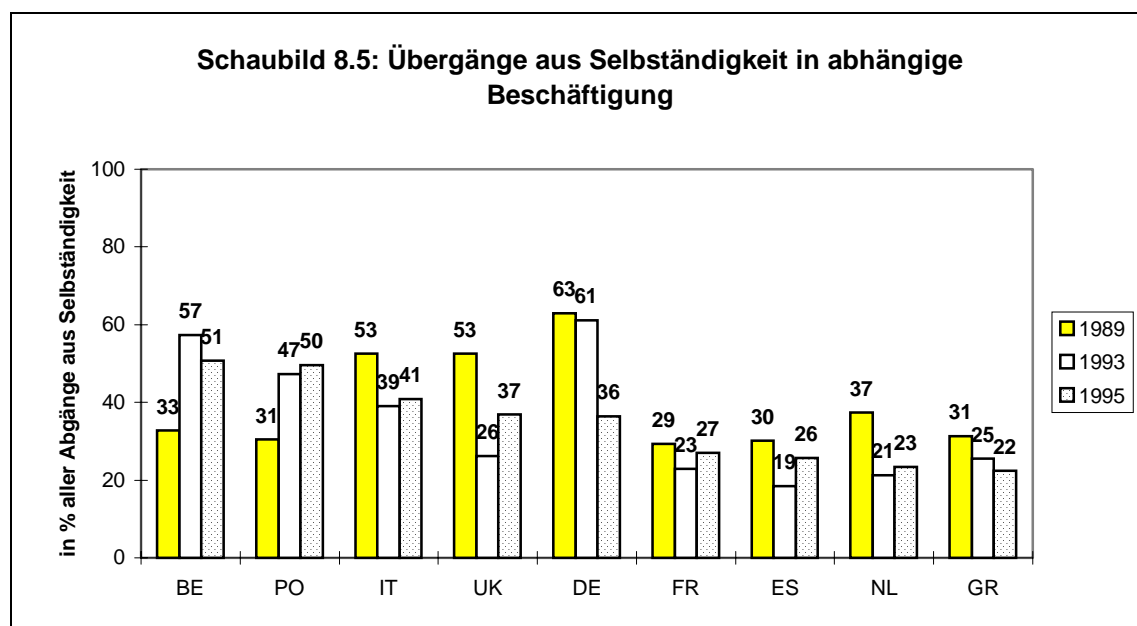
Der Anteil der Übergänge aus Selbständigkeit in abhängige Beschäftigung an allen Übergängen aus Selbständigkeit von neun EU-Mitgliedstaaten ist in Schaubild 8.5 dargestellt. Zwar konnte 1995 noch in fünf der neun EU-Mitgliedstaaten mehr als jeder dritte nach Beendigung einer selbständigen Erwerbstätigkeit direkt in ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis wechseln, so in Belgien, Portugal, Italien, im Vereinigten Königreich und Deutschland. Jedoch ist in den meisten hier betrachteten Ländern - mit Ausnahme von Belgien und Portugal - der Anteil der Übergänge in abhängige Beschäftigung von 1989 zu 1995 gesunken. Dabei weisen die meisten dieser Länder das gleiche zeitliche Veränderungsmuster auf: von 1989 zu 1993 sinkt der Anteil der Übergänge in abhängige Beschäftigung; von 1993 zu 1995 steigt er wieder an, ohne jedoch das Niveau von 1989 zu erreichen. In Griechenland und besonders ausgeprägt in Deutschland ist hingegen eine kontinuierliche Abnahme zu verzeichnen. Es fällt auf, daß gerade in Deutschland, den Niederlanden und im Vereinigten Königreich die Anteile der Übergänge in abhängige Beschäftigung von 1989

---

<sup>24</sup> So führt die OECD (1992, S. 182) an, daß die Zunahme der Selbständigkeit in den 80er Jahren in den OECD-Ländern nicht durchgehend mit der Schaffung zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten verbunden war. Einige Formen der selbständiger Erwerbstätigkeit führten zu einer Verdrängung abhängiger Beschäftigung.

<sup>25</sup> Nach einer neueren Untersuchung sind in Deutschland 0,5 bis 1,2 Prozent der Erwerbstätigen scheinselbständig. Dies sind 180 bis 430 Tausend Personen von rund 35 Millionen Erwerbstätigen (Kepper 1997, S. 4) Demnach wären 1994 von den 3,3 Millionen Selbständigen in Deutschland etwa 5,4 Prozent bis 12,9 Prozent den Scheinselbständigen zuzurechnen.

bis 1995 am stärksten zurückgegangen sind; also in den Ländern, die die höchsten Zuwachsraten bei der Zahl der Selbständigen bis 1995 haben (vgl. Schaubilder 8.1.1 und 8.1.2).



**Anmerkung:** Daten 1989 (von OECD 1992, S. 167) 1989= Italien (1983) , NL (1985)

**Quellen:** 1989 = OECD 1992; 1992, 1995 = Eurostat

Dagegen hat sich das Übergangsgeschehen aus Selbständigkeit in Portugal positiv entwickelt: 1995 wechselte fast jeder zweite, der eine selbständige Erwerbstätigkeit aufgab, in ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis. Der konstant eher geringe Anteil der Übergänge in abhängige Beschäftigung in Frankreich, Spanien und Griechenland dürfte vor allem auf die hohen - vermutlich altersbedingten - Übergänge in Inaktivität zurückzuführen sein. So wechselten 1989 in diesen Ländern inklusive der mithelfenden Familienangehörigen zwischen gut 55 Prozent und fast 60 Prozent der Personen aus Selbständigkeit in Inaktivität (OECD 1992, S. 167). Nur in Portugal wurde 1989 eine ähnlich hohe Übergangsrate in Inaktivität (62,2 Prozent) erreicht. Auch hieran wird deutlich, daß in Portugal im Bereich der selbständigen Erwerbstätigkeit sich wesentliche Veränderungen seit 1989 ergeben haben.

### Erwerbsstatus vor dem Übergang in Selbständigkeit

Das Zugangsgeschehen in Selbständigkeit kann aus beschäftigungspolitischer Sicht unterschiedlich eingeschätzt werden. Untersuchungen haben z.B. gezeigt, daß die Überlebenschancen neugegründeter Unternehmen bei Personen, die aus abhängiger Beschäftigung in Selbständigkeit wechseln, höher sind als bei Personen, die ein Jahr zuvor nicht gearbeitet haben (vgl. OECD 1992, S. 170). Andererseits ist mit einem Wechsel aus abhängiger Beschäfti-

gung in Selbständigkeit - wie oben bereits angeführt - nicht zwangsläufig eine Zunahme des allgemeinen Beschäftigungsvolumens verbunden. Dagegen führen Übergänge aus Arbeitslosigkeit zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit, und Übergänge aus Inaktivität in Selbständigkeit erhöhen die Erwerbsbeteiligung.

In den meisten EU-Mitgliedstaaten ist die abhängige Beschäftigung die größte Quelle für die Ströme in Selbständigkeit. 1992 und 1995 waren im EU-Durchschnitt fast 60 Prozent, in Luxemburg, Portugal, Österreich und Deutschland sogar mehr als zwei Drittel der Personen, die eine selbständige Erwerbstätigkeit aufnahmen, ein Jahr zuvor abhängig beschäftigt. Während in den meisten EU-Mitgliedstaaten der Anteil der Übergänge aus abhängiger Beschäftigung von 1989 bis 1995 zugenommen hat, ist er in den Niederlanden, in Portugal und im Vereinigten Königreich in diesem Zeitraum gesunken.

Dagegen sind in allen EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme der Niederlande die Zugänge in Selbständigkeit aus Inaktivität (Schaubild 8.6) von 1989 zu 1995 anteilmäßig zurückgegangen. In den Niederlanden ist nach einem Anstieg von 1989 zu 1992 auf gut 53 Prozent erst von 1992 zu 1995 ein Rückgang auf immer noch gut 46 Prozent zu verzeichnen. In Finnland und Italien kommt 1995 den Zugängen aus Inaktivität mit 33 Prozent bzw. 31 Prozent ebenfalls eine große Bedeutung zu. In den Niederlanden dürfte der hohe Anteil der Zugänge aus Inaktivität in Selbständigkeit durch das (arbeitsmarktpolitische) Starthilfeprogramm für Selbständige mit bedingt sein, das neben den Beziehern von Arbeitslosenunterstützung auch Personen offensteht, die andere Sozialleistungen erhalten (Europäische Kommission: Basisinformationsbericht Niederlande 1995). Auch in Italien spielt hier die arbeitsmarktpolitische Existenzgründungsförderung eine wichtige Rolle. Mit arbeitsmarktpolitischen Programmen wird besonders die Unternehmensgründung von Frauen und von jungen Menschen<sup>26</sup> gefördert, von denen ein Großteil zuvor nicht erwerbstätig gewesen sein dürfte<sup>27</sup>. Aber auch die hohe Bedeutung, die die selbständige Tätigkeit generell für Frauen in Italien hat - fast 17 Prozent der erwerbstätigen Frauen übten 1995 eine selbständige Tätigkeit aus, im EU-Durchschnitt waren es lediglich 9,4 Prozent (Eurostat 1995) - könnte mit dazu beigetragen haben.

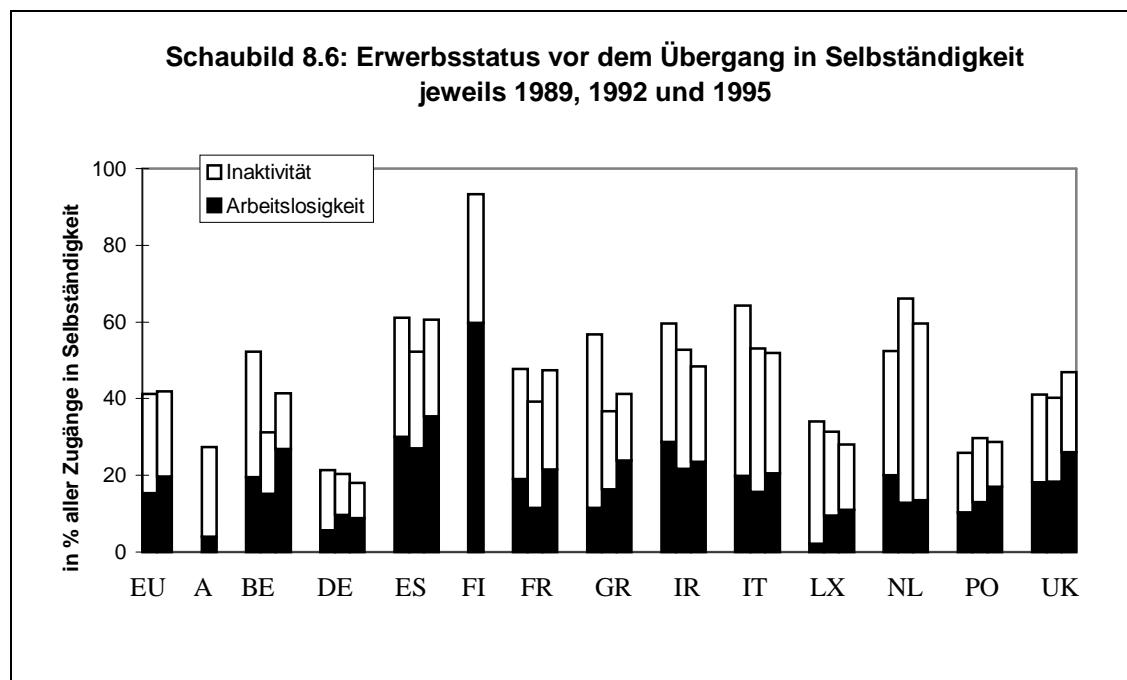
Bei den Zugängen aus Arbeitslosigkeit (Schaubild 8.6) ist die überdurchschnittlich hohe Rate in Finnland besonders auffällig. Fast 60

---

<sup>26</sup> Bis zum Oktober 1993 wurden mit dem Programm für Jugendliche, dessen Rechtsgrundlage aus den 80er Jahren stammt, 867 Projekte (mit 17714 Teilnehmern) gefördert, deren Mitglieder mehrheitlich junge Menschen sind (Europäische Kommission: Basisinformationsbericht Italien 1995).

<sup>27</sup> Da Jugendliche in Italien erst nach zweijähriger Beschäftigungsdauer Ansprüche auf Arbeitslosenunterstützung haben, dürfte hier der überwiegende Teil aus Inaktivität in Selbständigkeit wechseln (vgl. Europäische Kommission: Basisinformationsbericht Italien 1995). Die Inaktivitätsrate der Frauen in Italien war 1995 mit gut 66 Prozent die höchste in der EU (Eurostat 1995)

Prozent der Personen waren hier ein Jahr zuvor arbeitslos, bevor sie 1995 in Selbständigkeit wechselten. Die sehr hohe Arbeitslosenquote<sup>28</sup> in Finnland - auch infolge des Zusammenbruchs der Handelsbeziehungen mit der ehemaligen UDSSR - dürfte das Übergangsgeschehen in Selbständigkeit wesentlich beeinflusst haben. Aber auch die Existenzgründungsförderung für Arbeitslose ist in Finnland entsprechend erweitert worden, die Mittelausstattung wurde alleine von 1992 zu 1994 auf 290 Millionen FIM fast verdoppelt (vgl. Europäische Kommission 1996b).



**Anmerkung:** A und FIN 1995; EU (11) 1992 und EU (13) 1995, IT 1989 = 1983; NL 1989 = 1985. 1989 = Inaktivität enthält auch unbezahlte, mithelfende Familienmitglieder (vgl. OECD 1992, S. 167)

**Quelle:** Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen; © WZB 1997

Mit Ausnahme von Irland und den Niederlanden ist in allen hier dargestellten EU-Mitgliedstaaten der Anteil der Zugänge aus Arbeitslosigkeit von 1989 zu 1995 gestiegen. Während in Griechenland, Luxemburg, Portugal und im Vereinigten Königreich eine relativ kontinuierliche Zunahme zu verzeichnen ist, zeigt sich in den übrigen Ländern, für die Daten über die drei Beobachtungsjahre vorhanden sind, das gleiche zeitliche Veränderungsmuster: in Belgien, Spanien, Frankreich, Irland, Italien und bedingt in den Niederlanden sinkt der Anteil von 1989 zu 1992 und steigt bis 1995 wieder an. Interessant ist dabei, daß in der Mehrzahl dieser Länder von 1989 zu 1992 auch die Arbeitslosigkeit zurückgeht. Nur in Spanien und Frankreich steigt in diesem Zeitraum die Arbeitslosenquote geringfügig (vgl. Tabelle 8.2).

<sup>28</sup> So wies Finnland 1990 eine Arbeitslosenquote von 3,5 Prozent auf, 1995 betrug sie 17 Prozent und war damit die zweithöchste aller OECD-Länder (OECD Economic Surveys: Finland 1996, S. 50; vgl. auch Vuorinen 1995)

**Tabelle 8.2:** Arbeitslosenquoten in 12 EU-Mitgliedstaaten

	BE	DK	DE	GR	ES	FR	IR	IT	LX	NL	PO	UK
<b>1989</b>	8,3	8,1	5,7	7,5	17,3	9,6	16,1	11,1	1,6	8,8	5,2	7,4
<b>1992</b>	6,7	9,0	6,3	7,8	17,7	10,2	15,0	9,4	2,0	5,6	4,0	9,7
<b>1995</b>	9,3	7,0	8,2	9,1	22,7	11,9	12,0	11,8	2,9	7,2	7,1	8,7

**Quellen:** Eurostat 1989, 1992, 1995

Während in Belgien, Irland, Italien und den Niederlanden offenbar auch die sinkende Arbeitslosigkeit zu einem Rückgang der Zugänge aus Arbeitslosigkeit in Selbständigkeit beigetragen hat, ist dies in Spanien wesentlich durch die eingeschränkte Existenzgründungsförderung für Arbeitslose mitbedingt. Denn die Zahl der Leistungsempfänger ging hier im Zeitraum von 1990 bis 1992 um fast 1/5 zurück (Europäische Kommission 1996b). Auch in Frankreich läßt sich zum Teil der Anstieg der Zugänge aus Arbeitslosigkeit von 1992 zu 1995 auf die Existenzgründungsförderung für Arbeitslose zurückführen; in diesem Zeitraum wurde die finanzielle Ausstattung dieses Programmes deutlich ausgeweitet (vgl. Tabelle 3 weiter unten) und dürfte somit eine erhöhte Nachfrage bewirkt haben.

Zwar zeigt sich von 1989 bis 1995 nur in fünf der 12 Ländern eine zeitlich parallele Entwicklung bei den Zugängen aus Arbeitslosigkeit in Selbständigkeit und der Arbeitslosenquote, so in Belgien, Griechenland, Italien, Luxemburg und (nur sehr bedingt) in den Niederlanden (vgl. Tabelle 2). Dennoch dürften die ökonomischen Rahmenbedingungen, insbesondere die zunehmende Arbeitslosigkeit, nicht unwesentlich zu der Entwicklung der Selbständigkeit in der EU beigetragen haben. Vor allem die Tatsache, daß es in den meisten Ländern der EU über den Beobachtungszeitraum zunehmend weniger Personen gelingt, nach Aufgabe einer selbständigen Erwerbstätigkeit eine abhängige Beschäftigung zu finden, scheint dies zu bestätigen. Aber auch der steigende Anteil der Übergänge aus Arbeitslosigkeit in Selbständigkeit bis 1995 in den meisten Ländern dürfte darauf zurückzuführen sein, daß nicht wenige Arbeitslose in der Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit die einzige Alternative zur Arbeitslosigkeit sehen. Zudem haben viele Länder mit zunehmender Arbeitslosigkeit in der jüngsten Rezession ihre Existenzgründungsförderung für Arbeitslose ausgeweitet (Europäische Kommission 1995, S. 18), was auch den steigenden Anteil der Übergänge aus Arbeitslosigkeit mit erklärt. Der Übergangsarbeitsmarkt an der Schnittstelle zwischen Arbeitslosigkeit, abhängiger Beschäftigung und Selbständigkeit erweist sich als ein institutionalisierte Formen annehmender Übergangsarbeitsmarkt. In den meisten Mitgliedsländern führt dies zu einer positiven Beschäftigungsbilanz.

Der sich ebenfalls in fast allen Ländern zeigende Rückgang des Anteils der Inaktiven, die in Selbständigkeit wechseln, könnte konjunkturell mitbedingt sein. Es scheint plausibel, daß eine Verschlechterung der ökonomischen Rahmenbedingungen bei einem Teil der Inaktiven dazu geführt hat, daß sie die Entscheidung, sich selbständig zu machen, verschieben oder ganz aufgeben (Meager 1992, S. 99).<sup>29</sup> Selbst bei der - in der Mehrheit der Länder sich zeigenden - Zunahme des Anteils der abhängig Beschäftigten, die eine selbständige Erwerbstätigkeit aufnehmen, können arbeitsmarktbedingte Gründe nicht ausgeschlossen werden. Denkbar ist, daß drohende Arbeitslosigkeit den Übergang aus abhängiger Beschäftigung in Selbständigkeit forciert.<sup>30</sup> Andererseits kann eine Verschlechterung der ökonomischen Rahmenbedingungen gerade diejenigen der bisher abhängig Beschäftigten abschrecken, die eigentlich eine selbständige Erwerbstätigkeit favorisieren (Meager 1992, S. 98f.). Bei diesen skizzierten Zusammenhängen muß daher berücksichtigt werden, daß es sich bei den Selbständigen keineswegs um eine homogene Gruppe handelt. Entsprechend unterschiedlich reagieren Selbständige auf ökonomische Rahmenbedingungen.<sup>31</sup>

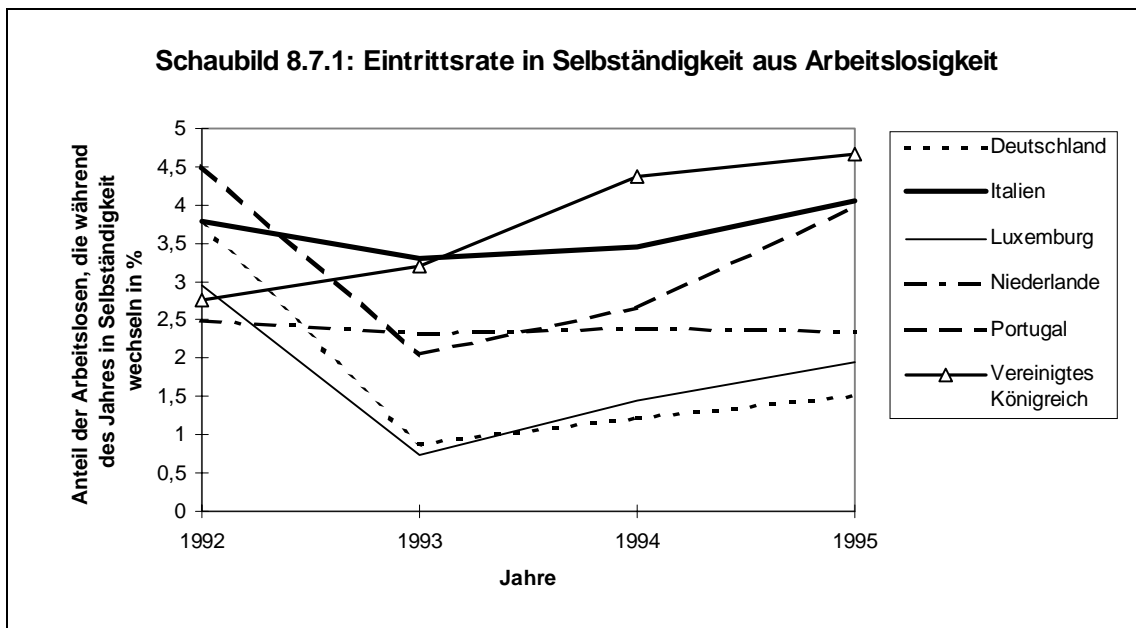
Eine gesonderte Betrachtung der Eintrittsrate in Selbständigkeit aus Arbeitslosigkeit für die Jahre 1992 bis 1995 (Schaubild 8.7.1 und 8.7.2) zeigt, daß vor allem 1993 in vielen EU-Mitgliedstaaten der Anteil der Arbeitslosen, die während des Jahres in Selbständigkeit wechselten, gesunken ist. So ist in Portugal, Deutschland, Luxemburg, Spanien und Frankreich die Eintrittsrate aus Arbeitslosigkeit in Selbständigkeit von 1992 zu 1993 zurückgegangen und in den Folgejahren gestiegen, jedoch nur in Spanien und Frankreich auf ein höheres Niveau als 1992. Während in den Niederlanden und in Italien die Eintrittsrate über den Zeitraum fast konstant geblieben ist, ist sie im Vereinigten Königreich und in Irland kontinuierlich bis 1995 gestiegen.

---

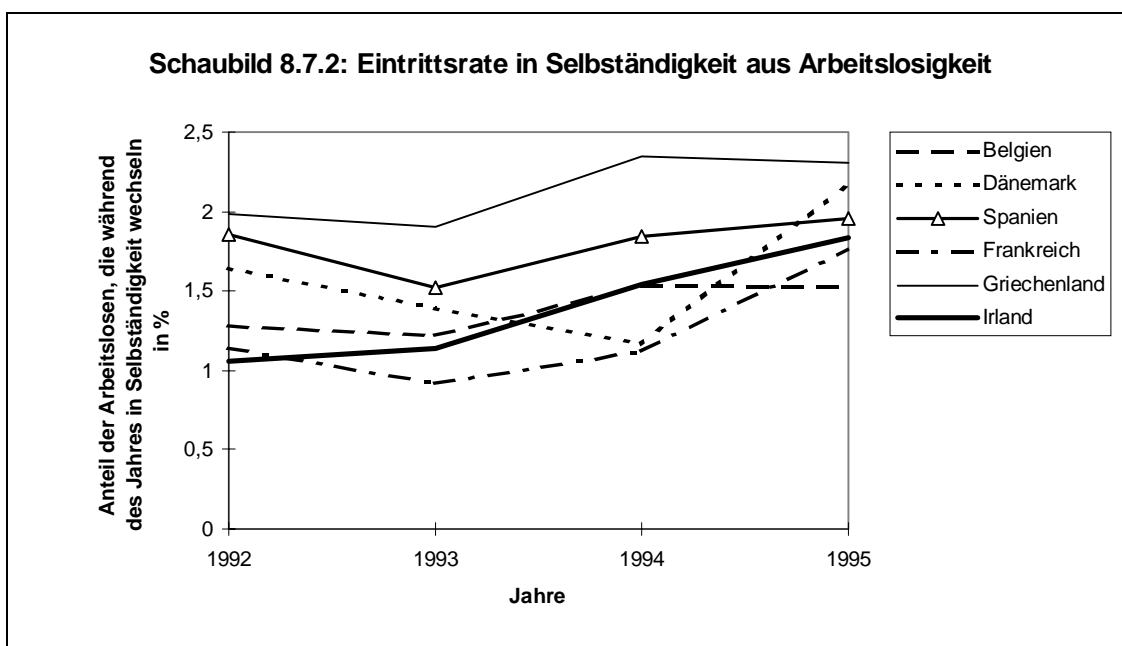
<sup>29</sup> Nach einer Untersuchung zur Entwicklung der Selbständigkeit im Vereinigten Königreich hat sich dieser Entmutigungseffekt bei Inaktiven gezeigt (vgl. Meager 1992, S. 99).

<sup>30</sup> So gaben nach einer Untersuchung über Personen, die sich zwischen 1990 und 1995 in Deutschland selbständig gemacht haben, 35 Prozent der einbezogenen ostdeutschen "Neuen Selbständigen" ein oder zwei Jahre vor der Existenzgründung an, daß sie "ganz sicher" oder "wahrscheinlich" ihren Arbeitsplatz verlieren werden (DIW Wochenbericht 1997, S. 751).

<sup>31</sup> Die Entscheidung, sich selbständig zu machen, hängt auch vom individuellen Lebenslauf und Bildungsweg ab (vgl. Tänzler 1997). Dementsprechend reagieren verschiedene Gruppen der (potentiell) Selbständigen unterschiedlich auf ökonomische und institutionelle Rahmenbedingungen. Die Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit dürfte z.B. in regulierten Berufen (Juristen, Mediziner, etc.) eher von längerfristigen Berufsentscheidungen abhängen und weniger konjunkturell bedingt sein als in unregulierten Berufen (Meager 1992, S. 92).



Quelle: Europäische Arbeitskräfteerhebung, eigene Berechnungen; © WZB 1997



Quelle: Europäische Arbeitskräfteerhebung, eigene Berechnungen; © WZB 1997

Interessant ist auch die unterschiedlich hohe Wahrscheinlichkeit in den verschiedenen EU-Ländern, daß Arbeitslose sich selbständig machen. Über den Zeitraum hohe Eintrittsraten von mindestens 2 Prozent weisen vor allem das Vereinigte Königreich und Italien, aber auch Portugal, die Niederlande und Griechenland auf, während z.B. in Belgien und Frankreich lediglich zwischen 1 Prozent und 1,5 Prozent der Arbeitslosen sich pro Jahr selbständig machen.

Beschäftigungspolitisch interessant ist auch ein Vergleich des Erwerbsstatus vor und nach dem Wechsel in Selbständigkeit in 1995. In Deutschland waren etwa vier Fünftel der Personen vor dem Zugang in Selbständigkeit abhängig beschäftigt. Jedoch gelingt es von denjenigen, die ihre selbständige Tätigkeit aufgeben, nur jedem Dritten, aus Selbständigkeit in abhängige Beschäftigung (zurück)zuwechseln. In Portugal waren hingegen vor dem Eintritt in Selbständigkeit fast 30 Prozent ein Jahr zuvor arbeitslos oder nicht erwerbstätig, aber fast die Hälfte der Personen, die ihre selbständige Erwerbstätigkeit beenden, findet bis zum nächsten Jahr wieder eine reguläre abhängige Beschäftigung. Übergangsarbeitsmärkte müssen also idealerweise so konstruiert sein, daß sowohl die Brücke in Selbständigkeit arbeitsmarktpolitisch solide konstruiert wird, aber auch eine realistische Rückkehroption in abhängige Beschäftigung besteht, die nicht mit einem Stigma der gescheiterten Selbständigkeit behaftet ist.

### **Zur Bedeutung der Arbeitsmarktpolitik**

Mit der arbeitsmarktpolitischen Existenzgründungsförderung wird einigen Arbeitslosen eine Alternative zur Arbeitslosigkeit eröffnet. Zudem können mit der Förderung Multiplikationseffekte erzielt werden, wenn die Geförderten weitere MitarbeiterInnen einstellen. Bereits in den 80er Jahren konnten in den Mitgliedstaaten der EU - mit Ausnahme von Italien, Luxemburg, den Niederlanden und Österreich - Arbeitslose ihre Arbeitslosenunterstützung weiter beziehen, wenn sie sich selbständig machten (Europäische Kommission 1995, S. 18). Mit zunehmender Arbeitslosigkeit hat seit Beginn der 90er Jahre die Förderung der Selbständigkeit als Beschäftigungsmöglichkeit für Arbeitslose in fast allen Ländern der EU eine zunehmende Bedeutung gewonnen. Neue Programme wurden aufgelegt, oder bereits existierenden Programme wurden finanziell ausgeweitet und/oder bezüglich der Konditionen verbessert.<sup>32</sup>

In Tabelle 8.3 ist jedoch erkennbar, daß die Existenzgründungsprogramme in den hier dargestellten Ländern nur für einen sehr kleinen Kreis von Personen Bedeutung haben. Auch haben die Ausgaben zur Förderung der selbständigen Tätigkeit ehemals Arbeitsloser an den arbeitsmarktpolitischen Gesamtausgaben einen sehr geringen Anteil.

---

<sup>32</sup> vgl. Europäische Kommission 1995, S. 18; vgl. zu den Existenzgründungsprogrammen in den EU-Mitgliedstaaten: Europäische Kommission: Basisinformationsbericht Belgien 1995; Basisinformationsbericht Dänemark 1996; Basisinformationsbericht Frankreich 1995; Basisinformationsbericht Finnland 1996; Basisinformationsbericht Griechenland 1995; Basisinformationsbericht Portugal 1997; Basisinformationsbericht Irland 1996; sowie inforMisep 1993, Nr. 43 (für Portugal); inforMisep 1996, Nr. 55 (für Italien); inforMisep 1996, Nr. 56 (für Schweden); inforMisep 1997, Nr. 60 (für die Bundesrepublik Deutschland und Österreich); vgl. Denys, Denolf 1997 (für Luxemburg).

**Tabelle 8.3:** Existenzgründungsbeihilfen für Arbeitslose

	öffentliche Ausgaben in % des BIP		öffentliche Ausgaben in % der Gesamtausgaben für arbeitsmarkt- politische Maßnahmen*		Zustrom an TeilnehmerInnen in % der Erwerbs- bevölkerung	
	1992	1995	1992	1995	1992	1995
Deutschland	-	0,03	-	0,57	0,1	0,2
Dänemark	0,11	0,09	1,65	1,33	0,2	0,1
Spanien	0,14	0,02	3,84	0,61	0,3	0,1
Finnland	0,03	0,04	0,52	1,55	0,2	0,3
Frankreich	0,02	0,04	0,07	1,29	0,2	0,3
Griechenland	0,03	0,01	3,75	1,32	0,2	0,1
Irland	0,02	0,02	0,48	0,44	0,1	0,1
Portugal	0,02	0,03	1,22	1,72	0,2	0,2
Schweden	0,04	0,07	0,69		0,2	0,4
Verein.Königr.	0,01	0,01	0,45	0,56	0,1	-

Belgien, Österreich, Luxemburg, Niederlande; Italien = keine Daten vorhanden, Irland 1992 = 1991; Schweden und Verein. Königreich 1992 = 1992-1993; 1995 = 1995-1996.

**Quellen:** OECD: *Employment Outlook 1995, 1997*

Diese Angaben lassen nur vorsichtige Schlüsse zu. Zum einen können die Ausgaben für Existenzgründungsförderung z.B. durch eine Ausweitung der öffentlichen Ausgaben für alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen anteilsmäßig sinken. In Finnland wurden z.B. die öffentlichen Ausgaben für die Existenzgründungsförderung von 1992 zu 1994 fast verdoppelt (Europäische Kommission 1996b), in Schweden von 1992/1993 zu 1993/1994 sogar verdreifacht (Europäische Kommission 1996b). Auch hinsichtlich der TeilnehmerInnen läßt sich die Bedeutung dieser Programme nur bedingt ablesen. So hat sich in Griechenland (Europäische Kommission 1996b) die Zahl der ProgrammteilnehmerInnen von 1992 zu 1994 fast verdoppelt, in der Bundesrepublik Deutschland sogar von 1994 zu 1995 mehr als verdoppelt<sup>33</sup> (Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit 1996, S. 65). Zudem ist diese Tabelle nur auf arbeitsmarktpolitische Fördermittel für Arbeitslose beschränkt. Weitere

<sup>33</sup> Dieser starke Anstieg in der Bundesrepublik Deutschland ist zum Teil auf die mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz 1994 verbesserten Förderkonditionenzurückzuführen. Aber auch die im ersten Halbjahr 1995 noch lebhaftere Konjunktur und die im Jahresverlauf ungünstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dürften zur stärkeren Nachfrage nach der Existenzgründungsförderung geführt haben (vgl. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit 1996, S. 65).

Finanzierungsquellen, die neben anderen Existenzgründern auch dieser Zielgruppe zur Verfügung stehen, werden nicht erfaßt.<sup>34</sup>

Vor allem Schweden hat sein Existenzgründungsprogramm von 1992 zu 1995 ausgeweitet und weist damit 1995 von den hier dargestellten Ländern die höchsten Zugangsraten zu diesem Programm auf.<sup>35</sup> Aber auch in Frankreich, Finnland und in der Bundesrepublik Deutschland<sup>36</sup> sind in diesem Zeitraum zunehmend mehr öffentliche Mittel zur Förderung einer selbständigen Tätigkeit von Arbeitslosen verwendet worden, entsprechend haben auch mehr Personen an diesen Programmen teilgenommen. Dagegen sind in Griechenland, Dänemark und besonders deutlich in Spanien die Programme bis 1995 eingeschränkt worden. Interessant ist dabei, daß in diesen Ländern der Existenzgründungsförderung innerhalb der arbeitsmarktpolitischen Gesamtausgaben noch 1992 - im Vergleich zu den anderen Ländern - die größte Bedeutung zukommt.

Die Wirkungen der Existenzgründungsförderprogramme auf das Übergangsgeschehen in und aus Selbständigkeit werden auch von verschiedenen Programmbedingungen beeinflusst, so unter anderem<sup>37</sup>:

(1) Art der finanziellen Förderung: In den meisten Ländern erhalten Arbeitslose, wenn sie sich selbständig machen, anstelle der Arbeitslosenunterstützung einen regelmäßigen Zuschuß. In Frankreich und Griechenland erfolgt hingegen die Förderung in Form einer einmaligen Pauschalsumme (vgl. Europäische Kommission 1996b). In Italien (inforMisep 1996, Nr. 55) kann die vorzeitige Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung beantragt werden (bis 1992 war dies auch in Spanien möglich, vgl. Europäische Kommission 1996b).

(2) TeilnehmerInnen: Während in den meisten Ländern die arbeitsmarktpolitischen Existenzgründungsprogramme Arbeitslosen vorbehalten sind, können in den Niederlanden auch von Arbeitslosigkeit bedrohte ArbeitnehmerInnen teilnehmen. In einigen Ländern werden arbeitsmarktpolitische Zielgruppen bevorzugt gefördert: so z.B. in Griechenland (Frauen, Langzeitarbeitslose, Behinderte); in Portugal (Jugendliche, Arbeitslose ab 45 Jahren, Langzeitarbeitslose;

---

<sup>34</sup> Es können keine Angaben darüber gemacht werden, welche zusätzlichen Finanzierungsquellen Arbeitslosen, die sich selbständig machen wollen, in den einzelnen EU-Ländern zu Verfügung stehen. In der Bundesrepublik Deutschland bezogen - nach einer Untersuchung über ehemals arbeitslose Existenzgründer der Jahre 1994 und 1995 - nur 15 Prozent dieser Personen neben der arbeitsmarktpolitischen Förderung weitere Fördermittel (vgl. Wießner 1998).

<sup>35</sup> Insgesamt wurden in Schweden im Steuerjahr 1994/1995 mehr als 20.000 Personen Firmenbeibründungshilfen gewährt (inforMisep 1996, Nr. 56, S. 18ff.).

<sup>36</sup> Die Ausgaben wurden in der Bundesrepublik Deutschland von 200 Mio. im Jahr 1986 auf mehr als eine Milliarde im Jahr 1996 aufgestockt (Wiethölter, Bogai 1997, S. 230).

<sup>37</sup> zu anderen Programmbedingungen, wie Höhe und Dauer der Förderung, Weiterbildung und andere Unterstützungsmaßnahmen, vgl. Meager 1993a, 1994, 1996

vgl. inforMisep 1993, Nr. 43); in Italien (Frauen und Jugendliche) und in Belgien (Jugendliche) (vgl. Europäische Kommission 1996b).

Nach Meager (1993a, S. 30) führt die Zahlung eines laufenden Zuschusses eher zu Unternehmen mit geringeren Überlebenschancen, da so z.B. Existenzgründungen in kapitalintensiveren Sektoren nur schwer möglich sind. Der wöchentliche Zuschuß im Vereinigten Königreich hat vor allem die Selbständigkeit im Dienstleistungssektor gefördert, welcher eher niedrige Überlebens- und hohe Verdrängungsraten aufweist. Auch bei zielgruppenorientierten Programmen sind nach Meager (ebd., 30) die Überlebenschancen der gegründeten Unternehmen eher niedrig. Die Existenzgründungsförderung in Griechenland, die besonders auf arbeitsmarktpolitische Zielgruppen ausgerichtet ist, könnte daher mit dazu beigetragen haben, daß sich dort die Selbständigkeit Mitte der 90er Jahre eher ungünstig entwickelt hat (vgl. die Zu- und Abgänge bei den Selbständigen, 8.3). Bedeutsamer dürften jedoch die - nach dem alten, nun modifizierten Programm<sup>38</sup> - verstärkten Anreize zur Existenzgründung im verarbeitenden Sektor gewesen sein, die sich als ineffektiv erwiesen haben (Europäische Kommission 1996b). Auch die positive Entwicklung der Selbständigkeit in Portugal, wo verschiedene Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik bevorzugt gefördert werden, scheint die nachgeordnete Bedeutung der zielgruppenorientierten Existenzgründungsförderung für den Erfolg zu bestätigen.

Zu den durch die Existenzgründungsförderung induzierten Multiplikationseffekten liegen keine aktuellen Angaben für die EU-Mitgliedstaaten vor. In den 80er Jahren konnten jedoch in Frankreich durch die Unternehmensgründungsförderung für Arbeitslose hohe zusätzliche Beschäftigungseffekte erzielt werden (Meager 1996, S. 505): Fast jeder Geförderte stellte durchschnittlich eine weitere Person ein (nach fünf Jahren pro 100 ProgrammteilnehmerInnen 97 zusätzliche Einstellungen).<sup>39</sup> Dagegen waren die Raten in Dänemark mit 36 zusätzlichen Einstellungen (pro 100 TeilnehmerInnen) nach zwei Jahren und im Vereinigten Königreich (nach fünf Jahre 35 zusätzlich eingestellte Personen) niedrig. Auch die Stabilität der neugegründeten Unternehmen war unterschiedlich hoch: Zwei Jahre nach der Gründung existierten in Frankreich und

---

<sup>38</sup> Das neue Programm enthält nicht mehr diese Anreize. Stattdessen werden z.B. Arbeitslose, die sich im Bereich neuer Technologien selbständig machen wollen, bevorzugt gefördert (Europäische Kommission: Basisinformationsbericht Griechenland 1995).

<sup>39</sup> Eine ähnlich hohe Rate ist in den 90er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland erzielt worden. Nach einer Untersuchung der 1994/1995 arbeitsmarktpolitisch geförderten Existenzgründer in der Bundesrepublik Deutschland zeigt sich, nach drei Jahren auf je 100 ursprünglich Geförderte noch 100 weitere Beschäftigte kommen. Von diesen zusätzlichen Beschäftigten waren etwas mehr als die Hälfte sozialversicherungspflichtig eingestellt. Etwa drei Jahre nach der Gründung sind noch gut 70 Prozent der Geförderten selbständig tätig (Wießner 1998, S. 5).

Dänemark noch zwei Viertel der Unternehmen, im Vereinigten Königreich jedoch nur etwa zwei Drittel der Unternehmen (Meager 1993b, S. 128).

Schließlich ist auch interessant, ob die Existenzgründungsförderung für Arbeitslose deren Beschäftigungsfähigkeit fördert. Denkbar ist, daß die selbständige Tätigkeit die beruflichen Fertigkeiten der Arbeitslosen erweitert, so daß sie - auch wenn die Unternehmensgründung scheitert - leichter eine reguläre Beschäftigung finden können (Meager 1995, S. 9). Nach einer amerikanischen Studie hatten Existenzgründungsprogramme für vormals Arbeitslose einen positiven Einfluß auf deren spätere Beschäftigungsmöglichkeiten, das heißt im Rahmen einer selbständigen oder unselbständigen Erwerbstätigkeit (vgl. Meager 1995, S. 30).

### **Selbständigkeit als Alternative zur Arbeitslosigkeit**

Selbständigkeit kann unter gewissen Voraussetzungen eine Alternative zur Arbeitslosigkeit darstellen. Der zunehmende Anteil der Personen, die aus Arbeitslosigkeit in Selbständigkeit wechseln, scheint dies in den meisten EU-Mitgliedstaaten zu bestätigen. Zudem kann Selbständigkeit eine Brücke in abhängige Beschäftigung sein. In den letzten Jahren ist jedoch der Anteil derjenigen, die nach Aufgabe der Selbständigkeit eine abhängige Erwerbstätigkeit aufnahmen, in vielen Ländern der EU gesunken.

Daher darf eine arbeitsmarktpolitische Existenzgründungsförderung die möglichen negativen Konsequenzen nicht außer acht lassen, die eine Phase der Selbständigkeit für Betroffene haben kann, sofern sie ihre selbständige Tätigkeit aufgeben müssen. Denkbar sind z.B. Verschuldung und der Verlust des Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung<sup>40</sup>. Aber auch die sozialen Sicherungssysteme können so zusätzlich belastet werden, wenn während der Phase der Selbständigkeit keine Beiträge bezahlt und nach Aufgabe der Selbständigkeit Sozialunterstützung in Anspruch genommen werden muß. Aus diesen Gründen scheint eine arbeitsmarktpolitische Begleitung durch Existenzgründungsförderung sinnvoll, welche die individuellen Risiken der Existenzgründung institutionell abfedert. Dies könnte auch die gesamtgesellschaftlichen Kosten minimieren. Eine Möglichkeit für Länder, in denen die Anspruchsberechtigung auf Arbeitslosenunterstützung auf dem Versicherungsprinzip basiert, besteht z.B. darin, den erstmaligen Existenzgründern die befristete Möglichkeit der freiwilligen Mitgliedschaft in der Arbeitslosenversicherung zu ermöglichen (Semlinger 1995, S. 47)

---

<sup>40</sup> Dies ist dann möglich, wenn der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung auf Beitragszahlungen basiert, die im Rahmen einer regulären Beschäftigung geleistet werden. Liegt die letzte Beitragszahlung zeitlich zu lange zurück, besteht kein Anspruch.

Zudem wären weitere Untersuchungen wünschenswert, die mögliche Effekte der Existenzgründungsförderung auf die Beschäftigungsfähigkeit insbesondere der zuvor arbeitslosen TeilnehmerInnen analysieren. Dazu können aber nur Längsschnittstudien mit einer hinreichend langen Laufzeit Aufschluß geben. Die Bedeutung der Selbständigkeit als Übergangsarbeitsmarkt mit steigender Bedeutung konnte auch mit den Querschnittsdaten der Europäischen Arbeitskräftestichprobe aufgezeigt werden. Wichtig ist jedoch die Berücksichtigung der Ströme in und auch aus Selbständigkeit. Kurssichtiges Verstärken nur der Übergänge in Selbständigkeit, bei fehlender Nachhaltigkeit, kann zusätzliche Probleme schaffen, die mit Zeitverzögerung von zwei bis drei Jahren eintreten. Im Rahmen der aktuellen Diskussionen um "employability", im Sinne von Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitslosen, sollten Programme für vorher arbeitslose Existenzgründer aber zusätzliche Bedeutung erlangen, insbesondere wenn die nachgelagerte Brücke von Selbständigkeit in abhängige Beschäftigung ebenfalls hinreichend tragfähig gestaltet wird.

## 9. Erklärung individueller Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeitsdynamik

In den Kapiteln 3 bis 8 haben wir verschiedene eher deskriptive Analysen der Beschäftigungsdynamiken vorgelegt, so wollen wir in diesem Kapitel mit Hilfe multivariater Methoden einen ersten Versuch machen, Merkmale und Faktoren zu identifizieren, die einen Übergang zwischen Arbeitslosigkeit und abhängiger Beschäftigung beziehungsweise einen gegenläufigen Übergang fördern oder hemmen. Auch diese Analyse führen wir auf der Basis der Individualdaten der Europäischen Arbeitskräftestichprobe durch. Die in Kapitel 2 erwähnten methodologischen Einschränkungen gelten deshalb auch hier. Als Auswahlkriterium für unsere Stichprobe (Filter) haben wir nur Personen herangezogen, die in privaten Haushalten leben, im Alter zwischen 15 und 65 Jahren sind und sich nicht in primärer Berufsausbildung befinden.

Multivariate Analysen, hier in Form von logistischen Regressionen, schätzen die Auswirkungen jeder einzelnen unabhängigen Variablen auf den Übergang in abhängige Beschäftigung aus Arbeitslosigkeit beziehungsweise umgekehrt. Dabei werden alle anderen unabhängigen Variablen jeweils konstant gehalten. Jeder berechnete Koeffizient schätzt somit den Einfluß der einzelnen unabhängigen Variablen und kann mit den anderen Koeffizienten sowohl in der Tendenz (Vorzeichen) als auch in Form eines Größen-„rankings“ verglichen werden.

Die abhängige Variable, hier der jeweilige Übergang, ist binär kodiert. Sie trägt den Wert 0 für all diejenigen Fälle, in denen der Status zum Zeitpunkt (t-1) dem Status zum Zeitpunkt (t) entspricht und den Wert 1, in den Fällen, in denen ein Übergang stattgefunden hat. Analog dazu sind auch alle unabhängigen Variablen als sogenannte Dummy-Variablen binär kodiert. Fast alle im folgenden referierten Koeffizienten sind auf dem 1 Prozent Niveau signifikant, mindestens jedoch auf dem 5 Prozent Niveau. Jeweils eine Variable eines Blocks wurde nicht in das Model eingegeben und bildet somit die Referenzkategorie. Die Koeffizienten der dazugehörigen Variablen lassen sich also immer nur in Bezug auf diese Kategorie interpretieren.

In einem ersten Schritt berechneten wir die logistische Regression für einzelne Jahre. Dabei zeigte sich eine hohe Stabilität der geschätzten Modelle und Koeffizienten. Um für mögliche Schwankungen in den Übergangswahrscheinlichkeiten aufgrund des Wirtschaftszyklus zu kontrollieren, haben wir im letzten, hier referierten Schätzmodel die Daten für die Jahre von 1988 bis 1996 gepoolt. Jedes Jahr, bis auf das Referenzjahr 1996 (YEAR96), geht mit einer

Dummy-Variablen (Werteausprägung 1, wenn die Daten im entsprechenden Jahr erhoben wurden, sonst Wert 0) in das Model ein.

Durch das Poolen der verschiedenen Jahresquerschnitte erhöhte sich gleichzeitig die Fallzahl, so daß der Ausfall einiger Länder vermieden werden konnte. Dennoch können leider für Luxemburg keine Ergebnisse berichtet werden. In Belgien fehlen Ergebnisse zum Übergang von Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung und in den Niederlanden Ergebnisse zum Übergang von abhängiger Beschäftigung in Arbeitslosigkeit. Dies ist auf zu geringe Fallzahlen in den Bereichen der höheren Altersgruppen beziehungsweise der Wirtschaftszweige zurückzuführen. Ein weiterer Vorteil der gepoolten Analyse besteht in der Möglichkeit Tendenzentwicklungen der Übergänge über mehrere Jahre hinweg zu erhalten. So ergibt sich beispielsweise eine annähernde Berücksichtigung von Wirtschaftszyklen auf die Übergangswahrscheinlichkeiten.

Insgesamt variiert die Zahl der Fälle, für die vollständige Informationen vorliegen, zwischen 90.000 in Dänemark und 960.000 in Deutschland für die Untersuchung des Überganges von abhängiger Beschäftigung in Arbeitslosigkeit. Für die Untersuchung des Überganges von Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung variiert sie zwischen 8.000 in Dänemark und 120.000 in Spanien. Da für Deutschland die Daten zum Teil aus der Zeit vor der Wiedervereinigung stammen, sind für den Zeitraum vor 1992 nur Daten aus West-Deutschland und erst ab 1992 für Gesamt-Deutschland enthalten.

Eine große Anzahl beeinflussender Faktoren läßt sich aus theoretischer Sicht ableiten. Wie groß ist der Einfluß der Zugehörigkeit zu einer Altersgruppe auf die Wahrscheinlichkeit eines Übergangs? Um diese Frage zu klären, haben wir die Altersangaben in zehn Gruppen zusammengefaßt. Die jüngste Gruppe (AGE1) ist dabei zwischen 15 und 20 Jahren alt, die älteste (AGE10) zwischen 61 und 65 Jahren. Alle dazwischen liegenden Altersgruppen umfassen jeweils 5 Jahre. Die Altersgruppe der 36 bis 40jährigen (AGE5) als eine der Hauptaltersgruppen dient als Referenzkategorie. Spielt der Grad der Ausbildung eine Rolle für die Wahrscheinlichkeit eines Übergangs? Hier faßten wir das Fehlen jedweder offiziellen Schulbildung, Primarbereich und Sekundarbereich, erste Stufe, (EDUC1) zusammen. Der Sekundarbereich, zweite Stufe, bildet eine eigenständige Kategorie (EDUC2). Als Referenz dient die Zusammenfassung von absolvierten Ausbildungen im tertiären Bereich, in Hochschulen oder weiterbildenden Studien (post-graduate EDUC3).

Beeinflussen Geschlecht, Familienstatus oder Nationalität die Übergangswahrscheinlichkeiten? Gerade in Hinsicht auf soziale Integration beziehungsweise Exklusion spielt diese Frage eine wichtige Rolle. Ausgehend von den Referenzkategorien des männlichen (MALE), verheirateten (MARRIED) Inländers (NATIO) gingen Frauen (FEMALE), Ledige (SINGLE), geschiedene beziehungsweise verwitwete Personen (WIDISEP) in das Model ein. Des Weiteren

wurde zwischen Ausländern aus anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union (NATIOEC) und Ausländern mit sonstiger Herkunft (NATIONEC) unterschieden.

Wie wirkt sich der Wirtschaftszweig, in dem eine Person beschäftigt war, auf die Wahrscheinlichkeit aus, ein Jahr später arbeitslos zu sein? Hier lautet die Hypothese, daß sowohl durch nationale, unterschiedliche Muster der Wirtschaftsstruktur als auch durch gleichzeitige strukturelle Veränderungen ein starker Einflußfaktor für einen Übergang aus abhängiger Beschäftigung in Arbeitslosigkeit besteht. Zur Analyse dieser Frage haben wir die Zuordnung des Wirtschaftszweiges des Betriebes, in dem eine zum Zeitpunkt (t) arbeitslose Person zum Zeitpunkt (t-1) noch beschäftigt war, zu einer von zehn NACE <sup>41</sup>-Kategorien ausgewertet. Als Referenzkategorie dient die metallverarbeitende Industrie, Feinmechanik und Optik und das sonstige produzierende Gewerbe (MANU1Y). In das Model gingen ein: Landwirtschaft, Jagd, Forstwirtschaft und Fischerei (AGRIC1Y); Energie und Wasserwirtschaft (ENEG1Y); Gewinnung und Bearbeitung von nichtenergetischen Mineralien und Derivaten, chemische Industrie (MINIC1Y); Baugewerbe (BUILD1Y); Handel, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, Reparaturen (TRADE1Y); Verkehr- und Nachrichtenübermittlung (TRANS1Y); Kreditwesen, Versicherungsgewerbe, Dienstleistungen für Unternehmen, Vermietung (BANK1Y); Öffentlicher Dienst (PUBLIC1Y); Sonstige Dienstleistungen (OSERV1Y). Im folgenden werden die Ergebnisse der logistischen Regressions-Modelle interpretiert.

### **Der Übergang von abhängiger Beschäftigung in Arbeitslosigkeit**

Tabelle 9.1 stellt die Ergebnisse der logistischen Regression des Übergangs von abhängiger Beschäftigung zu Arbeitslosigkeit gemessen an denen, die in abhängiger Beschäftigung geblieben sind, dar. In allen Ländern ist das Risiko aus abhängiger Beschäftigung in Arbeitslosigkeit zu münden in den Altersgruppen zwischen 15 und 35 Jahren (Niederlande bis 30 Jahre) größer als in der Referenzgruppe der 36 bis 40jährigen. Während fast alle höheren Altersgruppen in Belgien, Spanien, Frankreich, Irland und Italien ein signifikant niedrigeres Risiko haben, arbeitslos zu werden, zeigen sich in den anderen Ländern unterschiedliche Muster.

So haben die 41 bis 50jährigen in Deutschland beziehungsweise die 46 bis 50jährigen im Vereinigten Königreich zwar ein geringeres, die 51 bis 60jährigen in Deutschland bzw. die 51 bis 65jährigen im Vereinigten Königreich aber ein höheres Risiko in Arbeitslosigkeit überzugehen als die Referenzgruppe der 36 bis 40jährigen. In Dänemark haben die 51 bis 60jährigen eine höhere, die 61 bis 65jährigen aber wiederum eine niedrigere Übergangswahrscheinlichkeit. In Griechenland haben nur die 56 bis 60jährigen ein signifikant erhöhtes, in Por-

---

<sup>41</sup> Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft

tugal nur die 61 bis 65jährigen ein signifikant niedrigeres Risiko, in Arbeitslosigkeit überzugehen.

Es bestätigen sich damit frühere Analysen (Schömann/ Rogowski/ Kruppe 1998, OECD 1996) bei denen bereits gefunden wurde, daß jüngere Beschäftigte ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko haben als Ältere. Gründe für dieses, oft noch als überraschend empfundenes Ergebnis, liegen, neben sozialen Kriterien beim Kündigungsschutz, in der hohen Anzahl an nur befristet beschäftigten Jugendlichen. In Zeiten von Rezessionen auf dem Arbeitsmarkt führt eine hohe Quote von befristet Beschäftigten auch zu einer "last in first out" Beschäftigungsstrategie vieler Unternehmen.

Im Vergleich zu Personen mit abgeschlossener Ausbildung im tertiären Bereich, hier als Referenzkategorie verwandt, sind die Übergangswahrscheinlichkeit aus abhängiger Beschäftigung in Arbeitslosigkeit in allen untersuchten Ländern für Personen mit niedrigem Bildungsgrad am höchsten. Diese Bildungselektivität des Arbeitslosigkeitsrisikos (OECD 1997a) wird also auch in diesen Ergebnissen bestätigt. Während für Beschäftigte ohne Abschluß und solche mit einem Abschluß der jeweilig verpflichtenden Mindestausbildungsdauer in allen Ländern ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko besteht kein so eindeutiger Zusammenhang für höhere Bildungsabschlüsse.

Für den mittleren Bildungsabschluß besteht ebenfalls ein erhöhtes Arbeitslosigkeitsrisiko - in abgeschwächter Form - in Deutschland, Dänemark, Spanien, Irland und Portugal. Während zwischen mittlerem und hohem Bildungsabschluß in Belgien, Griechenland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich kein signifikanter Unterschied für die Wahrscheinlichkeit arbeitslos zu werden besteht, haben in Italien Personen mit mittlerem Bildungsgrad sogar ein signifikant niedrigeres Risiko, arbeitslos zu werden. Die Ergebnisse legen den Schluß nahe, mehr präventive Formen der Qualifizierung und Nachqualifizierung von Beschäftigten zu institutionalisieren, beispielsweise durch allgemein ausgestellte Ausbildungsschecks, die auch bereits Beschäftigten zugute kommen. Eine tiefergehende Diskussion dieses Vorschlags (vgl. Schömann 1998) führt im Rahmen dieser Studie jedoch zu weit.

Bürger aus anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben gegenüber Inländern in Deutschland, Dänemark, Griechenland, und Portugal kein erhöhtes Arbeitslosigkeitsrisiko, während dies in Belgien, Frankreich, Irland, Italien und dem Vereinigten Königreich dennoch der Fall ist. In allen untersuchten Ländern sind Bürger aus Nicht-Mitgliedsländern der Union von diesem erhöhten Risiko signifikant betroffen. Dies deutet auf gewisse Schließungstendenzen gegenüber Nicht-Mitgliedsländern innerhalb der Europäischen Union hin. Zu prüfen bleibt, ob sich diese Tendenz in den letzten Jahren noch verstärkt hat.

Tabelle 9.1: Der Übergang aus abhängiger Beschäftigung in Arbeitslosigkeit im Vergleich mit Weiterbeschäftigten

	BE	DE	DK	GR	ES	FR	IR	IT**	LX*	NL*	PO	UK
INTERCPT	-4,6233	-3,5714	-3,2467	-3,7985	-3,5587	-3,7468	-3,427	-4,3331	-4,0241	-3,3253	-5,0315	-3,432
AGE1	1,2437	0,7532	0,2585	0,5276	1,0609	1,8895	0,7722	0,7968	1,4384	0,2748	1,0369	1,0694
AGE2	0,8728	0,2858	0,6095	0,535	0,8748	0,9937	0,5391	0,7766	0,7603	0,3503	0,9776	0,6291
AGE3	0,5221	0,1336	0,3178	0,3192	0,6025	0,4689	0,2796	0,4338	0,4334	0,2078	0,615	0,3552
AGE4	0,2498	0,1094	0,1655	0,135	0,2749	0,1761	0,1313	0,2247	0,4292	0,0818	0,3877	0,1579
AGE6	0,0347	-0,0717	-0,1089	0,0176	-0,0844	-0,1671	-0,0875	-0,1367	0,00273	-0,0884	0,1048	-0,0495
AGE7	-0,19	-0,0921	0,0648	0,0807	-0,1563	-0,1731	-0,305	-0,2272	-0,1318	-0,1155	-0,1036	-0,105
AGE8	-0,3994	0,0912	0,184	0,0586	-0,18	-0,196	-0,3356	-0,101	-0,4386	-0,1351	-0,089	0,0907
AGE9	-0,6819	0,4342	0,1636	0,1511	-0,1777	-0,2961	-0,3614	-0,2247	-0,5298	-0,836	-0,0136	0,1189
AGE10	-2,3678	-0,0338	-0,409	-0,0383	-0,4864	-1,441	-0,5223	-0,9362	-1,2078	-2,1827	-0,5142	0,2328
EDUC1	0,4068	0,3589	0,6085	0,3197	0,733	0,4321	1,3393	0,2252	0,287	0,1955	0,9794	0,3554
EDUC2	0,1045	0,0483	0,3337	0,062	0,2852	-0,046	0,4189	-0,4504	-0,1794	-0,1026	0,6182	0,0287
NATIOEC	0,6944	-0,0249	0,24	0,0296	0,1847	0,25	0,75	0,6867	0,6473	0,5207	-0,4333	0,1713
NATIONEC	1,1433	0,445	1,0102	0,2686	0,4209	0,7509	0,3152	0,3205	0,6143	1,1095	0,9245	0,507
FEMALE	0,6455	0,3469	0,2536	0,4054	0,3194	0,2701	-0,2379	0,3802	0,3028	0,4237	0,4048	-0,3432
AGRIC1Y	0,2698	0,9224	-0,5164	-0,0187	0,4166	0,1138	-0,0144	1,1671	-2,8823	-18,8717	0,422	-1,208
ENEG1Y	-0,1297	-0,7108	-2,0583	-0,9952	-0,8353	-1,0283	-0,8733	-0,6287	-16,2531	-18,6292	-0,8906	-0,7637
MINC1Y	0,1038	0,2204	-0,4278	-0,6799	-0,4	-0,6413	0,3622	-0,00439	-0,6666	-18,4956	0,3224	-0,1064
BUILD1Y	0,2559	0,1723	-0,096	0,185	0,9082	0,3156	0,8946	1,1199	-2,6832	-18,7033	0,2261	-0,597
TRADE1Y	0,089	-0,1186	-0,6991	-0,1518	-0,1279	-0,00091	-0,2048	0,1344	-2,1737	-18,9409	0,079	-1,0939
TRANS1Y	-0,423	-0,3644	-1,0159	-0,0922	-0,3646	-0,6323	-0,4629	-0,2272	-4,1046	-18,7477	0,1001	-1,0655
BANK1Y	-0,6036	-1,4411	-1,2888	-1,7079	-1,1421	-0,7835	-0,9152	-1,1267	-3,2407	-18,8619	-1,7704	-1,3099
PUBLIC1Y	-0,9688	-0,7648	-1,1111	-1,9308	-0,6525	-0,8876	-1,4694	-0,9133	-3,7374	-18,7218	-0,9919	-2,1935
OSERV1Y	-0,652	-0,5042	-0,5662	-0,9435	-0,3941	-0,1804	-0,2351	-0,5645	-1,7515	-1,7761	-0,3545	-0,9684
SINGLE	0,4173	0,1508	0,4911	0,4461	0,262	0,3905	0,2192	0,2163	0,1309	0,4173	0,05	0,2596
WIDISEP	0,6506	0,4446	0,5918	0,5349	0,3088	0,6098	0,3666	0,3725	0,7727	0,8143	0,2985	0,6155
YEAR88	-0,2421	-0,5054	-0,5343	-0,1293	-0,2982	-0,2977	-0,4546	0	-1,6785	-0,7238	-0,2291	-0,4142
YEAR89	-0,4966	-0,7853	-0,3731	-0,2751	-0,3823	-0,3462	-0,592	0	-1,9257	-0,4992	-0,3006	-0,5453
YEAR90	-0,3172	-0,7906	-0,4161	-0,316	-0,2695	-0,0786	-0,8137	0	-1,8587	-0,6815	-0,3593	-0,4743
YEAR91	-0,1554	-0,3012	-0,3019	-0,0541	-0,1647	0,61	-0,4462	0	-1,7881	-0,7493	-0,3403	-0,0619
YEAR92	-0,3534	0,0718	0,089	-0,00023	-0,0574	-0,09	0,4339	-0,353	-0,5902	-0,2653	-0,2292	0,3399
YEAR93	0,0227	0,0557	-2,1605	0,1007	0,2857	0,0668	0,4662	0,0822	-0,5889	0,049	0,1118	0,2307
YEAR94	0,1596	0,1469	0,2002	0,1182	0,1551	0,1216	0,1975	0,0964	0,0438	0,3726	0,2075	0,2143
YEAR95	0,5568	-0,1241	-0,0358	0,2518	-0,0863	-0,1014	-0,0312	0,0183	-0,2027	0,166	0,1755	0,0411
-2LOGL	41382,741	273495,38	36221,895	77287,413	185317,08	165794,53	119453,96	54156,434	6655,907	60212,474	39980,628	147587,44
-2LOGL(C)	38330,445	264839,88	33764,797	73240,998	171126,55	154494,65	112419,99	50215,087	5773,471	51453,886	38070,218	138804,54
NOC 1 (V1=1)	4357	30953	4594	8883	25906	20471	14866	5760	590	6572	4239	16875
NOC 2 (V1=0)	182904	928809	84813	248837	327895	421840	296518	230354	60833	232715	172073	483742

\* Zu geringe Fallzahlen in Altersgruppen oder Wirtschaftszweigen

\*\* Keine Daten vor 1992

Quelle: Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen

Während in Irland und dem Vereinigten Königreich Frauen von einem geringeren Arbeitslosigkeitsrisiko betroffen sind als Männer, also im hier berechneten Model (siehe oben) eher in Beschäftigung bleiben, sind sie in allen anderen EU-Mitgliedstaaten einem höheren Arbeitslosigkeitsrisiko ausgesetzt. Verglichen mit Verheirateten werden in allen hier untersuchten Ländern Ledige (außer in Portugal) und noch eher geschiedene oder verwitwete Personen arbeitslos. Eine genauere Untersuchung, die auch Teilzeitbeschäftigung, immer noch weiter verbreitet unter Frauen, mit in die Analysen einbezieht, könnte wahrscheinlich die überraschenden Effekte für Irland und dem Vereinigten Königreich erklären. Wichtig ist festzuhalten, daß jeweils eine geschlechtsspezifische Polarisierung des Arbeitslosigkeitsrisikos existiert, Gleichberechtigung, eine oft gestellte Forderung und verbrieftes Recht, aber immer noch nicht tägliche Praxis ist.

Alle folgenden Aussagen über Effekte einer Zugehörigkeit zu einem Betrieb eines Wirtschaftszweiges sind immer auf den Vergleich zur metallverarbeitenden Industrie, Feinmechanik und Optik und dem sonstigen produzierenden Gewerbe als Referenzkategorie bezogen. In vielen Fällen handelt es sich dabei um einen Risiko-mindernden Effekt. Dies gilt für die Bereiche Energie und Wasserwirtschaft (außer Belgien), Verkehr- und Nachrichtenübermittlung (außer Griechenland und Portugal), Kreditwesen, Versicherungsgewerbe, Dienstleistungen für Unternehmen, Vermietung, Öffentlicher Dienst und Sonstige Dienstleistungen.

Nationale Unterschiede sind aber nicht zu übersehen. So vermindert in Dänemark und dem Vereinigten Königreich die Zugehörigkeit zum Agrarsektor das Risiko, in Arbeitslosigkeit überzugehen, in Deutschland, Spanien, Italien und Portugal aber hat es den gegenteiligen Effekt. Gehört der Arbeitgeber zum Wirtschaftszweig der Gewinnung und Bearbeitung von nichtenergetischen Mineralien und Derivaten beziehungsweise zur chemische Industrie, so vermindert dies in Griechenland, Spanien und Frankreich die Wahrscheinlichkeit eines Übergangs in Arbeitslosigkeit, während es in Deutschland und Irland dadurch erhöht wird. Im Bereich Handel, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, Reparaturen zeigt sich zur Referenzkategorie in Belgien, Frankreich und Portugal kein Unterschied. In Italien zeigt sich ein erhöhtes, in allen anderen untersuchten Ländern ein niedrigeres Arbeitslosigkeitsrisiko. Eine Zugehörigkeit zum Baugewerbe hat in Dänemark keinen, im Vereinigten Königreich den Effekt einer niedrigeren und in allen übrigen Ländern den Effekt einer höheren Übergangswahrscheinlichkeit in Arbeitslosigkeit als bei einer Zugehörigkeit des beschäftigenden Betriebes zur Referenzkategorie.

Wie dieses letzte Beispiel zum Baugewerbe nahelegt, müssen sektorenspezifische (Sonder-) Konjunktoren und genereller auch struktureller Wandel wie Tertiarisierungsprozesse in solchen Analysen zumindest in grober Form

kontrolliert werden, da ansonsten Fehlschlüsse über Arbeitslosigkeitsrisiken wahrscheinlich sind. Ein einfacher Weg, hier beschränkt, ist das Aufnehmen von Kontrollvariablen für Wirtschaftszweige. Durch das Zusammenfügen der Daten von 1988 bis 1996 in einem Analyseschritt (pooled cross-section analysis) ist es auch notwendig, für verschiedene Erhebungsjahre separate Kontrollvariablen einzufügen. Eine inhaltliche Interpretation dieser Jahreseffekte zeigt ein relativ breites und durchgängiges Muster des Arbeitslosigkeitsrisikos. Im Vergleich zu dem Referenzjahr 1996 waren Übergänge von abhängiger Beschäftigung in Arbeitslosigkeit bis 1991/1992 seltener, jedoch häufiger in den Jahren 1993/1994. In groben Zügen entsprechen diese Ergebnisse damit den gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen der einzelnen Länder.

### **Der Übergang von Arbeitslosigkeit zurück in abhängige Beschäftigung**

Tabelle 9.2 beinhaltet die Ergebnisse der logistischen Regression des Übergangs von Arbeitslosigkeit zu abhängiger Beschäftigung gemessen an den arbeitslos Gebliebenen. In Deutschland und Frankreich sind alle Altersgruppen signifikant. In Dänemark, Spanien, den Niederlanden, Portugal und dem Vereinigten Königreich sind alle bis auf die mittleren Altersgruppen signifikant. In Irland ist zusätzlich die höchste Altersgruppe und in Griechenland die jüngste Altersgruppe nicht signifikant. Im Vergleich zur Referenzgruppe der 36-40jährigen zeigen die jüngeren Altersgruppen einen positiven, alle älteren Altersgruppen einen negativen Effekt auf Wiederbeschäftigungschancen. Dies bedeutet, daß jüngere Personen, die im Vorjahr arbeitslos waren, leichter in Beschäftigung wechseln konnten, ältere Arbeitslose dagegen schwerer.

Ein wichtiges Ergebnis unserer Analyse ist, daß in allen hier untersuchten Ländern der Europäischen Union die Zugehörigkeit zu einer Altersgruppe allein schon einen sehr starken Einfluß auf die Übergangswahrscheinlichkeit zwischen Arbeitslosigkeit und abhängiger Beschäftigung hat. Dieser Einfluß verläuft fast linear von der höchsten Übergangswahrscheinlichkeit der jüngsten Altersgruppe zur niedrigsten Übergangswahrscheinlichkeit der ältesten Altersgruppe. Nur in Deutschland, Frankreich und Irland ist der signifikante Koeffizient der 20-25jährigen höher als in der Altersgruppe der 15-20jährigen. Möglicherweise korreliert dies mit erreichbaren Bildungsabschlüssen, die eine höhere Wiedereingliederungschance in den Arbeitsmarkt eröffnen. In Deutschland ist der negative Koeffizient für die 61-65jährigen leicht geringer als der für die 56-60jährigen, vermutlich begründet durch umfangreiche Frühverrentungen (vgl. Kapitel 7) besonders in den neuen Bundesländern. Alter ist demnach ein sehr bedeutender Faktor bei Wiederbeschäftigungschancen von Arbeitslosen. Während für jüngere Arbeitslose die Arbeitslosigkeit relativ leicht überwunden werden kann führt sie bei älteren Arbeitslosen wohl zur zusätzlichen Stigmatisierung von vermeintlich geringerer Produktivität.

Der Einfluß des Qualifikationsniveaus auf die Übergangswahrscheinlichkeit zeigt sich in allen hier untersuchten Ländern in eindeutiger Weise. Beim untersten Qualifikationsniveau (bis Sekundarbereich, erste Stufe) sind alle Werte signifikant und haben ein negatives Vorzeichen. Da die höchst mögliche Ausbildung als Referenzkategorie benutzt wurde, läßt sich dies nur so interpretieren, daß immer noch eine mittlere oder akademische Ausbildung am ehesten einen Übergang aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung ermöglicht. Dies trifft allerdings nicht für den mittleren Bildungsgrad in Griechenland, Spanien und Irland zu, da hier die Koeffizienten ebenfalls signifikant und negativ sind. Während in Griechenland die Übergangswahrscheinlichkeit in abhängige Beschäftigung mit mittlerem Bildungsgrad geringer ist als die mit niedrigem, ist es in Irland genau umgekehrt. In Spanien sind beide Bildungsstufen nahezu gleich negativ, was bedeutet, daß nur eine akademische Ausbildung eine tatsächlich positive Auswirkung auf die Wahrscheinlichkeit hat, aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung zu münden.

Während Personen aus anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gegenüber Inländern nur in Griechenland, Spanien, Frankreich und Italien eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit haben, aus Arbeitslosigkeit im Vorjahr in abhängige Beschäftigung im folgenden Jahr zu wechseln, ist die Auswirkung einer Herkunft aus Nichtmitgliedsstaaten der EU sehr unterschiedlich: In Spanien und Portugal haben diese Personen keine signifikant andere Übergangswahrscheinlichkeit; in Deutschland, Dänemark, Frankreich, den Niederlanden und im Vereinigten Königreich hat es negative, in Griechenland, Irland und Italien dagegen positive Auswirkungen auf die Übergangswahrscheinlichkeit aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung zu münden.

Während das Geschlecht in Dänemark und den Niederlanden keine signifikante Rolle spielt, haben es Frauen in Irland und dem Vereinigten Königreich (wie auch beim Arbeitslosigkeitsrisiko) einfacher als Männer, aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung zu münden. Schwieriger als Männer, also signifikant negative Koeffizienten in unserem Model, haben es Frauen in allen übrigen hier betrachteten Ländern, also Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien und Portugal.

In allen Ländern ist der Familienstand "verheiratet", hier Referenzkategorie, von Vorteil für die Übergangschancen in abhängige Beschäftigung. In allen Ländern haben Ledige signifikant schlechtere Chancen. Dies gilt ebenso für Geschiedene beziehungsweise Verwitwete, für die nur in den südeuropäischen Ländern Griechenland, Spanien und Portugal kein signifikanter Unterschied zu den Verheirateten besteht.

Tabelle 9.2: Der Übergang aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung im Vergleich zu den arbeitslos Gebliebenen

	BE*	DE	DK	GR	ES	FR	IR	IT**	LX*	NL	PO	UK
INTERCPT	-0,3378	-0,2656	0,2679	-0,245	-0,2337	0,0153	-1,1904	0,0743	0,735	-0,2018	0,1486	0,0576
AGE1	0,9121	0,3598	0,8779	0,086	0,5666	0,4521	0,222	0,1848	0,0634	1,1991	0,5196	0,5831
AGE2	0,8811	0,4635	0,4159	0,1722	0,5089	0,6054	0,2829	0,0451	0,0443	0,8735	0,3678	0,3406
AGE3	0,4571	0,2902	0,2028	0,1956	0,2863	0,3046	0,2422	0,0748	0,3007	0,4553	0,246	0,1658
AGE4	0,0648	0,1442	0,1462	0,0087	0,0964	0,1127	0,1258	-0,0528	-0,2128	0,224	-0,00228	0,0642
AGE6	-0,3839	-0,1571	-0,1239	-0,2659	-0,0457	-0,1448	-0,0454	0,00877	-0,7626	-0,0677	-0,1514	-0,0372
AGE7	-0,7129	-0,4087	-0,4107	-0,2829	-0,1909	-0,2648	-0,0533	-0,1642	-0,6676	-0,3896	-0,3956	-0,1264
AGE8	-1,4654	-0,689	-0,5478	-0,5127	-0,4323	-0,705	-0,2385	-0,2112	-1,5411	-0,6731	-0,2973	-0,3654
AGE9	-1,4641	-1,538	-0,8408	-0,6092	-0,8062	-1,4523	-0,2566	-0,3726	-1,6575	-0,9838	-0,9351	-0,7594
AGE10	-17,6905	-1,3825	-2,1249	-0,9131	-0,8635	-1,6425	-0,1747	0,1275	-17,3699	-1,1533	-1,7163	-1,1077
EDUC1	-0,7022	-0,4549	-0,151	-0,288	-0,2809	-0,3199	-0,9596	-0,3643	-0,6642	-0,508	-0,319	-0,5445
EDUC2	-0,4315	-0,0707	0,0505	-0,3658	-0,2704	0,0157	-0,2145	0,1972	-0,7342	-0,1401	-0,064	-0,0975
NATIOEC	-0,2591	-0,0258	0,1165	1,1512	0,5087	0,1389	0,0192	0,9328	0,6036	0,0386	-0,7718	-0,0969
NATIONEC	-0,6636	-0,3476	-0,2743	0,6715	0,081	-0,3982	0,5022	0,6869	0,4669	-0,7901	-0,1881	-0,2684
FEMALE	-0,3172	-0,1205	-0,017	-0,8295	-0,792	-0,2556	0,4237	-0,3565	0,2389	0,0677	-0,4457	0,6866
SINGLE	-0,1249	-0,3674	-0,1413	-0,3605	-0,2142	-0,2825	-0,139	-0,3977	-0,2403	-0,289	-0,148	-0,503
WIDISEP	-0,3044	-0,3444	-0,1692	-0,0219	-0,0526	-0,1579	-0,2173	-0,1643	-0,339	-0,2798	-0,1606	-0,5988
YEAR88	-0,2253	-0,4114	0,1319	0,5865	-0,0357	0,0382	0,6334	0	0,5401	-0,7802	0,118	0,124
YEAR89	-0,1726	-0,3239	-0,1115	0,6179	0,1502	0,1103	0,5944	0	0,6537	-0,6598	0,1582	0,1878
YEAR90	-0,2605	-0,1386	-0,1334	0,4754	0,244	-0,2408	0,7066	0	0,7341	-0,1499	0,3021	0,2171
YEAR91	1,8307	0,0567	-0,3488	0,3064	0,2028	-0,0223	0,4205	0	0,8141	-0,1435	0,498	-0,0212
YEAR92	0,3037	0,429	0,4028	0,6193	0,2007	-0,0644	-0,2233	0,1351	0,2849	0,46	0,6511	-0,2476
YEAR93	-0,0606	-0,0309	-0,8229	0,3399	-0,1414	0,0388	-0,1618	-0,0102	-0,2689	0,3557	0,2804	-0,3338
YEAR94	0,0154	0,0973	-0,4234	0,2091	-0,197	-0,0312	0,00287	-0,094	-0,0518	0,1844	-0,0962	-0,2251
YEAR95	0,1284	0,2692	0,0665	0,2554	-0,0167	0,0476	0,2598	-0,0225	0,1466	0,2069	0,0804	-0,0354
-2LOGL	19660,914	72935,216	11099,245	36789,394	152315,19	74410,95	59048,488	47638,609	1512,631	22104,79	16397,911	56422,416
-2LOGL(C)	17910,747	68562,686	10493,386	35196,917	146520,33	71887,816	57512,703	46985,943	1396,7811	20911,484	15849,761	53437,514
NOC 1 (V1=1)	4428	19025	3769	9368	39789	22165	12903	12972	716	6428	5604	16836
NOC 2 (V1=0)	12840	38393	4259	20019	80020	33076	40485	23683	428	10115	6250	25028

\* Zu geringe Fallzahlen in Altersgruppe 10 (60 - 65 Jährige)

\*\* Keine Daten vor 1992

Quelle: Europäische Arbeitskräftestichprobe, eigene Berechnungen

Da bei Arbeitslosen keine Zuschreibung bezüglich von Wirtschaftssektoren möglich ist entfällt diese Kontrollmöglichkeit. Die Unterschiede der Übergangswahrscheinlichkeiten in abhängige Beschäftigung in den jeweiligen Ländern variieren häufig bereits von einem Jahr zum nächsten. Dennoch lassen sich auch in dieser Analyse im großen und ganzen die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen der abhängigen Beschäftigung nachzeichnen. Im Vergleich zu 1996 waren Übergänge von Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung in den Jahren bis 1991/1992 noch häufiger zu beobachten als in der Mitte der neunziger Jahre beispielsweise in den Jahren 1993/1994. Die Ergebnisse variieren jedoch viel stärker zwischen den einzelnen Ländern als in den Untersuchungen zum Arbeitslosigkeitsrisiko (9.1).

### **Das Verhältnis von Arbeitslosigkeitsrisiko und Wiederbeschäftigungschancen**

Betrachtet man sowohl die Übergangswahrscheinlichkeiten zwischen abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit als auch die Übergangswahrscheinlichkeiten zwischen Arbeitslosigkeit und abhängiger Beschäftigung, so zeigt sich in Bezug auf die Altersselektivität, daß zwar im Allgemeinen die jüngeren Altersgruppen einfacher aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung wechseln, gleichzeitig aber auch eher arbeitslos werden. In Deutschland, Dänemark, Griechenland und dem Vereinigten Königreich sind ältere Arbeitnehmer besonderen Arbeitslosigkeitsrisiken ausgesetzt, da sie neben der in allen Ländern geringeren Chance eines Wiedereintritts in abhängige Beschäftigung zusätzlich ein erhöhtes Risiko haben, arbeitslos zu werden. Zusammengekommen mit dem europaweiten Trend zu ansteigendem Durchschnittsalter aller Beschäftigten liegt in dieser Kumulation von Arbeitslosigkeitsrisiken (Eintritt und Dauer der Arbeitslosigkeit) der älteren Arbeitnehmer eine erst noch zu bewältigende Aufgabe der nationalen und europäischen Arbeitsmarktpolitik.

Der Nachteil einer niedrigen absolvierten Ausbildung macht sich in allen Ländern bemerkbar. Wer nur einen solchen niedrigen Abschluß (Pflichtschulniveau) nachweisen kann, wird sowohl einfacher arbeitslos als auch schwerer wieder eine abhängige Beschäftigung finden. Häufig besteht auch hierbei eine zusätzliche Kumulation von Arbeitslosigkeitsrisiken von älteren Personen, die auch geringere Qualifikationsniveaus aufweisen. Politische Initiativen im Bereich des "Lebenslangen Lernens" sind dabei dringend notwendig, um der Tendenz der sozialen Exklusion dieser Personengruppen rechtzeitig entgegenzuwirken (Tuijnman und Schömann 1996).

Frauen sind in den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union, soweit hier untersucht, stärker vom Risiko der Arbeitslosigkeit bedroht. Nur in Irland und dem Vereinigten Königreich ist das Gegenteil der Fall: Sind Frauen in diesen Ländern erst einmal in abhängiger Beschäftigung, werden sie seltener arbeitslos als Männer. Gleichzeitig sind es auch nur diese beiden Länder, in

denen Frauen es leichter haben, aus Arbeitslosigkeit wieder in abhängige Beschäftigung zu münden. während in Dänemark für diesen Übergang kein signifikanter geschlechtsspezifischer Unterschied besteht, haben es Frauen in allen anderen Ländern schwerer, den Weg zurück in abhängige Beschäftigung zu beschreiten.

In allen untersuchten Ländern werden Ledige (nicht in Portugal) und Geschiedene beziehungsweise Verwitwete schneller arbeitslos als Verheiratete. Gleichzeitig haben sie es in allen Ländern schwerer, wieder eingestellt zu werden. Hier machen nur die Südländer Griechenland, Spanien und Portugal eine Ausnahme, da Geschiedene oder Verwitwete keinen signifikanten Unterschied zu Verheirateten aufweisen.

Wir konnten die Bedeutung der Zugehörigkeit des beschäftigenden Betriebes zu einem bestimmten Industriezweige nur beim Übergang aus abhängiger Beschäftigung in Arbeitslosigkeit berücksichtigen. Hier zeigt sich, zusammengefaßt, daß eine Zugehörigkeit zum Banksektor oder zum Öffentlichen Dienst die Wahrscheinlichkeit eines Überganges in Arbeitslosigkeit am stärksten reduziert, während eine Zugehörigkeit in Dänemark und dem Vereinigten Königreich zum verarbeitenden Gewerbe, in allen anderen Ländern zum Bausektor das Risiko am meisten erhöht. Knappheit der öffentlichen Kassen läßt aber für die späten neunziger Jahre nur wenig auf den öffentlichen Dienst als Beschäftigungsgarant setzen, ebenso wie Rationalisierungswettbewerb im Bankensektor bereits eine Trendumkehr auch in diesem bisher als sicher geglaubten Beschäftigungssektor eingeleitet hat.

## **10. Wider die Ohnmacht - Zum Verhältnis von Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsdynamik**

Die dynamische Perspektive auf Arbeitsmarktströme und individuelle Arbeitsmarktübergänge erlaubt einige neue Erklärungen sowohl individueller Übergänge am Arbeitsmarkt als auch der aggregierten auf Strömen basierenden Beschäftigungsbilanzen. Eine mikro-analytisch fundierte Gesamtschau der Übergänge zwischen verschiedenen Beschäftigungszuständen, wie abhängige Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Eintritt und Austritt aus dem Erwerbsleben und der selbständigen Tätigkeit kann in relativ einfacher und klarer Weise deutlich machen, welch hohes Niveau an Beschäftigungsströmen und teilweise auch der aktiven Arbeitsmarktpolitik in einigen Mitgliedsländern der Europäischen Union bereits erreicht ist. Viel bedeutender ist wohl die Erkenntnis, daß die Rolle der Arbeitsmarktpolitik in den Bereichen der Übergänge in die Selbständigkeit und des Ausscheidens aus dem Erwerbsleben - gemessen an dem Ausmaß der Gesamtströme - auf nur geringem Niveau verbleibt.

Ausgangspunkt der Studie war, das Potential für eine aktive Arbeitsmarktpolitik im Sinne einer Strategie der Übergangsarbeitsmärkte in den Mitgliedsländern der Europäischen Union abzuschätzen. Bereits die in Kapitel 3 dokumentierten Übergangsstöme weisen eine hohe durchschnittliche Mobilität aus. Die Ergebnisse der detaillierten Analysen einzelner Übergangsarbeitsmärkte zeigen, daß die einzelnen Übergangsprozesse aber nur zu einem Teil rein endogener Natur sind, also wenig beeinflussbar wären durch Arbeitsmarktpolitik. Länderspezifische Institutionen wie Arbeitslosen- oder Beschäftigungsversicherungssysteme, Arbeitsrecht, aber auch Gesellschaftsrecht für Übergänge in Selbständigkeit eröffnen einen vielfach unterschätzten Gestaltungsspielraum mit Konsequenzen für Übergangsbilanzen und damit letztlich auch für das Niveau der Arbeitslosigkeit in einem Land. Übergangsbilanzen können dabei helfen, rechtzeitig derartige Gestaltungsspielräume zu erkennen, und der Politik die Möglichkeit eröffnen, die jeweils involvierten Akteure zielorientiert in Verhandlungen einzubinden.

Sowohl Berichtssysteme als auch Analysen zum Arbeitsmarkt haben Übergangsbilanzen lange vernachlässigt. Überschüsse und auch Defizite in solchen Übergangsbilanzen geben frühzeitig Aufschluß über Fehlentwicklungen in diesen Bilanzen, die eine notwendige Handlungsgrundlage für aktive, passive und regulative Arbeitsmarktpolitik darstellen. Durch den jährlichen Befragungsrhythmus der Europäischen Arbeitskräftestichprobe im Frühjahr jedes Jahres und die - rudimentäre retrospektive - Information ist es möglich, aus diesem Berichtssystem ein arbeitsmarktspezifisches "Frühwarnsystem" zu entwickeln. Auf jeden Fall zeigt sich, daß sich die Europäische Arbeitskräftestichprobe zu einem informativen Monitoring-System ausbauen läßt, das frühzeitig Fehlentwicklungen und Verbesserungstendenzen andeutet und dadurch wiederum

rechtzeitiges arbeitsmarktpolitisches Gegensteuern ermöglichen könnte, sofern es zeitnah und detaillierter strukturiert ist (vgl. hierzu auch Auer/Kruppe 1996).

Ein derartiges Monitoring-System sollte vertiefende Analysen erlauben und neben den hier vorgestellten Strömen auch weitere zielgruppenspezifische Ströme berücksichtigen, so z. B. Ströme in und aus Langzeitarbeitslosigkeit, Selbständigkeit sowie industrie- und berufsspezifische Übergänge (Sackmann 1997). Auch die direkten Ströme von einem Beschäftigungsverhältnis in ein anderes müßten viel präziser gemessen werden. Dazu wäre es hilfreich entweder einen ausführlicheren und genaueren Teil an retrospektiv Information einzuführen oder den größten Teil der Daten in Quartalsabständen wieder zu erheben. Schließlich sollte der große Stichprobenumfang auch dafür genutzt werden, den Einsatz von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten bei den vielfältigen Übergängen besser zu erfassen. Nur ein hinreichend großer Stichprobenumfang ermöglicht spezifische Analysen separat für verschiedene Altersgruppen.

Alter ist unseren Ergebnissen zufolge ein sehr bedeutender Faktor für Beschäftigungschancen in allen Übergangsprozessen und besonders für Wiederbeschäftigungschancen von Arbeitslosen. Während für jüngere Arbeitslose die Arbeitslosigkeit relativ leicht überwunden werden kann, führt sie bei älteren Arbeitslosen oft zur Stigmatisierung der Älteren als Arbeitskräfte mit vermeintlich geringerer Produktivität. Schon frühzeitiges unterstützendes Eingreifen in Qualifizierungs- und Nachqualifizierungsprozesse auch - aber eben nicht nur - durch Arbeitsmarktpolitik ist eine logische Konsequenz dieser Ergebnisse. Rolle der Arbeitsmarktpolitik kann es nicht sein, Versäumnisse des Bildungssystems, hauptsächlich in der Erstausbildungsphase, beispielsweise durch vorzeitiges Ausscheiden ohne Qualifikationsabschluß, auszugleichen. Die Grundlagen für lebenslanges Lernen müssen im Bildungssystem und nicht auf dem Arbeitsmarkt oder gar durch die Arbeitsmarktpolitik gelegt werden.

Die Daten geben auch Hinweise auf geschlechtsspezifische Unterschiede in der Zusammensetzung der einzelnen Ströme. So ist eines der zentralen Ergebnisse, daß in den meisten Mitgliedsstaaten mehr Frauen Übergänge in Beschäftigung realisieren als Männer. Ein weiteres Angleichen der Erwerbsquoten von Männern und Frauen heißt also aus der Sicht der Beschäftigungsströme, die Übergangsbilanzen der Frauen müßten über einige Jahre hinweg größere Überschüsse aufweisen als die Übergangsbilanzen der Männer. Aus diesen Bilanzüberschüssen läßt sich somit ein Indikator ableiten für eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik verknüpft mit dem Ziel der Chancengleichheit. Es bedarf jedoch zusätzlich noch einer verfeinerten Version dieses dynamischen Gleichstellungsindikators, der mehrere Komponenten von prekären Beschäftigungsverhältnissen in detaillierter Form einschließt, wie zum Beispiel kurzfristige befristete Beschäftigung, geringfügige Teilzeitbeschäftigung oder auch Scheinselbständigkeit. Eine derartige Erweiterung der

Übergangsbilanzen ist ohne größeren Aufwand mit dem vorhandenen Datenmaterial bereits möglich.

In nahezu allen Mitgliedsstaaten der EU haben Männer einen höheren Anteil an den Strömen aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung, gemessen an allen Übergängen in Beschäftigung, als Frauen (siehe Kapitel 4, Tabelle 4.2 Spalten 5 und 6). Dies unterstreicht die Bedeutung, bei Untersuchungen von Beschäftigungs- oder Arbeitslosigkeitsdynamik auch die Übergänge zwischen Beschäftigung und Inaktivität zu berücksichtigen, insbesondere bei ländervergleichenden Analysen. Eine tiefergehende Analyse zu Regeln für die Inanspruchnahme von Eltern- oder Erziehungsfreistellungen und ihre Bedeutung für Übergänge zwischen Beschäftigung und Inaktivität könnte zukunftsweisende Regulierungen ermöglichen. Ohne derartige Anstrengungen, die Übergangsregelungen zu verbessern, werden auch noch im Europa des nächsten Jahrtausends Frauen mehr zwischen Beschäftigung und Inaktivität wechseln und Männer eher zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit.

Die geschlechtsspezifische Differenzierung der speziellen Übergangsbilanzen wie Übergänge zwischen Bildung, Selbständigkeit, Rente und der abhängigen Beschäftigung gehört zu den noch zu bearbeitenden Kapiteln, lassen sich doch weitere Aufschlüsse über die Unterschiedlichkeit oder Gemeinsamkeiten der europäischen Beschäftigungssysteme dadurch erreichen. Dies ist desweiteren ein notwendiger Schritt, damit die Prioritäten einer europäischen Gleichstellungspolitik besser eingegrenzt werden können.

Die Betrachtung der Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung beschränkt sich bisher relativ einseitig auf die Übergänge vom Bildungssystem in abhängige Beschäftigung untergliedert nach Altersgruppen. Wichtigste Erkenntnis ist dabei das Fehlen einer Bilanzierung der Übergänge in beiden Richtungen. Dies ist nicht mit fehlenden Daten zu begründen, sondern mit der fast ausnahmslosen Geringfügigkeit der Übergänge aus Beschäftigung wieder in Vollzeitausbildung. Lediglich Dänemark scheint hier den anderen europäischen Nachbarländern ein Schritt voraus zu sein. Ein stärker modular aufgebautes allgemeines Bildungs- und Weiterbildungssystem ist dafür eine, allerdings bisher unterentwickelte, Voraussetzung.

Ohne eine auch dem Arbeitsleben angemessene systematische Weiterbildungsstrategie erhöht sich das Beschäftigungsrisiko für ältere Beschäftigte. Obwohl wir noch keine hinreichende empirische Fundierung dieser These in vergleichender Perspektive haben, läßt sich der Zusammenhang von Versäumnissen in der Weiterbildung von Beschäftigten, Arbeitslosen und vorübergehend inaktiven Personen schon jetzt mit dem Anstieg der Verrentung, besonders auch dem Anstieg der vorzeitigen Verrentung, in Verbindung bringen (siehe Kapitel 7, insbesondere Schaubilder 7.5 und 7.6). Die Altersgruppe der 56 bis 60jährigen weist den stärksten Zuwachs an Verrentung bis 1995 auf.

Der Anstieg auch in der Altersgruppe der 51 bis 55jährigen ist dabei besonders besorgniserregend, handelt es sich doch dabei um eine Altersgruppe von Personen, die selbst nach einer 1-2jährigen beruflichen Neuorientierung oder Weiterbildung noch nahezu zehn Jahre im Erwerbsleben aktiv sein könnten.

Selbst wenn dabei unterstellt wird, es handele sich dabei auch eventuell um individuelle Präferenzen der Frühverrentung, so ist die Grenze der Finanzierbarkeit dieser Praxis bereits in den meisten Ländern erreicht (Harden 1995, Europäische Kommission 1996c). Genauere theoretische und empirische Untersuchungen zu dem Zusammenhang und den Segmentierungstendenzen zwischen den längeren Ausbildungszeiten der jüngeren Kohorten, fehlende Weiterbildungsstrategien für Ältere und der Frühverrentungspraxis sind vonnöten, wenn auch schwierig einzulösen (Sackmann 1997).

Geprägt durch die jeweilige länderspezifische Struktur der Altersrentensysteme in der EU ergibt sich basierend auf den altersspezifischen Erwerbsquoten der Schluß, Frauen scheiden früher aus dem Erwerbsleben aus (Tabellen 7.3 und 7.7). Ziehen wir jedoch die Übergangsbilanzen getrennt nach Männern und Frauen (Schaubild 7.6) in die Analyse mit ein, zeigen sich in den meisten Mitgliedsländern der EU niedrigere Renteneintrittsraten aus Arbeitslosigkeit und Beschäftigung von Frauen als von Männern. Auch hier bedarf es noch weitergehender Analysen, dennoch scheint sich auch für andere EU Mitgliedsländer zu bestätigen, daß beispielsweise die Option der Frühverrentung eher Männer zur Verfügung steht, während Frauen oft eben auch mit niedrigen oder gar ohne Rentenansprüche arbeitslos melden oder in die Inaktivität zurückkehren (Allmendinger und Brückner 1992).

Die Niederlande und Deutschland haben in den neunziger Jahren die stärksten Anstiege in der Selbständigkeit zu verzeichnen. Die Neuzugänge waren in Deutschland besonders zahlreich, während in den Niederlanden die Abgänge aus stärker rückläufig waren, was ebenfalls ein Ansteigen der Selbständigkeit zur Folge hat. Besonders im Themenfeld der Selbständigkeit ist eine Betrachtung von Übergangsbilanzen notwendig, da im EU-Durchschnitt etwa ein Selbständiger von zehn innerhalb eines Jahres seinen Status wechselt. Beschäftigungspolitisch entscheidend sind die Bilanzüberschüsse, die jedoch auch konjunkturbedingt variieren. Besonders im Bereich der Selbständigkeit ist es wichtig, daß Übergangsarbeitsmärkte tragfähige Beschäftigungsbrücken in beide Richtungen schaffen, also auch eventuell aus Selbständigkeit zurück in abhängige Beschäftigung. Gerade aber dabei zeigt sich den letzten Jahren eine Verschlechterung der Rückkehrmöglichkeiten im Vergleich zu den achtziger Jahren (siehe Schaubild 8.5).

Eine beachtlicher Erfolg, auch der Arbeitsmarktpolitik, ist das Anwachsen der Übergänge aus Arbeitslosigkeit in Selbständigkeit hin zum Jahr 1995 in nahezu allen EU Ländern. Sowohl die öffentlichen Ausgaben für Existenzgrün-

dungen, als auch der Zustrom an Teilnehmern in solche Programme hat sich in fast allen Ländern erhöht. Ziel der Arbeitsmarktpolitik in diesem Bereich muß es nunmehr sein, auch eine hinreichende Nachhaltigkeit dieser Entwicklung zu erreichen, also die Überlebenschancen auch nach einem Jahr in Selbständigkeit zu fördern, sowie weiterhin hohe Zuströme zu ermöglichen.

Die Berechnung des Arbeitslosigkeitsrisikos und der Wiederbeschäftigungschancen (Kapitel 9), gemessen als Übergangswahrscheinlichkeit zwischen abhängiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit und die Übergangswahrscheinlichkeit zwischen Arbeitslosigkeit und abhängiger Beschäftigung, zeigt die Altersselektivität dieser Prozesse. Die jüngeren Altersgruppen können einfacher aus Arbeitslosigkeit in abhängige Beschäftigung wechseln, gleichzeitig werden sich aber auch eher wieder arbeitslos. Ältere Arbeitnehmer haben zu meist ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko und zusätzlich geringere Chancen für einen Wiedereintritt in Beschäftigung. Die Akkumulation von Alterselektivität und Bildungsselektivität der Beschäftigungschancen in der Europäischen Union stellt eine wichtige Herausforderung an die Arbeitsmarktpolitik in den nächsten Jahren dar. Innovative Ansätze zur Umsetzung von Strategien des lebenslangen Lernen sind dabei besonders gefragt.

Frauen sind in fast allen Ländern größeren Risiken der Arbeitslosigkeit ausgesetzt und finden schwerer den Weg zurück in Beschäftigung. Unsere Analysen beschränken sich dabei bisher auf die Übergänge zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, für einige Länder sind aber gerade die Übergänge zwischen Beschäftigung und Inaktivität für viele Frauen eine Art funktionales Äquivalent. Hier müssen wir noch genauer untersuchen, ob sich bei dieser Alternative eine weitere Verschlechterung der Bedingungen für Übergänge in Beschäftigung für Frauen ergibt.

Andere Erweiterungen sind denkbar, wie z. B. Ströme aus Langzeitarbeitslosigkeit, lassen sich mit der aktuellen Datenstruktur der Europäischen Arbeitskräftestichprobe bisher leider nicht einfach realisieren. Hoffnung bereitet hier die mit der Zeit fortschreitende Nutzbarkeit des Europäischen Haushaltspanels für eine umfassendere und präzisere longitudinale Analyse aller wichtigen Beschäftigungsdynamiken, der kleine Stichprobenumfang dieser Erhebung bereitet jedoch Schwierigkeiten für die thematische Ausrichtung und Zuverlässigkeit der Analysen.

Unsere Analysen weisen verstärkt darauf hin, den Ansatz der Übergangsarbeitsmärkte verbunden mit der Perspektive der Beschäftigungsbilanzen noch weiter auszubauen. Im Rahmen der Diskussion um die Flexibilität der Arbeitsmärkte in der EU wären Untersuchungen zu Strömen in und aus befristeter Beschäftigung als ein zusätzlicher Bewertungsmaßstab für die Qualität und Dauerhaftigkeit der Übergänge notwendig. So bewegen sich beispielsweise die Übergänge von Arbeitslosigkeit in befristete Beschäftigung 1994 in Spanien, Irland, Frankreich, Portugal und Dänemark zwischen 90 Prozent (in Spanien) und 46 Prozent (in Dänemark) (OECD 1996b, S. 16). Dies ist ein Indikator für

eine möglicherweise fehlende Nachhaltigkeit der neu begründeten Beschäftigungsverhältnisse (Schömann/Rogowski/Kruppe 1998).

Zumindest annäherungsweise müßten Arbeitseinkommen im derzeitigen und vorherigen Beschäftigungsverhältnis erfaßt werden, um in etwa abschätzen zu können, ob die Beschäftigungsmobilität auch mit höherer Produktivität und allgemeinem wirtschaftlichen Wachstum verbunden ist. Dies ist auch besonders von Bedeutung für die Übergänge in und aus Selbständigkeit, wenn auch technisch schwierig exakt zu messen. Einkommen aus selbständiger Tätigkeit sind oft nicht so einfach und rechtzeitig verfügbar und haben andere Berechnungsgrundlagen. Auch für die Übergänge aus Arbeitslosigkeit in Selbständigkeit wären solche Einkommensvergleiche wichtig, insbesondere um einen besseren Indikator für die Nachhaltigkeit dieser Übergänge berechnen zu können.

Im Hinblick auf eine Identifizierung von kulturell und institutionell unterschiedlich geprägten Beschäftigungssystemen müßten auch die hier berichteten Beschäftigungsströme mit den Teilnehmerstrukturen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Verbindung gebracht werden. Selbst bei nur holzschnittartigen Vergleichen unserer Beschäftigungsbilanzen mit Teilnehmerbilanzen in der Arbeitsmarktpolitik (beispielsweise in Kapitel 8 oder auch in OECD 1996b) zeigt sich, daß in den skandinavischen Ländern, aber auch in Irland und Frankreich, aufgrund hoher jährlicher Zuströme in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen die Anzahl der Beschäftigungsübergänge ebenfalls relativ hoch ist. Der Umkehrschluß (wenig Teilnehmer und gleichzeitig geringe Beschäftigungsströme) ist dennoch nicht immer zulässig. So wird am Beispiel Spaniens deutlich, daß auch ohne eine starke Rolle der Arbeitsmarktpolitik eine hohe Beschäftigungsmobilität erreicht werden kann.<sup>42</sup>

Ein modifiziertes Vollbeschäftigungsziel, wie es die Theorie der Übergangsarbeitsmärkte (Schmid 1993,1997) einfordert, oder auch der im Weißbuch der Europäischen Kommission (1993) proklamierte und von mehreren Ländern übernommene Anspruch einer Halbierung der Arbeitslosigkeit selbst bis zum Jahr 2002 kann nur mit enormen Anstrengungen der aktiven, passiven und auch regulativen Arbeitsmarktpolitik und mit weiterhin günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen erreicht werden. Unsere Ergebnisse zeigen in erster Linie, daß es große und auch weitgehend nicht ausgeschöpfte Gestaltungsspielräume der Arbeitsmarktpolitik noch gibt. Eine systematische Bilanzierung der Übergänge am Arbeitsmarkt und auch der Übergänge, sowohl Ein- als auch Austritte, in Arbeitsmarktpolitik können einen wichtigen Erkenntnisfortschritt herbeiführen, der dann auch eine bessere Einschätzung der Lösungsvorschläge erlaubt.

---

<sup>42</sup> Hierbei wird erneut die Notwendigkeit offensichtlich, auch über eine Einschätzung der qualitativen Aspekte der Beschäftigungsverhältnisse zu verfügen.

## 11. Literatur

- Acs, Z. J., D. B. Audretsch & D.S. Evans (1992): The Determinants of Variations in Self-Employment Rates Across Countries and Over Time. Discussion Paper FS IV 92-3. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.
- Allmendinger, J. und Brückner, H. (1992): The production of gender disparities over the life course and their effects in old age. Results from the German Life History Study, in: A.B. Atkinson, M. Rein, Age, work and Social Security, MacMillan. London.
- Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (1996): Arbeitsmarkt 1995. Sondernummer, 14. Juni 1996, Bundesanstalt für Arbeit. Nürnberg.
- Auer, P. (1984): Maßnahmen zur Reintegration von Langzeitarbeitslosen. Discussion paper IIM/LMP 84-20, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.
- Auer, P. & T. Kruppe (1996): "Labour Market Monitoring in EU Countries." In: G. Schmid, J. O'Reilly & K. Schömann (Hg.): International Handbook of Labour Market Policy and Evaluation. Cheltenham, S. 899-922.
- Auer, P. (1997): "Inaktivitätsquoten in der Europäischen Union". In: inforMISEP Nr. 58, S. 34 - 43.
- Behrens, J. & W. Voges (Hg.) (1996): Kritische Übergänge. Statuspassagen und sozialpolitische Institutionalisierungen. Frankfurt/Main, New York.
- Berthold, N. & R. Fehn (1996): The positive economics of unemployment and labour market inflexibility. In: Kyklos, Vol.49 No.4 pp.583 - 613.
- Bögenhold, D. & U. Staber (1990): Selbständigkeit als ein Reflex auf Arbeitslosigkeit? Makrosoziologische Befunde einer international-komparativen Studie. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 2, 1990, S. 265 - 279.
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (1996): Euro Atlas. Soziale Sicherheit im Vergleich. Bonn.
- Bundesarbeitsblatt (1996): "Erste Reform Erfahrungen in Dänemark". Nr.10/1996, S. 26.
- Casey, B. (1996): Exit Options from the Labour Force. In: G. Schmid, J. O'Reilly & K. Schömann (Hg.): International Handbook of Labour Market Policy and Evaluation. Cheltenham, S. 379 - 401.
- Delsen, L. (1996): Gradual Retirement: Lessons from the Nordic Countries and the Netherlands. In: European Journal of Industrial Relations. Vol. 2, Nr. 1, S. 55 - 67.
- Delsen, L. & G. Reday-Mulvey (Hg.) (1996): Gradual Retirement in the OECD Countries. Macro and Micro Issues and Policies. Aldershot. Dartmouth.
- Denys, J. & L. Denolf (1997): "Luxemburg. Aktive und passive Arbeitsmarktpolitik in Luxemburg." In: System Trends Nr. 28, Sommer 1997, S. 49 - 51.

- DIW Wochenbericht (1997): "‘Neue Selbständige’ in Deutschland in den Jahren 1990 bis 1995". Nr. 41, 9. Oktober 1997, S. 749 - 753.
- Europäische Kommission (1993): Weißbuch für Wachstum, Wettbewerb und Beschäftigung. Brüssel.
- Europäische Kommission (1995): Beschäftigung in Europa 1995. Luxemburg.
- Europäische Kommission (1996a): Beschäftigung in Europa 1996. Luxemburg.
- Europäische Kommission (1996b): MISEP Basisinformationsbericht. Alle Mitgliedsländer der EU. Luxemburg.
- Europäische Kommission (1996c): MISSOC Soziale Sicherheit in den Mitgliedstaaten der Union. Stand am 1. Juli 1995 und Entwicklung. Luxemburg.
- Europäische Kommission (1996d): Soziale Sicherheit in Europa 1995. Luxemburg.
- Europäische Kommission (1996e): Tableau de bord 1995 - Follow-up der Empfehlungen des Europäischen Rates von Essen zur Beschäftigungspolitik. Luxemburg.
- Europäische Kommission (1997): Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Europäischen Union - 1996 Jahresbericht. Luxemburg.
- Eurostat (1988): Erhebung über Arbeitskräfte - Methodik und Definition. Luxemburg.
- Eurostat (1989): Erhebung über Arbeitskräfte. Ergebnisse. Luxemburg.
- Eurostat (1992): Erhebung über Arbeitskräfte. Ergebnisse. Luxemburg.
- Eurostat (1992): Erhebung über Arbeitskräfte - Methodik und Definition. Luxemburg.
- Eurostat (1994): Erhebung über Arbeitskräfte. Ergebnisse. Luxemburg.
- Eurostat (1995): Erhebung über Arbeitskräfte. Ergebnisse. Luxemburg.
- Guillemard, A.-M. & H. van Gunsteren (1991): Pathways and their prospects: A comparative interpretation of the meaning of early exit. In: M. Kohli, M. Rein, A.-M. Guillemard & H. van Gunsteren (Hg.): Time for Retirement. Comparative studies of early exit from the labour force. Cambridge, S. 362 - 387.
- Guillemard, A.-M. (1993): Travailleurs vieillissants et marché du travail en Europe. In: Travail et Emploi, No. 57, S. 60 - 79.
- Hanke, T. (1996): "Arme Unternehmer. Mehr als eine halbe Million Menschen sind Scheinselbständige - zum Vorteil ihrer Arbeitgeber, zum Nachteil von Sozialkassen und Steuerzahlern". In: ZEIT vom 8. 8. 1996.
- Hardes, H.-D. (1995): Beschäftigung oder Ruhestand: Ein internationaler Vergleich zur arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Problematik. In: KONJUNKTURPOLITIK, Heft 1, S. 55 - 94.
- inforMISEP (1993) Nr. 43/Frühjahr 1993
- inforMISEP (1996) Nr. 53/Frühjahr 1996
- inforMISEP (1996) Nr. 55/Herbst 1996

- inforMISEP (1996) Nr. 56/Winter 1996
- inforMISEP (1997) Nr. 60/Winter 1997
- International Labour Office (ILO) (1995): World Labour Report 1995. Chapter 2: Ageing societies: Problems and prospects for older workers. Genf, S. 31-54.
- Kepper, A. M. (1997) : Scheinselbständigkeit. Momentan kein Massenphänomen. In: Bundesarbeitsblatt 5 / 1997, S. 3-5.
- Kohli, M., M. Rein, A.-M. Guillemard & H. van Gunsteren (Hg.) (1991): Time for Retirement. Comparative studies of early exit from the labour force. Cambridge.
- Kohli, M. (1996): Arbeitsmarktperspektiven und Tätigkeitsformen der Älteren in einer alternden Gesellschaft. In: J. Beherens & W. Voges (Hg.): Kritische Übergänge. Statuspassagen und sozialpolitische Institutionalisierungen. Frankfurt/Main, New York, 349-376.
- Layard, R., S. J. Nickel & R. Jackman (1991): Unemployment - Macroeconomic Performance and the Labour Market. Oxford.
- Meager, N. (1992): Does Unemployment Lead to Self-Employment ? In: Small Business Economics 4 / 1992, S. 87-103.
- Meager, N. (1993a): "Selbständige Beschäftigung und Arbeitsmarktpolitik in der Europäischen Gemeinschaft". In: inforMISEP Nr. 41, S. 24-30.
- Meager, N. (1993b): Self-Employment and Labour Market Policy in the European Community. Discussion Paper FS I 93-201. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.
- Meager, N. (1994): Self-Employment Schemes for the Unemployed in the European Community: The Emergence of a New Institution, and Its Evaluation. In: G. Schmid (Hg.): Labor market institutions in Europe: a socio-economic evaluation of performance. New York.
- Meager, N. (1995): Arbeitsmarktpolitik für Existenzgründer. Internationale Erfahrungen der Existenzgründungsförderung von Arbeitslosen. Discussion Paper FS I 95-209, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.
- Meager, N. (1996): From Unemployment to Self-Employment: Labour Market Policies for Business Start-up. In: G. Schmid, J. O'Reilly & K. Schömann (Hg.): International Handbook of Labour Market Policy and Evaluation. Cheltenham, S. 489-519.
- Mosley, H., T. Kruppe (1993): Employment Protection and Labour Force Adjustment - A Comparative Evaluation. Discussion paper FS I 92-9, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.
- Mosley, H., T. Kruppe & S. Speckesser (1995): Flexible Adjustment through Short-time Work: A Comparison of France, Germany, Italy and Spain. Discussion paper FS I 95-205, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.
- Naegele, G. (1992): Zwischen Arbeit und Rente. Gesellschaftliche Chancen und Risiken älterer Arbeitnehmer. Augsburg.

- Naschold, F. & B. de Vroom (Hg.) (1994): *Regulating Employment and Welfare. Company and National Policies of Labour Force Participation at the End of Worklife in Industrial Countries*. Berlin, New York.
- OECD (1988a): *Employment Outlook 1988*. Paris.
- OECD (1988b): *Reforming Public Pensions*. Paris.
- OECD (1992): *Employment Outlook 1992*. Paris. (Chapter 4: Recent Developments in Self-Employment, S. 155-194; Chapter 5: Labour Market Participation and Retirement of Older Workers. Paris, S. 195-237)
- OECD (1995a): *Employment Outlook 1995*. Paris.
- OECD (1995b): *The Transition from Work to Retirement. Social Policy Studies No.16*. Paris.
- OECD (1996a): *Ageing in OECD Countries. A critical Policy Challenge. Social Policy Studies No. 20*. Paris.
- OECD (1996b): *Employment Outlook 1996*. Paris.
- OECD (1997a): *Employment Outlook 1997*. Paris.
- OECD (1997b): *OECD Economic Surveys: Finland 1996*. Paris.
- O'Reilly, J. & S. Bothfeld (1996): "Arbeitsmarktübergänge und Teilzeitarbeit." In: *inforMISEP*, Nr. 54, S. 23-31.
- Reday-Mulvey, G. (1997): *Special Feature - The Future of Retirement. A Summary of Recent Reforms of Public Pensions*. In: *The Geneva Association: The Four Pillars - Les Quatre Pilliers. Research Programme on Social Security, Insurance, Savings and Employment*. No. 21/ July 1997, S. 2-6.
- Sackmann, R. (1997): *Der Einfluß von Verrentungsprozessen und Mobilitätsprozessen auf die Arbeitsmarktrisiken von Berufseinsteigern*. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* Nr. 3 1997 pp.675-680.
- Schettkat, R. (1995): *Asymmetric Labor Market Flows over the Business Cycle*. Discussion paper FS I 95-304, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.
- Schmid, G. (1993): *Übergänge in die Vollbeschäftigung. Formen und Finanzierung einer zukunftsgerichteten Arbeitsmarktpolitik*. Discussion paper FS I 93-208. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.
- Schmid, G., J. O'Reilly & K. Schömann (Hg.) (1996): *International Handbook of Labour Market Policy and Evaluation*. Cheltenham.
- Schömann, K. (1994): *The Dynamics of Labor Earnings over the Life Course - A Comparative and Longitudinal Analysis of Germany and Poland*. Berlin.
- Schömann, K. (1995): *Active Labour Market Policy in the European Union*. Discussion Paper FS I 95-201. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.
- Schömann, K., H. P. Blossfeld & M. T. Hannan (1995): "Institutional Dynamics: Education and Labour Market Segmentation at Entry into the Labour Market." In: *Comparative Social Research*, Vol. 15, S. 103-127.

- Schömann, K., R. Rogowski & T. Kruppe (1995): Fixed-term Contracts and Labour Market Efficiency in the European Union. Discussion paper FS I 95-207, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.
- Schömann, K., R. Rogowski & T. Kruppe (1998): Labour Market Efficiency in the European Union. A Legal and Economic Evaluation of Employment Protection and Fixed-Term Contracts. London.
- Semlinger, K. (1995): Arbeitsmarktpolitik für Existenzgründer. Plädoyer für eine arbeitsmarktpolitische Unterstützung des Existenzgründungsgeschehens. Discussion Paper FS I 95-204. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.
- Tänzler, D. (1997): Ökonomische Vernunft und lebensweltlicher Eigensinn. Ein rationalitätstheoretischer Typisierungsversuch ostdeutscher Existenzgründer. In: Thomas, M. (Hg.): Selbständige - Gründer - Unternehmer,. Passagen und Paßformen im Umbruch. Berlin, S. 175-187.
- Thon, M. (1996): Frühverrentung und Beschäftigung - Teil 1. Demographische Entwicklung und rechtliche Grundlagen. IABKurzbericht Nr. 8/ 12.8.1996.
- Tuijnman; A. C. & K. Schömann (1996): Life-long Learning and Skill Formation. In: G. Schmid, J. O'Reilly & K. Schömann (Hrsg.): International Handbook of Labour Market Policy and Evaluation. Cheltenham, S. 462-488.
- Vuorinen, P. (1995): Finnland: Durch aktive Arbeitsmarktpolitik von der Jahrhundertkrise zu langsamer Erholung. In: inforMISEP Nr. 51, S. 29-42.
- Whitting, G., J. Moore & B. Tilson (1995): Employment policies and practices towards older workers: an international overview. In: Employment Gazette April 1995, S. 147-151.
- Wießner, F. (1997): Aus der Arbeitslosigkeit in die Selbständigkeit - Teil I. Existenzgründer bevorzugen Servicebereich. In: IAB-Kurzbericht Nr. 10/8.12.1997.
- Wießner, F. (1998): Positive Zwischenbilanz für "Überbrückungsgeld-Empfänger". In: IAB-Kurzbericht Nr. 1/19.1.1998.
- Wiethölter, D., D. Bogai (1997): Kleinere und mittlere Unternehmen, Existenzgründungen und neue Selbständige: Beschäftigungspolitische Hoffnungsträger? In: arbeit und beruf 7/1997, S. 225-230.